

Ulbricht, W.
Die Legende vom “Deutschen Sozialismus”



www.MinisterieVanPropaganda.org

Walter
Ulbricht

Die
Legende

VOM »DEUTSCHEN
SOZIALISMUS«

VERLAG NEUER WEG BERLIN

Walter Ulbricht

Die Legende
vom
„deutschen Sozialismus“

Ein Lehrbuch
für das schaffende Volk
über das Wesen des
deutschen Faschismus

1946

Jan Meškank

Verlag Neuer Weg G. m. b. H., Berlin

2. unveränderte Auflage

Copyright 1946 by Verlag Neuer Weg G. m. b. H., Berlin — Printed in Germany

Alle Rechte vorbehalten

Druck: Druckerei der Sächsischen Volkszeitung G. m. b. H., Dresden
Zweigwerk Meißen



EINLEITUNG

Die 12 jährige Nazi-Herrschaft hat mit Deutschlands größter Katastrophe geendet. Ruiniert und ausgeblutet liegt Deutschland danieder. Der deutsche Name ist durch die bestialischen Menschenmorde von Charkow und Lidice, von Maidanek und Dachau mit Schande bedeckt. Die Todesöfen in Maidanek und Buchenwald stehen als Wahrzeichen der Blutherrschaft des jacobinischen deutschen Imperialismus, der nur eine Lösung kannte:

Töten, töten, töten!

Die militärische Niederlage Deutschlands bedeutete zugleich die ideologische Niederlage des Hitlerismus. Der Lügenschleier der Nazi-Propaganda wurde zerfetzt. Jedoch selbst nach der harten Lektion der militärischen Niederlage gibt es noch Deutsche, die der Meinung sind, der Nazismus habe früher doch „manches Gute“ gewollt. Solche Auffassungen sind eine Gefahr für die Nation. Solange sie bestehen bleiben, wirken sie als ständige Keime einer imperialistischen Kriegsideologie. Der Verfasser dieser Schrift hat sich deshalb zur Aufgabe gestellt, das Wesen des Hitler-Faschismus zu enthüllen und an Hand vieler Tatsachen zu beweisen, daß der „deutsche Sozialismus“ nur eine Propagandawaffe war, um das deutsche Volk kriegswillig zu machen.

AM TIEFPUNKT DER KRISE

Im 13. Jahre der Weimarer Republik wurde Deutschland von der tiefsten Krise erschüttert. 1932 waren 44,7 Prozent der Industriearbeiter voll arbeitslos, und der übrige Teil war nur bei Kurzarbeit beschäftigt. Der Rückgang des Verbrauchs hatte den Mittelstand schwer getroffen. Der Handwerksmeister, der kleine Geschäftsmann, der Fabrikant konnten kaum noch die Miete für ihre Räume aufbringen. Die werktätigen Bauern sahen mit Kummer den Rückgang ihrer Wirtschaft.

Obwohl die Warenlager leer waren und es dem schaffenden Volk an den notwendigsten Bedarfsartikeln fehlte, ließen die Konzernherren und Kartellgewaltigen die Produktion nicht anlaufen. Sie wollten die Krise bis zu Ende ausnutzen zur Beseitigung der demokratischen Volksrechte, zur vollen Beherrschung der Staatsgewalt durch die Vertreter der reaktionärsten, räuberischsten Kreise des deutschen Rüstungskapitals. Sie veranlaßten die damalige Regierung Brüning, durch Staatsgesetze die Löhne zu senken, die soziale Fürsorge zu verschlechtern und die parlamentarischen und demokratischen Volksrechte weiter abzubauen. Diese ungesetzlichen Maßnahmen konnten nur zur Durchführung gelangen, weil die Mehrheitsparteien nachträglich immer wieder ihre Zustimmung gaben und so den Abbau der Weimarer Demokratie tolerierten.

Nach 13 Jahren Weimarer Republik wurde durch die furchtbarste Krisennot dem deutschen Volke demonstriert, zu welcher verhängnisvollen Folgen es führte, daß nach dem 1. Weltkrieg nicht unmittelbar die Herren der Rüstungskonzerne, der Banken und des großen Grundbesitzes enteignet worden waren. Sie waren die Kriegsinteressenten des 1. Weltkrieges, sie hatten verdient an der Inflation und waren verantwortlich für die große Krise 1929/1932, denn sie stellten ihre privaten Gewinninteressen wie üblich über das Lebensinteresse des Volkes.

Während die Herren der Schwerindustrie und die Großagrarier ihre Macht einsetzten, um die reaktionärsten Kräfte in die Regierung zu bringen, bemühte sich die Sozialdemokratische Parteiführung, die bürgerlichen Mittelparteien auf dem Wege nach rechts zurückzuhalten. Das war jedoch nicht möglich durch Konzessionen, sondern nur durch den Einsatz einer Einheitsfront der Arbeiter- und Volksmassen gegen den Nazismus und gegen die reaktionären Kräfte der Schwerindustrie und ihrer Deutschnationalen Partei, die sich mit der Volkspartei verbunden hatte. Die Unentschlossenheit der Parteien der Weimarer Koalition ermunterte die Reaktionäre, ihren politischen Druck zu verstärken. Am 11. Oktober 1931 führten sie eine gemeinsame Kundgebung der „Nationalsozialisten“, Deutschnationalen, der SA, des Stahlhelms und der Vertreter des Reichslandbundes durch. General von Seeckt, Schacht und der Führer der Alldeutschen waren selbstverständlich ebenfalls anwesend.

Gegen den Ansturm der faschistischen Reaktion kam es in zahlreichen Orten zu gemeinsamen Aktionen der gesamten Arbeiterschaft, der Gewerkschaften, der kommunistischen und sozialdemokratischen Organisationen. Der Vorstand der SPD konnte sich jedoch nicht zum gemeinsamen Handeln mit der KPD entschließen, denn er fürchtete eine Verschlechterung seiner Beziehungen zu den bürgerlichen Parteien. So kam es, daß die Sozialdemokratie lediglich die unter ihrem Einfluß stehenden Organisationen zur „Eisernen Front“ zusammenschloß.

Die Reaktionäre hielten die Zeit für gekommen, die politische Umgruppierung beschleunigt weiterzuführen durch die völlige Ausschaltung der Sozialdemokratie, ihre Entfernung aus der preußischen Regierung und die Heranziehung der Hitlerpartei als Sturmtruppe für die Beseitigung der letzten demokratischen Rechte und Errichtung der unbeschränkten Herrschaft der räuberischen Konzernherren und reaktionärsten Großagrarier. Am 1. Juni 1932 ernannte Hindenburg Franz von Papen — Mitglied der katholischen Zentrumspartei — zum Reichskanzler. Innenminister wurde der reaktionäre Freiherr von Gahl, das Wirtschaftsministerium übernahm das Vorstandsmitglied des IG-Farben-Konzerns, Dr. Warmbold. Außerdem gehörten der Regierung an: Finanzen — Graf Schwerin von Krosigk, der für die Subventionen an die Großgrundbesitzer sorgte; Reichswehr — General von Schleicher; Justiz — Dr. Gürtner, bayrischer Justizminister; Ernährung und

Landwirtschaft — Freiherr von Braun; Post und Verkehr — Freiherr von Eltz-Rübenach. Zunächst hoben diese Herren das SA-Verbot auf und gewährten dem Naziterror freien Spielraum. Zur gleichen Zeit betrieb Herr von Papen die Vorbereitungen zur Absetzung der preußischen Koalitionsregierung, an deren Spitze die Sozialdemokraten Braun und Severing standen. *Am 20. Juli setzte Papen die preußische Regierung ab* und ernannte sich selbst zum Reichskommissar für Preußen. Der kommandierende General von Berlin, *General von Rundstedt, ließ durch einen Hauptmann und vier Mann den Berliner Polizeipräsidenten Greszinski und den Kommandanten der Schutzpolizei absetzen.* Jene reaktionären Kräfte, die durch Ebert, Noske und Severing 1919 in ihren Machtpositionen belassen und gegen die Arbeiterschaft eingesetzt worden waren, vertrieben nun die Sozialdemokraten aus ihren staatlichen Positionen. Und die sozialdemokratische Parteiführung beschloß, mit Hinsicht auf die damals bevorstehenden Reichstagswahlen auf den Aufruf zu Massenaktionen zu verzichten. Der Vorschlag der KPD zum gemeinsamen Aufruf zum Generalstreik wurde abgelehnt. Die sozialdemokratischen Anhänger wurden aufgerufen, den Kampf „als Wahlkampf zu führen“. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun aber hatte keinen anderen Wunsch mehr, als „sich von seinem Amte in aller Stille zurückziehen zu dürfen“. (Friedrich Stampfer, „14 Jahre Republik“. Seite 577.)

Die KPD hatte Anfang Juni 1932 zur Bildung der antifaschistischen Einheitsfront aufgerufen, ohne irgendwelche Bedingungen als Voraussetzung des gemeinsamen Handelns zu stellen.

Auf dem antifaschistischen Einheitskongreß in Berlin, am 12. Juli 1932, also kurz vor der Verjagung der preußischen Koalitionsregierung, erklärte der Führer der KPD Ernst Thälmann:

„Wir wollen, daß die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter gemeinsam gegen den Faschismus kämpfen!

Wir wollen, daß alle Arbeiter ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit gemeinsam alle Methoden des Massenkampfes gegen die faschistischen Anschläge zur Anwendung bringen!

Wir wollen, daß gegen die Aufrichtung der faschistischen Diktatur, gegen die Zerschlagung der Freiheit und aller Rechte der Arbeiterklasse, gegen die Unterdrückung der proletarischen Organisationen, der Presse,

Versammlungen und Demonstrationen des Proletariats, gegen alle Verbotsmaßnahmen der Papen-Regierung die Arbeiter aller Richtungen und aller Organisationen gemeinsam und brüderlich den politischen Massenstreik organisieren!“

Klar sagte damals Ernst Thälmann, was die reaktionären Machthaber wollten und was das Volk wollte:

„Die Machthaber von heute wollen Rüstungspolitik, militaristische Verseuchung der Jugend und imperialistische Kriegshetze! Die Volksmassen wollen weder Militarismus noch imperialistischen Krieg!

Die Machthaber von heute wollen die Hungerpeitsche schwärzester kapitalistischer Scharfmacherei über die arbeitende Bevölkerung schwingen und das herrschende Elend vervielfachen.

Die Volksmassen wollen nicht länger Not, Hunger, Armut und Elend kampflos erdulden!

Die Machthaber von heute wollen beispiellose Reaktion, brutalen Terror und Unterdrückung des arbeitenden Volkes, Verbote, Verbote und immer neue Verbote.

Die Volksmassen wollen sich nicht länger entrechten, unterdrücken, knechten und mit Füßen treten lassen.“

Wenn es trotz aller Bemühungen der Kommunisten zu keinen gemeinsamen Aktionen gegen den Naziterror und gegen die reaktionären Diktate Papens kam, so deshalb, weil der sozialdemokratische Parteivorstand noch nicht begriffen hatte, daß sich durch den Herauswurf aus dem preußischen Staatsapparat die Lage der Sozialdemokratie geändert hatte. Die PD-Führung hielt es immer noch nicht für angebracht, die von ihr geschaffene „Eiserne Front“, die sie in der Hauptsache als Instrument des Wahlkampfes betrachtete, nun zum aktiven Kampf gegen den faschistischen Terror einzusetzen.

In der Zeit der Papen-Regierung entfaltete sich ein harter Kampf. Der SA-Terror war staatlich geschützt. Von Polizei und Reichswehr begünstigt, führten die SA-Kolonnen den Kampf um die Straße. Die Arbeiter schützten ihre Versammlungen, ihre Gewerkschaftshäuser und Druckereien mutig gegen die Angriffe der faschistischen Terrorgruppen. Aber ohne die umfassende Aktion der Arbeiterorganisationen konnten diese Kämpfe

nicht zur Zuriickschlagung der faschistischen Reaktion führen. Man muß in diesem Zusammenhang auch sagen, daß manchem ehrlichen Hitlergegner der Weg zur antifaschistischen Einheitsfront dadurch erschwert wurde, daß die KPD, statt sich in ihren Aktionsforderungen auf den Kampf gegen den Faschismus und die demokratischen Forderungen zu beschränken, diese mit dem programmatischen Ziel der KPD, der sozialistischen Republik, verband.

Es gelang der Papen-Regierung im wesentlichen, ihre von der Schwerindustrie und dem feudalen Herrenklub gestellten Aufgaben der weiteren Einschränkung der Volksrechte und der engeren Zusammenarbeit von Reichswehr und Nazipartei zu erfüllen. Die entscheidenden Männer in der Führung der Reichswehr, die früher manche Bedenken gegen die SA hatten, erkannten nun in der SA eine Organisation zur Vorbereitung militärischer Reserven und sahen in Hitler mehr und mehr den Trommler für Aufrüstung und Krieg. Einigen Herren in der Reichswehr schien jedoch die Hitlerpartei als Massenbasis für die kommenden Ereignisse nicht zu genügen. Sie glaubten zumindest die Gewerkschaften nicht entbehren zu können. Deshalb wurde dem angeblich „sozialen“ General Schleicher die Regierung übertragen. Er sollte eine große Koalition von der Hitlerpartei bis zu den Gewerkschaften zustande bringen. Wenn dieser Versuch auch von vornherein zum Scheitern verurteilt war, so erreichten die reaktionären Hintermänner doch, daß die Gewerkschaftsführung am 31. Januar 1933 nicht zum Generalstreik gegen Hitler aufrief.

Die faschistische Machtergreifung in Deutschland hätte verhindert werden können, wenn nicht ein Teil der Arbeiterklasse durch Illusionen über „Wirtschaftsdemokratie“ und parlamentarische Verhandlungen über Arbeitsbeschaffungspläne und Hoffnungen auf den Staatsgerichtshof gelähmt gewesen wäre, wenn nicht die Demokraten die Demokratie selbst aufgegeben hätten, indem sie die faschistischen Kampforganisationen gewähren ließen und Schritt für Schritt vor ihrem Druck weiter zurückwichen.

Statt die *Rote Frontkämpfer-Organisation*, diese starke Kampforganisation gegen den Faschismus, zu verbieten, wie es der sozialdemokratische Minister Severing tat, erforderte die Bedrohung des arbeitenden Volkes durch den Nazismus den *gemeinsamen Kampf von RFB und Reichsbanner*.

Statt Arbeiterdemonstrationen zu verbieten, wäre es notwendig gewesen, die SA zu entwaffnen, die SA-Höhlen auszuräumen und die Nazi-

führer zu verhaften. Hätte jemals die Hitlerpartei Einfluß auf den Mittelstand und die Bauern gewinnen können, wenn die Parteien der Weimarer Koalition dem Mittelstand und den Fabrikanten durch Kredite, Miets- und Steuererleichterungen über die Krise hinweggeholfen und *nicht den Großagrariern, sondern den Bauern Krisenhilfe* gewährt hätten?

Selbst wenn noch am 30. Januar die SPD und die Gewerkschaften mit der KPD zum Generalstreik aufgerufen hätten, wäre es durch den gemeinsamen Kampf der Arbeiter Hitler unmöglich gemacht worden, so ungehindert den Krieg vorzubereiten, wie es leider geschah. Jene sozialdemokratischen und bürgerlichen Reichstagsabgeordneten, die damals immer wieder auf die Schwierigkeiten und Opfer hinwiesen, können heute nicht leugnen, daß diese „Politik des kleineren Übels“ der deutschen Arbeiterschaft und unserem Volke unermessliche Leiden und Opfer gebracht hat.

DREIHUNDERT DEUTSCHE RÜSTUNGS- INDUSTRIELLE UND BANKHERREN SUCHTEN EINEN AUSWEG

Mit Fackeln und Fahnen zogen Hitler, Göring und Goebbels am 30. Januar 1933 in die Regierungsgebäude der Wilhelmstraße ein. Der Propagandalärm der Nazis hatte große Teile des Volkes glauben gemacht, eine „neue Zeit“ sei angebrochen, die „Arbeitslosigkeit werde jetzt beseitigt“, „die Wirtschaft schaffe nun für die Bedürfnisse des Volkes“ und „die Bestimmungen von Versailles würden auf friedlichem Wege außer Kraft gesetzt“.

Die Hitlergegner fragten schon damals: Wer finanziert diese riesenhafte Propaganda? Wo kommen die Gelder her für die riesigen Ausgaben der SA- und SS-Verbände?

Man brauchte nur aufmerksam hinzublicken, um einen Fingerzeig zur Beantwortung dieser Frage zu bekommen. Die Nazis schrien aus vollen Lungen: „Beschlagnahme der Kriegsgewinne!“, „Verstaatlichung der Trustbetriebe!“, „Brechung der Zinsknechtschaft!“ Solche Forderungen hätten, wenn sie ernst gemeint gewesen wären, die Herren von der Schwerindustrie aufs äußerste beunruhigen müssen. Diese zeigten sich aber durchaus nicht beunruhigt. Im Gegenteil, sie schwiegen zufrieden. Zu seinem Unglück beachtete das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit diesen Fingerzeig ebensowenig, wie es in den Jahren vorher die Entstehung der Freundschaft zwischen Hitler und den Herren der Schwerindustrie beachtet hatte.

Das Kohlensyndikat zahlte

Jeder, der die Jahre 1930/31 miterlebte, weiß, daß gerade in diesen Jahren eine plötzliche, außerordentliche Verbreiterung der Nazitätigkeit begann. SA-Stürme wurden in schneller Folge in jedem Stadtteil und jedem Dorf aufgestellt, in allen Teilen Deutschlands wurden Zeitungen angekauft, die Aufmärsche begannen einander zu jagen.

Woher dieser plötzliche „Aufschwung“? Er war die Folge des Beschlusses, den das Ruhrkohlsyndikat, die monopolistische Vereinigung der großen Bergbauunternehmer des Ruhrkohlenreviers, unter Leitung seines Vorsitzenden, Kirdorf, gefaßt hatte:

Jeder Unternehmer, der dem Ruhrkohlsyndikat angehört, ist verpflichtet, pro Tonne verkaufter Kohle 5 Pfennig zur Finanzierung der NSDAP abzugeben.

Wenn man berücksichtigt, daß die Kohlenförderung der im Kohlsyndikat vereinigten Ruhrzechen im Jahre 1929 123 Millionen Tonnen betrug, so entpuppen sich die von den Unternehmern der NSDAP geschenkten „fünf Pfennig“ als 6150000 RM im Jahr: Über den Empfang dieser Millionen quittierte Hitler dadurch, daß er ab 1931 in den Propagandabroschüren der NSDAP hervorheben ließ, daß „der Kohlenbergbau für die Verstaatlichung ungeeignet“ sei. (Im übrigen zahlten auch die preußischen Staatszechen als Mitglieder des Kohlsyndikats bei einer Kohlenförderung von 10,5 Millionen Tonnen jährlich 525000 RM an Hitler. Außerdem finanzierte der preußische Staat Hitler durch die staatliche Beteiligung am Mitteldeutschen Kalisyndikat, das ebenfalls Gelder an Hitlers Parteikasse abführte.)

Die Unternehmer der Ruhr wären die letzten gewesen, die ohne genaueste Berechnung des eigenen Vorteils sich selbst besteuert hätten. Sie wußten, was sie taten. Ihr Beschluß war nur die Fortführung einer alten Freundschaft, die eng mit dem schon erwähnten Namen Kirdorf verknüpft ist.

Was verband Kirdorf und Hitler?

Emil Kirdorf war der mächtigste Monopolkapitalist in Deutschland. Er war der Gründer und Beherrscher des rheinisch-westfälischen Kohlsyndikats, dem die großen Konzerne der Schwerindustrie angehörten, dazu Ehrenvorsitzender des Stahltrusts und Mitglied des Aufsichtsrates der Deutschen Bank. Emil Kirdorf war zugleich unter den plutokratischen Konzernherren der brutalste Vertreter des „Herr im Hause“-Standpunktes.

Während des großen Bergarbeiterstreiks im Jahre 1889 empfing Wilhelm II. eine Kommission des Zechenverbandes und eine Delegation der Streikenden. Kirdorf verurteilte aufs schärfste, daß auf diese Weise Unternehmer mit Arbeitervertretern zusammengetroffen waren, und erklärte wörtlich:

„Weder Kaiser noch Könige haben in den Betrieben etwas zu sagen. Das bestimmen wir allein.“

1905 auf der Tagung des „Vereins für Sozialpolitik“ war er gegen die staatliche Sozialgesetzgebung aufgetreten. Im gleichen Jahr hatte er die

Bergarbeiter ausgesperrt und es abgelehnt, überhaupt mit Arbeitervertretern zu verhandeln.

Als im Februar 1915 die Bergarbeiter Lohnforderungen geltend machten, erklärte Kirdorf auf der Generalversammlung der Gelsenkirchner Bergwerke A. G.:

„Die Regierung geht einen gefährlichen Weg, wenn sie mit den sogenannten Arbeitergewerkschaften verhandelt. In den Betrieben haben nur die Unternehmer allein zu bestimmen.“

Es ist klar, daß Kirdorf Hitlers „Führerprinzip“ gefallen mußte. Es ist nicht weniger bezeichnend, daß Hitler mit diesem reaktionären Plutokraten eng befreundet war.

Kirdorf stand, wie er selbst in einem Artikel der „Preußischen Zeitung“ vom 3. Januar 1937 mitgeteilt hat, bereits seit 1923 mit der Hitlerpartei in Fühlung. Das Jahr 1923 taucht in diesem Zusammenhang nicht zufällig auf. 1923 — das war das Jahr, in dem eine Wirtschaftskrise Deutschland erschütterte und eine revolutionäre Krise heranreifte. Der mächtige Kohlenkönig, einer der Schuldigen an der Inflation, suchte damals willige Kräfte, um sie zur Spaltung und Niederknüppelung der revolutionären Bewegung auszunützen. Mit dem Instinkt des gerissenen Konzernschiebers sah Kirdorf in der Hitlerbewegung ein brauchbares Werkzeug zum Kampf gegen die freien Arbeiterorganisationen.

Später traf Kirdorf mit Hitler persönlich zusammen. Er schrieb darüber in dem genannten Artikel der „Preußischen Zeitung“:

„Im Jahre 1927 bin ich zum erstenmal mit dem Führer zusammengekommen. Ich fuhr nach München. In viereinhalb Stunden entwickelte mir Hitler sein Programm. Ich bat ihn, den mir gehaltenen Vortrag in einer Broschüre zusammenzufassen. Diese Broschüre habe ich dann in meinem Namen in Kreisen der Industrie und der Wirtschaft verbreitet. In der Folgezeit fanden dann als Auswirkung der vom Führer verfaßten und von mir verbreiteten Broschüre mehrere Zusammenkünfte des Führers mit leitenden Persönlichkeiten der Industriereviere statt.“

Die Konferenz der Dreihundert

Die wichtigste dieser Beratungen der Herren der Großindustrie mit Hitler fand am 27. Januar 1932 im Industrie-Klub in Düsseldorf statt. Hitlers Pressechef Dietrich nannte diesen Tag „einen denkwürdigen Tag in der Geschichte der NSDAP“.

Allein die Namen der Anwesenden sind das Sinnbild eines ganzen Programms.

Den Vorsitz führte Thyssen, einer der Kohlen- und Stahlkönige, dessen Raubvogelgesicht seinen Charakter treffend wiedergibt. Thyssen war mit 208 Millionen Mark Aktienkapital an den „Vereinigten Stahlwerken“ beteiligt und daher an Aufträgen für die Rüstungsindustrie besonders interessiert. Außerdem lag ihm die Eroberung Elsaß-Lothringens besonders am Herzen, da er dort große Eiseninteressen besaß.

Unter den 300 anwesenden Plutokraten saß in der ersten Reihe — neben Kirdorf — der Generaldirektor des Mannesmann-Konzerns und fünfzehnfache Aufsichtsrat Wilhelm Zangen. Der Mannesmann-Konzern war jener Schwerindustriellen-Konzern, dessen Hauptaktionäre sich berufsmäßig mit der Eroberung und Ausbeutung fremder Bodenschätze befaßten. Im Jahre 1911 z. B. veranlaßte der Rüstungsplutokrat Mannesmann Wilhelm II., den deutschen Kreuzer „Panther“ nach Agadir in Marokko zu schicken, um das „Recht“ auf die Ausbeutung großer marokkanischer Erzfelder zu erzwingen. Um ein Haar kam es bereits damals zum Krieg mit Frankreich.

In der Versammlung der 300 saß selbstverständlich auch der Kanonenkönig Krupp von Bohlen und Halbach. Es ist unmöglich, in diesem Rahmen die hundertjährige Geschichte der Wucherverdienste und des Landesverrats der Firma Krupp zu geben. Darum nur ein Einzelfall: Vor dem ersten Weltkrieg verkaufte Krupp seine Lizenz auf Patenzünder für Geschosse an die englische Rüstungsfirma Vickers. Dem Vertrag entsprechend bekam die Plutokratenfamilie Krupp während der ganzen Zeit des ersten Weltkrieges für jeden in England hergestellten Zünder 1 Schilling. Zehntausende deutscher Soldaten fanden an der Westfront durch Geschosse mit Krupp-Zündern den Tod. „Geschäft ist Geschäft!“

Neben Krupp saß ein Vertreter der Familie Haniel, die eines der größten und modernsten Werke der Schwerindustrie, die „Gute-Hoffnungshütte“, beherrschte.

Anwesend war ferner der Vorsitzende des Kali-Konzerns, August Diehn. Als Diehn im Januar 1942 starb, schrieb die Nazipresse offenerzig, daß der Verstorbene ein guter Freund Hitlers war.

Es fehlte auch nicht der große Inflationsschieber Flick, der Besitzer des Mitteldeutschen Stahltrusts und einer der einflußreichsten Männer der „Vereinigten Stahlwerke“.

Der IG-Farben-Konzern war durch den Vorsitzenden seines Vorstandes, Duisberg, den damaligen Vorsitzenden des Reichsverbandes der Industrie, sowie durch Schmitz vertreten.

In der vordersten Reihe saß auch der Bankier Emil Georg von Stauß, später Vizepräsident des Hitler-Reichstages. Stauß war schon vor dem ersten Weltkrieg unter dem Namen „Bagdadbahn-Gewinnler“ bekannt. Als Präsident der Anatolischen und Bagdad-Eisenbahngesellschaft und als Generaldirektor der Europäischen Petroleum-Union und der Deutschen Petroleum A.G. versuchte damals dieser Kriegsinteressent, seine Pläne zur Eroberung des rumänischen Öls und der persischen Ölquellen mit Hilfe Wilhelms II. und jetzt mit der Hitlerpartei zu verwirklichen.

Unweit von Stauß hatte sich Herr Albert Vögler vom Stahltrust plaziert, ebenfalls einer der großen Kriegsgewinnler des ersten Weltkrieges. Vögler gehörte als 29facher Aufsichtsrat zu den Schwerstverdienern. Die deutschen Arbeiter kennen Vögler und sein nationales Gewissen seit dem Tage, an dem er während der Ruhrbesetzung den französischen General de Goutte zu Hilfe rief, damit dieser den Achtstundentag beseitigte. De Goutte lehnte ab.

In der Versammlung fehlte auch nicht v. Borsig, der Vorsitzende des „Deutschen Arbeitgeber-Verbandes“, in ganz Deutschland als grimziger Arbeiterfeind berüchtigt.

Die Textilindustrie wurde durch die Diehrigs vertreten, deren Name jeden deutschen Arbeiter an die grausame Ausbeutung der schlesischen Weber und an den Weberaufstand von 1844 erinnert. Damals wurde das Schloß der Diehrigs von den gequälten Webern völlig zerstört.

Aus den Kreisen der reaktionären Großgrundbesitzer war Graf von Donnersmarck anwesend.

Neben ihm saß Freiherr Tilo von Wilmowski, Rittergutsbesitzer, früher Landrat im Naumburger Gebiet. Dieser alte Feudalherr war gleichzeitig einer der mächtigsten Industrieritter: stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Firma Krupp A.G., Essen, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Berliner Druck- und Zeitungsbetrieb A.G., Berlin, und Mitglied von zehn weiteren Aufsichtsräten großer Aktiengesellschaften. Seine Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der „Deutsch-Südamerikanischen Bank A.G., Berlin, und der „Länderbank Wien“ zeigte die Richtung seiner imperialistischen Interessen.

Das alte Programm in neuer Aufmachung

Hitler legte den Herren der Schwerindustrie das Programm vor, das sie hören wollten. Bemerkenswert dabei war die Sprache, deren er sich bediente. Er und seine Hörer verstanden diese Sprache gut. Aber sie war darauf berechnet, vom Volk nicht durchschaut zu werden.

Hitler verkündete: „Übergang von der Handelspolitik der Vergangenheit zur Bodenpolitik der Zukunft!“ Jedes dieser Worte bedarf der Übersetzung ins Deutsche. „Übergang“ — „von der Handelspolitik der Vergangenheit“ — das hieß: von der Politik friedlichen Austausches, in der man bezahlt, was man kauft, „zur Bodenpolitik der Zukunft“ — das hieß: zur Politik des Überfalls auf die Nachbarn, die man niederschlägt, um ihren Boden und was auf ihm steht, zu rauben.

Es war klar, daß die Herren der Schwerindustrie diesem Programm zustimmten; es war ja ihr Programm. Gehörten die meisten von ihnen doch zu jenen Kriegsgewinnlern, die im Jahre 1916 im Memorandum der deutschen Wirtschaftsverbände als Kriegsziel im Westen die Beherrschung des belgischen und französischen Gebiets bis zum Kanal, im Osten die Besitzergreifung der Ukraine und im Südosten die Beherrschung des Weges bis Bagdad verkündet hatten. *Hitler hatte nur das alte imperialistische Eroberungsprogramm der deutschen Schwerindustriellen zeitgemäß entwickelt.* Nur bezüglich der Durchführung hatten einige Herren „Verbesserungsvorschläge“ und Besorgnisse. Einigen der Herren gefiel nicht, daß die Führung der Nazipartei alle entscheidenden Posten im Staat für sich beanspruchte. Krupp z. B. meinte, es sei besser, wenn die Deutschnationale Partei mit in die Regierung käme und damit Herr Hugenberg, der frühere Generaldirektor des Krupp-Konzerns. Auch Silberberg, der Beherrscher der Braunkohle, und Duisberg vom IG-Farben-Konzern sahen in der Überantwortung der Staatsposten an die Hitlerpartei ein gewisses Risiko und wollten, um es zu vermindern, die Volkspartei an der Regierung teilnehmen lassen. Bedenken anderer Art hatte Herr Poensgen, der Vorsitzende des Aufsichtsrats des Stahltrusts und damaliger Leiter der Gruppe Nordwest des Verbandes der deutschen Eisen- und Stahlindustrie. Er äußerte die Befürchtung, daß die Arbeiter die demagogischen Forderungen der NSDAP auf „Abschaffung der Kriegsgewinne“ und „Abschaffung des mühelosen Einkommens“ schließlich doch wörtlich nehmen

und dafür kämpfen könnten. Aber Hitler überzeugte die Herren, daß solche Bedenken unbegründet seien.

Die Vereinbarung zwischen Rüstungsindustriellen und Hitlerpartei

Nach der Düsseldorfer Tagung stellten die 300 deutschen Plutokraten fest, daß sie den geeigneten und willfährigen „Regierungschef“ gefunden hätten. Zugleich zogen beide Teile aus der Beratung ihre Folgerungen.

Um Hitler schnell an die Macht zu bringen, beschlossen die Rüstungsplutokraten, durch weitere Verschärfung des Terrors gegen die werktätige Bevölkerung die Krise in Deutschland auf den Höhepunkt zu treiben. Es wurde zugesichert, daß neben dem Ruhrkohlsyndikat von nun ab auch die Konzernherren von „Eisen-Nordwest“ die Nazi-partei finanzieren würden. Die Folge war der weitere Ausbau der SA-Formationen. Vom April 1932 ab schwammen die Mordorganisationen Hitlers im Geld. Die Beschaffung von Waffen und Ausrüstung für die SA wurde noch großzügiger gestaltet als bisher.

Hitler seinerseits beeilte sich, die letzten Zweifel der Plutokraten nicht nur in Worten, sondern durch die Tat zu zerstreuen. Der SA-Terror wurde verschärft. Goebbels und Helldorf begannen in Berlin mit der Provokation von Saalschlachten und Straßenkämpfen. Als zwei Wochen nach der Düsseldorfer Beratung im Haushaltsausschuß des Reichstags die Frage der Gewährung von Subventionen an den Kupfertrust Mansfeld A.G. zur Abstimmung stand, stimmten die Nazis für die Zahlung von 7 Millionen Mark Subventionen an die Millionäre der Mansfeld A.G. Übrigens hatten die Naziabgeordneten schon 8 Wochen vorher, am 3. Dezember 1931, gegen den Antrag auf Einführung einer Millionär-Steuer gestimmt.

Außerdem wurde nunmehr die Programmbroschüre der Hitlerpartei in aller Stille „überarbeitet“. In dem offiziellen Buch des „Theoretikers“ der Hitlerpartei, Gottfried Feder, das das Programm der Hitlerpartei erläutert, konnte man folgende Änderungen entdecken:

6. Auflage (.)

„Riesenbetriebe (Konzerne, Syndikate, Truste) werden verstaatlicht.“

7. Auflage (1932)

„Der Nationalsozialismus wird auch größte industrielle Werke, solange sie in Privatbesitz bleiben (wir denken hier an Krupp, Mannesmann,

„Der wahre Unternehmer muß mit den Preisen an die unterste Grenze gehen, muß seine Arbeiter gut entlohnen...“

Thyssen und so weiter), keineswegs als den Interessen der Gesamtheit zuwiderlaufend ablehnen.“

„... Der richtige Unternehmer ist sich seiner volkswirtschaftlichen Aufgabe durchaus bewußt, die Erzeugung so einzurichten, daß die Herstellungskosten immer geringer werden. Wohl das leuchtendste Beispiel solcher wahren Unternehmerdenkweise... Männer wie Mannesmann, Borsig, Kraus, Waffel...“

Damit wurde nur bestätigt, daß Hitler sich den plutokratischen Konzernherren mit Haut und Haaren verkauft und zur Treue verpflichtet hatte. Heute wissen wir: Das Wort, das er den Rüstungsindustriellen und Bankherren gab, hat er bis zu Ende gehalten.

Die letzten Gespräche vor der Übernahme der Regierung

In späteren Zusammenkünften Hitlers mit den Herren der Schwerindustrie wurden die Fragen der Regierungsübernahme und der künftigen Maßnahmen der Regierung in engerem Kreise und eingehender besprochen.

Am 5. Januar 1933 fanden in der Villa des Bankiers *Schröder*, des Präsidenten der Industrie- und Handelskammer in Köln, der in den Aufsichtsräten von 25 Aktiengesellschaften saß, Besprechungen zwischen Thyssen, Papen und Hitler statt, die zur Verständigung mit den reaktionären feudalen Kräften des „Herrenklub“ führten. Dieser „Herrenklub“ war die Vereinigung monarchistischer Bankherren, Industriemagnaten und feudaler Großgrundbesitzer.

Über eine Zusammenkunft am 7. Januar 1933 berichtet *Kirdorf* in dem bereits genannten Artikel in der „Preußischen Zeitung“:

„Zum letztenmal vor der Machtübernahme trafen sich dann noch einmal in meinem Hause die Führer der Wirtschaft mit Adolf Hitler, Rudolf Heß, Hermann Göring und anderen führenden Persönlichkeiten.“

(„Preußische Zeitung“ vom 3. Januar 1937)

Schließlich fanden am 27. Januar 1933 in Berlin weitere Beratungen Hitlers und Görings mit den Vertretern der Großagrarien statt, in denen vereinbart wurde, daß *Hugenberg* und *von Krosigk* als Ver-

treter der plutokratischen Großgrundbesitzerclique und der monarchistischen Kreise in die Hitlerregierung eintreten sollten.

So wurde Hitlers Machtübernahme von denselben imperialistischen Kriegstreibern vorbereitet, die Deutschland schon in das Unglück des ersten imperialistischen Weltkrieges getrieben hatten und die schuldig waren an der Inflation sowie an der Wirtschaftskrise 1929/1932. Diese alten Hochverräter an den nationalen Interessen des deutschen Volkes begannen mit Hilfe der Hitlerpartei den zweiten Weltkrieg vorzubereiten.

Die „neuen“ Männer mit den alten reaktionären Gewohnheiten

„Das ist einzigartig! Das ist noch nie dagewesen!“ So schrie Goebbels in die Welt und pries die von den Schwerindustriellen vorgeschobenen Männer als die „Erneuerer Deutschlands“.

Sie waren wirklich einzigartig und noch nie dagewesen. Angefangen von den Spitzen der „Führung“ wurde der gesamte Staatsapparat mit einem Abhub der menschlichen Gesellschaft durchsetzt, wie er tatsächlich noch nie in dem Staatsapparat irgendeines Landes Platz gefunden hat. Nicht umsonst erzählte die Goebbelspropaganda dem deutschen Volk so viel von den „arischen“ Großmüttern und Urgroßmüttern der neuen Männer; sie tat es, um deren Vergangenheit zu verschleiern.

Die Hauptattraktion war Adolf Hitler, der Fanatiker des Krieges. Schon in „Mein Kampf“ hatte Hitler geschildert, wie er am 4. August 1914 in die Knie sank und dem Himmel dafür dankte, daß es zum Krieg gekommen war. Einen solchen Mann brauchten die Kriegsinteressenten, denn ohne ein neues, noch größeres Völkermorden war der Versuch der Welteroberung nicht denkbar. Aber Hitler war nicht nur zu jedem Blutbad fähig, sondern auch dazu, das Volk in gewissenlosester Weise irrezuführen. Und das war für die Schwerindustriellen nicht weniger wichtig. Sie brauchten einen „einfachen Gefreiten des ersten Weltkrieges“, der dem Volk in phrasenreicher Sprache einreden konnte, er habe die Schrecken des Krieges durchgemacht und werde daher „bestimmt alles tun, um den Frieden zu erhalten“. Sie brauchten jemanden, der geeignet war, die Kriegsvorbereitungen hinter einem Wortschwall zu tarnen, während zu gleicher Zeit in fanatischem Welteroberungswahn alles für den Krieg ein-

gesetzt wurde, unbekümmert um das Schicksal der Nation. Hinzu kam, daß dieser „einfache Gefreite“ nicht zu den Kriegsgewinnlern des ersten Weltkrieges gehörte, also noch „unbelastet“ war. Was er inzwischen von den Herren der Schwerindustrie eingesteckt hatte, war im Volk noch nicht bekannt. Einen Größenwahnsinnigen, der gewissenlos und mit äußerster Brutalität Millionen Deutscher für die imperialistischen Welteroberungspläne der deutschen Bankiers und Konzernherren in den Tod zu jagen bereit war, einen solchen Gangster brauchten die Rüstungsindustriellen.

Übrigens war dieser „Führer“ von langer Hand und gründlich auf seine Zuverlässigkeit geprüft worden. Er war den Reaktionären im Reichswehrkommando und im Polizeipräsidium München bekannt als jener Spitzel A. Hitler, den die „Nachrichten“abteilung der Reichswehr schon im Jahre 1919 in Arbeiterversammlungen geschickt hatte. Damals erhielt Hitler den Auftrag, mit Hilfe der Federschen „Deutschen Arbeiterpartei“ die Arbeiter „von innen heraus“ gegeneinander zu hetzen. (Hitler verbarg diese seine Provokationstätigkeit unter dem Titel „Bildungsoffizier“.) Das geschah zur gleichen Zeit, als General von Epp mit seinem konterrevolutionären Freikorps in den Straßen von München Arbeiter niederschloß. Die Schwerindustriellen wußten also sehr gut, daß dieser A. Hitler weder politische noch moralische Hemmungen kannte.

Mit diesem „Führer“ marschierte eine erlesene Garde verkommener Spießgesellen auf.

Da war der beschäftigungslose Göring. Er stammte aus der Familie eines Kolonialbeamten. Sein Vater war Oberkommissar in Südwestafrika. Hermann Göring selbst, früherer Militärflieger, lebte seit 1921 hauptsächlich von Schmiergeldern der Bayrischen Motoren-Werke, deren Aktionären er sich durch bedenkenlose Erstattung günstiger Gutachten verdient gemacht hatte. Ende 1925 ging er nach Schweden. Dort sollte seine Morphiumsucht in einer Heilanstalt kuriert werden; die Behandlung blieb ohne Erfolg. 1927 kehrte er nach Deutschland zurück und machte Geschäfte in der Flugzeugmotorenbranche, bis ihn die NSDAP ganz auf ihr Konto übernahm. Die Bedenkenlosigkeit und Blutgier, die diesen Göring auf die höchsten Stellen im deutschen Staatsapparat trug, wird durch einen Satz aus einer seiner Reden hinreichend gekennzeichnet. Am 10. März 1933 schrie er der SA zu: „Lieber schieße ich ein paarmal zu kurz oder zu weit, aber ich schieße wenigstens.“

Jawohl, schießen — auf das deutsche Volk, schießen — auf jedes andere Volk, — das war der blutige Göring, der in Deutschland das mittelalterliche Richtbeil einführte und Werktätige zu Tausenden und Zehntausenden morden ließ. Warum? Er befahl ihre Ermordung, weil sie die Arbeiterrechte verteidigten und weil sie verhindern wollten, daß Deutschland durch ihn und seinesgleichen in den Krieg getrieben würde. Die Kette seiner Staatsverbrechen begann er mit der *Reichstagsbrandstiftung* am 27. Februar 1933.

Als berufsmäßiger Mordorganisator stand an Hitlers Seite neben Göring der Gestapochef Himmler. Er gehörte zu jenen bankrotten Existenzen, die — im ersten Weltkrieg zum Offizier geworden — nach der Niederlage von 1918 ihren Lebensunterhalt weder verdienen wollten noch konnten und wurzellos dahinvegetierten, bis sie sich der deutschen Rüstungsindustrie verdient machten.

Himmler war es, der aus Hitlers früherer Schutzstaffel die SS schuf, die schwarze Mordtruppe, deren Abzeichen der Totenkopf war. Diesen berufsmäßigen Mörder Himmler ernannte Hitler nach der Machtergreifung zum Leiter der bayrischen Polizei, und Himmler erwies sich der Beförderung würdig. Er errichtete die Konzentrationslager, in denen Hunderttausende von fortschrittlichen Deutschen zu Tode gequält wurden. Er war der Organisator der bayrischen Judenpogrome. Er ließ am 30. Juni 1934 zahlreiche SA-Leute ermorden, weil sie die Erfüllung der sozialen Versprechungen Hitlers forderten. Auf diese Weise verschaffte er sich bei den Herren der Schwerindustrie den Befähigungsnachweis für den Posten des Gestapochefs. Die ganze Verworfenheit dieses Henkers aber erkannte die Welt schauernd erst während des Krieges. Himmler organisierte die Massenvernichtung der Zivilbevölkerung und der Kriegsgefangenen in Polen und in den besetzten Sowjetgebieten. Er schuf die Vernichtungslager mit ihren Gaskammern, Todeswagen, Galgen, Scheiterhaufen, Massengräbern, Menschenverbrennungsöfen, denen Millionen unschuldiger Männer, Frauen und Kinder zum Opfer fielen. Und es ist nur selbstverständlich, daß Hitler gerade diesen Mann auch noch zum Innenminister machte, als sein Regime in den Grundfesten zu wanken begann.

Hitlers Propagandaminister Goebbels war auch einer von denen, die zu nichts zu gebrauchen waren, als in Deutschland noch Wert auf

sachliches Können gelegt wurde. Erst als die Herren der Rüstungsindustrie einen vor nichts zurückschreckenden wendigen und windigen Lügner mit eiserner Stirn brauchten, konnte Goebbels zu freilich trauriger Berühmtheit gelangen. Zugleich stieg er in die Reihen der Plutokraten auf, indem er die frühere Frau des vielfachen Aufsichtsratsmitgliedes, Multimillionärs und Waffenschiebers Günther Quandt heiratete. Als dieser 1933 wegen Schiebungen verhaftet wurde, kam er — unter Beihilfe von Goebbels — gegen eine Kautions von drei Millionen Mark wieder frei. Dafür zahlte Quandt eine weitere Million seiner ehemaligen Frau, der Gattin des Propagandaministers Goebbels. Überhaupt verstand sich der „heimtückische Zwerg“ — wie Goebbels in Nazikreisen genannt wurde — auf Geschäfte. Man erinnert sich noch seiner Propagandakampagne gegen Barmat, einen üblen Schieber in Berlin. Barmat wurde wegen Korruption verhaftet, aber bald darauf machte sich im Schlosse auf der Insel Schwanenwerder, das eben diesem Barmat gehörte, der noch unverschämtere Korruptionist Goebbels breit.

Hitlers Fachmann für die Propaganda des Rassenhasses und der Kriegspolitik gegen die Sowjetunion war Rosenberg, der berufs- und stellunglose Nachkomme bankrotter baltischer Barone. Er war der typische Vertreter der alten Figuren des im Jahre 1917 für immer ausgelöschten Zarismus. Rosenbergs Freunde saßen in den Münchener Bierkneipen und den Pariser Bars und dachten zurück an die „herrlichen Zeiten“, in denen sie die Bauern prügeln, die Arbeiter ausbeuten, die Juden verfolgen und vom Schweiß des russischen Volkes leben durften. Nachdem die russische Revolution auch Herrn Rosenberg die Fortsetzung dieses parasitären Lebenswandels unmöglich gemacht hatte, zog er es vor, in Deutschland seinen „Mythos“ zu verkünden, Arbeiterverfolgungen und Judenpogrome zu organisieren und den „Kreuzzug gegen den Bolschewismus“ zu propagieren. Als dann die deutschen Armeen in Sowjetrußland einfielen, war Rosenberg einer der ersten, der durch ein eigenes Sonderkommando die Museen und Gemäldegalerien der Sowjetunion planmäßig plündern ließ und den „Kreuzzug“ mit einem gehörigen Fischzug zu eigenem Nutz und Frommen verband.

Leys war früher ein kleiner Angestellter des IG-Farben-Konzerns, wenig geeignet zur Arbeit. Er vertrank mehr, als er an Gehalt erhielt. Die Herren der IG-Farben-Industrie hatten bemerkt, daß die „Talente“ Leys

nicht in ruhiger Büroarbeit lagen, sondern im geräuschvollen Arbeiterbetrug. Und so gaben sie ihm 10000 Mark zur Gründung des „Westdeutschen Beobachters“, in dem er den verzweiferten Erwerbslosen, die durch die Schuld der Konzernherren im Elend steckten, einzureden hatte, der Feind sitze in London und New York. Leys weiterer „Aufstieg“ ging rasch vor sich. 1933 beschlagnahmte er die Arbeiterbank, ließ sich einen „vorläufigen“ Vorschuß von 900000 Mark anweisen. So begann sich Ley durch Unterschlagungen zu bereichern. Den größten Diebstahl aber beging er an den Arbeitern zur Finanzierung des Krieges. Er beschlagnahmte die Gewerkschafts- und Versicherungsgelder und ließ sie mitsamt den Erwerbslosenversicherungsbeiträgen in Hitlers Kriegskasse wandern. Mit gestohlenen Arbeitergeldern wurden Rüstungsbetriebe gebaut, und Ley wurde Großaktionär. Um den alten Plutokraten gleichzustehen, ließ er sich ein herrliches Rittergut „schenken“.

In diese Galerie gehört auch der talentvolle Sektreisende von Ribbentrop, der als diplomatischer „Fachmann“ Hitlers es meisterhaft verstand, entsprechend den Anweisungen Hitlers die ganze Welt gegen Deutschland aufzubringen.

Zu den typischen Figuren der braunen Clique gehörte auch Hitlers Pressechef Otto Dietrich. Seine weitherzige Dienstfertigkeit hatte es ihn bis zum Syndikus des Rheinischen Stahlwarensyndikats bringen lassen. Dann bewies er seine Geschäftstüchtigkeit bei der Wahl des Schwiegervaters: er heiratete Elisa Reismann-Crone, die Tochter des Besitzers der von der Schwerindustrie finanzierten „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“. Dietrichs Schwiegervater hatte enge Beziehungen zum Vorsitzenden des Kohlensyndikats Kirdorf. Diese guten Beziehungen zu den Herren der Schwerindustrie brachten es zuwege, daß Dietrich im April 1931 zu Hitlers Pressechef ernannt wurde.

Auf die deutsche Bauernschaft ließ Hitler einen gewissen Darré los, der aus Belgrano in Argentinien stammt. Bei seinem Vater hatte er gelernt, argentinische Landarbeiter zu knechten. Im übrigen liegt der Lebensweg dieses „Bauernführers“ in jenem Dunkel, aus dem so viele Männer des Hitlerregimes urplötzlich auftauchten. Als der Bankrott von Darrés Ernährungs politik selbst die Kriegspolitik Hitlers erschwerte, mußte Hitler diesen „Fachmann“ fallen lassen. Die Ernährungslage des deut-

schen Volkes wurde allerdings durch seinen Nachfolger noch weiter verschlechtert.

Darrés Nachfolger war der russische Weißgardist *Backe*, der aus Batum stammt. Daß Hitler erst Darré, den Ausbeuter argentinischer Landarbeiter, und nach ihm Backe, den gehässigen Feind der russischen Revolution und der russischen Bauern, zum „Bauernführer“ machte, kennzeichnet eindeutig die Bauernfeindlichkeit des Nationalsozialismus.

Auch die „vormals regierenden Häuser“ gehörten zu den führenden Männern der neuen Kriegspartei, der NSDAP.

Prinz August Wilhelm vertrat die alte, längst abgetakelte Firma Hohenzollern. Als Eigentümer eines Grundbesitzes von 71000 Hektar war er zugleich ein Vertreter des Nazigrundsatzes: Eigennutz geht vor Gemeinnutz. Dieser „Prinz von Geblüt“ ließ sich von Himmler zum SA-Brigadeführer ernennen.

Als weiterer Vertreter der alten wilhelminischen Hofkamarilla bekannte sich auch der Herzog von Coburg und Gotha zu Hitler. Dieser Herzog verfügte über einen Grundbesitz von 10200 Hektar und saß im Aufsichtsrat von acht großen Aktiengesellschaften, darunter der Rheinmetall-Borsig-A.G. Er wurde Mitglied des Hitler-Reichstages, SA-Obergruppenführer und gleichzeitig Aktionär der Zentral-Bodenkreditanstalt A. G., deren Spezialität die Aussaugung der Bauern war.

Besonders angesehen waren in der Hitlerpartei jene Landsknechte, die nach dem ersten Weltkrieg im Dienste der Stinnes und Thyssen in den reaktionären Freikorps gegen die deutschen Arbeiter kämpften.

In München amtierte *Ritter von Epp*, ein alter Kolonialabenteurer. Er hatte schon vor 1933 hinlänglich bewiesen, daß Ehre und besonders Soldatenehre ihm völlig fremde Begriffe waren. Als Offizier in Südwestafrika wurde er durch die Niedermetzlung der Hereros berüchtigt; hierzu fügte er später die Schande des Mordterrors gegen die Münchener Arbeiter zur Zeit der Räterepublik und den blutigen Feldzug gegen die Ruhrarbeiter im Kapp-Putsch 1920.

Ein typischer Vertreter unter Deutschlands „Erneuerern“ war auch *Manfred von Killinger*. Er hatte schon 1918 zu den Söldnertruppen der Reaktion gehört, die in Berlin das arbeitende Volk niederschlugen, das mit den Kriegsverbrechern und Kriegsgewinnlern abrechnen wollte. Er hatte zu der Mordkolonne gehört, die *Karl Liebknecht* ermordete. Später

war er eine der Säulen der Terrororganisation „Consul“ und nahm an der Ermordung Erzbergers teil. Einen Mann mit solchen Fähigkeiten hielt Hitler für besonders geeignet für den Posten des deutschen Botschafters in Bukarest. Als die deutsche Heeresgruppe Süd zusammenbrach und Rumänien sich mit Hilfe der Sowjetunion von Hitler betrete, zog Herr von Killinger den Selbstmord der Gewißheit vor, von einem Volksgericht für eine 26jährige Verbrecherlaufbahn gerichtet zu werden.

Kurt Daluge gehörte 1919 zu dem berüchtigten konterrevolutionären Freikorps Roßbach. Die Mordtaten dieses Freikorps empfahlen ihn für die Leitung der Gestapo. Nach der Erschießung des Gestapobanditen Heydrich in Prag errichtete Daluge als sein Nachfolger das fürchterliche Terrorregime, dem Tausende von tschechischen Patrioten zum Opfer fielen.

Hayler hat sich sein ganzes Leben lang als Soldknecht der Plutokraten bewährt. Als Angehöriger von Freikorps nahm er nach dem ersten Weltkrieg an der Niederschlagung der deutschen Arbeiterschaft in München, im Ruhrgebiet und in Schlesien teil und verteidigte mit Mord und Brand die Herrschaft der Stinnes und Krupp, der Vögler und Röchling. Er war ihnen auch 1923 treu und nahm am Hitlerputsch teil. Unter Hitler wurde er SS-Brigadeführer, dann Leiter der Reichsgruppe Handel, als der er die kleinen Ladengeschäfte schloß, und schließlich Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium.

Eine weitere Abart der braunen Spießgesellen waren jene Geschäftemacher, die mit dem Mitgliedsbuch der NSDAP den Freibrief auf hemmungs- und straflose Groß- und Blitzschiebungen erwarben. Sie wurden in märchenhaftem Tempo reich. Vor dem deutschen Volk aber, auf dessen Kosten sie sich die Taschen stopften, spielten sie die bescheidene Rolle von „Ingenieuren“, „Fachleuten“ usw. Man braucht aber nur das amtliche „Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte“ zur Hand zu nehmen, um einwandfrei festzustellen, woher diese Haifische kamen.

Der „Ingenieur“ Albert Pietzsch, wie er sich bescheiden nannte, entpuppte sich in diesem Adreßbuch als Mitglied des Vorstandes der Elektro-Chemischen Werke A. G. München, als stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Bayrischen Lloyd Schiffahrts A. G. und Mitglied des Aufsichtsrates der Aktienbrauerei zum Löwenbräu München,

der Elektrizitäts A. G. vormals Schuckert & Co. München und der Siemens-Schuckert Werke A. G. Berlin.

Der neue Naziplutokrat Pleiger, der Generaldirektor des Göring-Konzerns, der sich bescheiden „Fachmann“ nennt, war schon vorher Mitglied des Aufsichtsrates der Engelhardt-Brauerei Berlin und der Bierbrauerei Gebr. Müser A. G., Bochum-Langendreer.

Wilhelm Keppeler, Hitlers Vertrauensmann in Wirtschaftsfragen, wurde von der Nazi-propaganda unauffällig Leiter eines „Industrieunternehmens“ genannt. Das Adreßbuch der „Direktoren und Aufsichtsräte“ aber zählt hinter seinem Namen folgende Posten auf: Vorsitzender des Aufsichtsrates der Braunkohlen-Benzin A. G., Mitglied des Aufsichtsrates der Hamburg-Amerika-Linie, des Norddeutschen Lloyd, der Junkers Flugzeug- und Motorenwerke, der Reichsbank und weiterer fünf Aktiengesellschaften.

Hans Weltzien verbarg hinter dem schlichten Titel „Finanzrat“ die Geschäftsführung der Großbank Berliner Handelsgesellschaft und die Mitgliedschaft in neun Aufsichtsräten.

Das ist nur eine kleine Auslese — sie wäre beliebig zu vergrößern — zur Illustrierung der Goebbels-Propaganda „Platz dem Arbeiter“. Während Goebbels mit dieser Losung auf den Straßen und in den Versammlungen lärmte, schafften sich die neureichen Nazimillionäre Platz in den Aufsichtsräten und an der Futterkrippe des Staates.

Die Herren der Bankwelt und der Schwerindustrie gaben zwar Hitlers Spießgesellen großzügig fette Posten, doch die entscheidenden Positionen behielten sie in der Hand.

Im Jahre 1940 — 7 Jahre nach der „Erneuerung“! — saßen von den 384 Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern der 24 größten deutschen Aktiengesellschaften 240 schon seit der Zeit vor Hitler in den Vorständen und Aufsichtsräten dieser selben Gesellschaften. Von den verbleibenden 144 Posten war ein großer Teil bei den inzwischen vorgenommenen Neuwahlen mit alten Großaktionären „neu“ besetzt worden. Wie das im einzelnen Fall aussieht, soll an ein paar Beispielen gezeigt werden:

Der Aufsichtsrat der Deutschen Bank „erneuerte“ sich durch Aufnahme von ein paar Nazis: des ersten Mannes von Frau Goebbels, Herrn Günther Quandt, des Staatsrats Friedrich Reinhart u. a. Die überwiegende

Mehrheit verblieb aber unangetastet den alten Plutokraten, in ihrer Spitze Karl Kimmich, Wolfgang Dierig, Klöckner, dem Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, von Siemens, dem Generaldirektor Stahl usw.

In der erneuerten Zusammensetzung des *Aufsichtsrates der AEG* erhielten dieselben Günther Quandt und Staatsrat Friedrich Reinhart ihre Posten. Die Namen der übrigen Aufsichtsrats-Mitglieder zeigen aber, wer nach wie vor Herr im Hause blieb: Herr Büchner, Karl Kimmich von der Deutschen Bank, Kohlenbaron und Großgrundbesitzer Graf Henk ' von Donnersmarck, die Familie Haniel, der Beherrscher des Mitteldeutschen Stahltrusts Flick, der Generaldirektor des Mannesmann-Konzerns Zangen usw.

In stärkerem Umfange wurden die Aufsichtsräte der Betriebe „erneuert“, an denen staatliches Kapital beteiligt war. Hier bot sich den Handlangern der neureichen Nazibürokratie die ersehnte Möglichkeit, unter Ausnutzung des frisch erworbenen Staatspöstchens auch einen größeren „Nebenverdienst“ zu erhaschen.

Im Aufsichtsrat der Märkischen Elektrizitätswerke A. G., die hauptsächlich Berlin mit Strom versorgen, erfüllten 11 treue Gefolgsmänner Hitlers ihre Aufgabe als Kuponabschneider: drei Bürgermeister, fünf Landräte, zwei Landeshauptleute, ein Regierungspräsident.

Im Aufsichtsrat der Vereinigten Elektrizitätswerke Rheinland-Westfalen hockten alte Kriegsgewinnler und neue Naziplutokraten einträchtig zusammen. Karl Kimmich (Deutsche Bank) und Eugen Bandel (Commerzbank) saßen neben dem Generaldirektor des Göring-Konzerns Pleiger sowie sechs Nazibürgermeistern und vier Landräten.

Hitler hatte schon vor 1933 erklärt, es werde eine „neue Herrenschicht“ geschaffen. Nun war sie da. Im Auftrage und im Verein mit den wahren Machthabern, den alten Konzern- und Bankherren, sog sie dem deutschen Volk das Mark aus den Knochen und steuerte auf ihr Ziel los: die Völker der ganzen Welt auszurauben.

WIE HITLER DIE ARBEITSLOSIGKEIT „BESEITIGTE“

Die „Beseitigung der Arbeitslosigkeit“, das war der Reklameschlager, mit dem es der Nazipartei gelang, auch einen Teil der Arbeiter irrezuführen. „Nie wieder wird es zu einer Krise kommen“, riefen in den Versammlungen Goebbels und Ley um die Wette.

Jetzt, zwölf Jahre später, sieht das deutsche Volk die Ergebnisse von Hitlers „Arbeitsbeschaffung“. Statt sechs Millionen Arbeitslose — weit über sechs Millionen Tote und Krüppel!

Manch junger Arbeiter in Deutschland konnte lange nicht verstehen, welcher Zusammenhang zwischen Hitlers „Arbeitsbeschaffung“ von 1933 und dem Kriegsbeginn im Jahre 1939 besteht. Aber das wird jedem klar, der untersucht, wie Hitler die Arbeitslosigkeit „beseitigt“ hat.

Nicht Hitler beseitigte die Krise!

Niemand kann bestreiten, daß am 30. Januar 1933, dem Tage der Machtübernahme durch Hitler, der Tiefpunkt der großen Weltwirtschaftskrise bereits überschritten war.

Im Verlaufe der Krise waren die Warenlager soweit geleert worden, und der Maschinenpark bedurfte so dringend der Ergänzung, daß schon von Ende Sommer 1932 ab wieder mehr für den laufenden Bedarf hätte produziert werden müssen. Die Krise begann schon vor Hitler langsam wieder abzuflauen.

So war es nicht nur in Deutschland, sondern auch in den anderen kapitalistischen Ländern. Wenn man die Produktion 1929 gleich 100 setzt, so zeigte der Produktionsindex für 1937 in Deutschland eine Steigerung auf 117,2, in Großbritannien sogar schon auf 124. Gerade der Vergleich des Produktionsanstiegs in Deutschland und in Großbritannien beweist, daß die Überwindung der Wirtschaftskrise nicht etwa Hitlers Verdienst ist. Ohne Hitler wäre es rascher aufwärts gegangen.

Überdies ist es eine von Goebbels erfundene Legende, wenn gesagt wird, Hitler habe sofort nach 1933 die Arbeitslosigkeit völlig beseitigt. Registrierte Erwerbslose wurden nach der amtlichen deutschen Statistik in die Betriebe eingestellt:

1933 1,25 Millionen	1934 1,57 Millionen	1935 0,57 Millionen
------------------------	------------------------	------------------------

Bis 1935/36 war also nur etwas über die Hälfte der Erwerbslosen in die Betriebe gekommen. Dabei ist noch in Betracht zu ziehen, daß die Zahl der Erwerbslosen im Anfang durch Entlassung von Frauen aus den Betrieben vermindert wurde, dann durch die Einführung des Arbeitsdienstes für Jugendliche und schließlich durch Einziehung von 700 000 Jugendlichen zur Armee.

Arbeit für den Krieg

Was haben nun die neu eingestellten Erwerbslosen produziert? Waren es Massenverbrauchsartikel? Nein, es war Material für die Kriegsrüstung! Der Produktionsindex für Artikel des Massenverbrauchs zeigt:

1929 100	1936 98,7	1937 104,6	1938 110
-------------	--------------	---------------	-------------

Beim Vergleich dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, daß erstens der Bevölkerungszuwachs in Deutschland in der gleichen Zeit 3,7 Millionen betrug und daß zweitens in der Produktionsziffer für 1938 das von Hitler annektierte Österreich mit inbegriffen war. Auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, war also die Produktion von Massenverbrauchsartikeln 1938 (ein Jahr vor Kriegsbeginn!) niedriger als 1929, im letzten Jahr der Konjunktur.

Die Industrieproduktion, die vorwiegend der Kriegsvorbereitung diente, stieg jedoch wie folgt:

1929 100	1936 106,3	1937 117,2	1938 130,8
-------------	---------------	---------------	---------------

Diese Zahlen aus dem „Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches“ bestätigen, daß die sogenannte Arbeitsbeschaffung Hitlers von Anfang an der Kriegsrüstung diente.

Hitlers sogenannte Arbeitsbeschaffung diente zugleich der Einführung der Zwangsarbeit und dem Lohnabbau. Im nächsten Kapitel werden wir das ausführlicher darlegen. An dieser Stelle sei nur gesagt, daß die Groß-

unternehmer mit Hitlers „Arbeitsbeschaffung“ ein besonderes Geschäft machten. Den Erwerbslosen wurde die Unterstützung entzogen, um sie zu zwingen, zu untertariflichen Bedingungen Arbeit aufzunehmen. Sie selbst wurden zum Bau von Autobahnen für den Krieg befohlen, zum Bau von Befestigungsanlagen und Ersatzstoff-Fabriken und zu Bauten, die sich aus der Standortverlegung vieler Fabriken ins Innere des Landes ergaben. Während die Arbeitsbedingungen verschlechtert wurden, erhielten die Großunternehmer dagegen besondere Vergünstigungen bei der Einstellung von Arbeitskräften. Steuern wurden ihnen erlassen und besondere Subventionen gewährt.

Es war also eine Lüge, wenn die Nazi-propaganda behauptete, „die deutsche Wirtschaft diene dem Volk“, nein, sie diene ausschließlich den schwerindustriellen Kriegsinteressenten. Für deren Ziel, die Eroberung fremder Länder, wurden die Kriegsrüstungen mit Staatsgeldern angekurbelt. Triumphierend schrieb der „Völkische Beobachter“:

„Der Staat ist als Großunternehmer auf dem inneren Markt aufgetreten!“

Senkung der Lebenshaltung des arbeitenden Volkes

Die Ankurbelung der Kriegswirtschaft war aber nur möglich auf Kosten der Lebenshaltung des arbeitenden Volkes. So wurde denn auch die Lebensmitteleinfuhr zugunsten der Einfuhr von Rohstoffen für den Krieg eingeschränkt. Einige Beispiele:

Die Buttereinfuhr, die 1929 136 000 Tonnen betrug, wurde schon 1936 auf 75 000 Tonnen gesenkt. In Millionen Mark wurde jährlich für die Buttereinfuhr ausgegeben:

1929	1931	1932	1934
461,4	819,8	106,6	73,6

In Tonnen ausgedrückt sank die Gesamteinfuhr von Lebensmitteln wie folgt:

1932	1934	1935
4,4	3,2	2,9

Der gesamte Eierkonsum der Bevölkerung betrug im Jahre 1935 nur

noch 7,47 Milliarden Stück, während er im schlimmsten Krisenjahr 1932 8,71 Milliarden Stück betragen hatte. Die Eiereinfuhr betrug in Tonnen:

1932	1933	1934
148 000	89 000	65 000

So war es mit allen wichtigen Lebensmitteln. Die Produktion von Margarine beispielsweise, die noch 1932 525 000 Tonnen betragen hatte, war 1934 auf 390 000 Tonnen herabgesunken. Das Schlachtkontingent wurde im Februar 1936 auf monatlich höchstens 60 % der Rinderschlachtungen und Rinderfleischumsätze des Vorjahres festgesetzt. Sogar das Brot wurde gestreckt. Die Unzufriedenheit darüber war so groß, daß Göring auf dem Nürnberger Naziparteitag 1938 versprechen mußte, es würden wieder weiße Brötchen gebacken werden. Gesehen hat sie freilich keiner.

Dafür stieg die Einfuhr von Rohstoffen für die Kriegsindustrie schon in den ersten Jahren der Hitlerherrschaft von monatlich 115 Mill. Mark im Jahre 1932 auf monatlich 155 Mill. Mark im Jahre 1936.

„Autarkie“

Die Zahlen beweisen eindeutig, daß der Lebensmittelmangel sofort nach Hitlers Machtantritt organisiert wurde. Obwohl eine größere Anzahl von Arbeitern in den Betrieben beschäftigt war, wurde im Interesse der Kriegsvorbereitungen der Lebensmittelverbrauch eingeschränkt. Das Schlagwort hierfür, das die Massen benebeln sollte, lautete: „Autarkiewirtschaft“. Hinter diesem Fremdwort verbarg sich folgende Entwicklung:

Die Rohstoffe wurden in steigendem Maße zu Kriegsmaterial verarbeitet und immer weniger zur Produktion von Maschinen und Qualitätswaren für die Ausfuhr verwandt. Daher waren die Rüstungsbetriebe überbeschäftigt und die Lager und Heeresmagazine mit Kriegsmaterial überfüllt. Dagegen fehlte es den Fabriken an Rohstoffen für Erzeugnisse des Massenverbrauchs, und auf dem Markt fehlte es an Waren des Massenbedarfs. Durch Lohnstop paßte Hitler die Kaufkraft der Arbeiter dieser Mangelwirtschaft an.

Es konnten die deutschen Werktätigen zum ersten Male seit Jahrzehnten nicht einmal für ihr Geld kaufen, was sie wollten. Kein Wunder. Das Wesen dieser „Göringschen Planwirtschaft“ bestand ja eben darin, daß

die Arbeiter mehr arbeiten und weniger verbrauchen sollten. Als schließlich im deutschen Volk die Unzufriedenheit über die immer schlechter werdende Nahrungsmittelversorgung wuchs, hatte Goebbels die Stirn zu erklären:

„Gut, wir gestehen jetzt, wir haben seit 1933 bis zum äußersten aufgerüstet. Jawohl, gestehen wir es: wenn wir uns den Gürtel enger schnüren, so geschieht dies, weil wir nur Rohmaterial einführen für unsere Rüstung, was wichtiger ist als zu essen.“
(Rede im Sportpalast am 7. Mai 1936)

Durch den Mund von Goebbels bestätigte die Nazipartei unumwunden, daß die Kriegsproduktion die Ursache der Einschränkung des Verbrauchs, die Ursache der Not der arbeitenden Volksmassen war.

Der Friede — eine Gefahr für Hitler

Was sollte mit den angehäuften Mengen von Rüstungsmaterial geschehen? Die Antwort ist klar. Sie mußten ihrem Verwendungszweck zugeführt werden — oder eine neue, noch viel schwerere Wirtschaftskrise war unvermeidlich! *So wurde die Aufrechterhaltung des Friedens für die Hitlerherrschaft zur Gefahr.*

Von hier aus wird besonders klar, ein wie schändliches Spiel Hitler mit dem deutschen Volk trieb. „Gebt mir 4 Jahre Zeit!“ hatte er einst beschwörend ausgerufen. Viele waren auf diesen weinerlichen Schwindel hineingefallen. Sie hatten Hitler „eine Chance gegeben“. Nun nutzte er diese Chance mit aller Kraft aus, aber nicht um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, durch Arbeit für den Bedarf des Volkes, sondern um die Arbeit für die Kriegsrüstung anzukurbeln und dann den Krieg selbst in Gang zu bringen.

Dabei verhöhnte die Hitlerclique noch das deutsche Volk. Denn anders als Hohn kann man es nicht nennen, was beispielsweise der Wirtschaftsredakteur des „Völkischen Beobachter“, Nonnenbruch, in dem Buch „*Dynamik der Wirtschaft*“ dem deutschen Leser zu sagen wagte:

„Die Wirtschaft lebt von der Erzeugung, und hinter die Notwendigkeit der Erzeugung tritt die Verwendung der Güter zurück, und zwar so sehr, daß diese sogar in die Luft geknallt werden können. Das Volk hat zwar keine Steigerung seiner Lebenskraft von dieser Erzeugung, aber wenigstens Arbeit.“

Und Ley pries die Kanonen von Krupp und die Westbefestigungen als die Güter, die „für das Volk“ geschaffen wurden.

Aber auch beim Hohn blieben die Naziführer nicht stehen. Sie, die den Mangel organisiert und die Lebensmittelversorgung verschlechtert hatten, nutzten nun die Not der werktätigen Massen aus, um ihnen einzureden, der Eroberungskrieg gegen andere Völker sei notwendig, um „größeren Lebensraum“ zu sichern. Durch Entbehrungen und Demagogie machten sie das deutsche Volk reif zum Selbstmord für die Ziele ihrer Auftraggeber, der 300 Plutokraten.

Das Ergebnis der „Arbeitsbeschaffung“

Daß die Hitlersche „Arbeitsbeschaffung“ nur dem Kriege diene, das bestätigten am Ende der Hitlerherrschaft sogar viele Stimmen aus den Kreisen der Unternehmer. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 18. Juni 1944 lasen wir unter dem Titel „Das Problem unserer Zeit“:

„Es besteht kein Zweifel daran, daß sich der Krieg ... immer wieder als rettende Institution darbieten wird, die geradezu automatisch alle 20—30 Jahre eingeschaltet werden will, um Überproduktion durch einen riesenhaften Staatsverbrauch abzufangen ... Wo liegt der Angelpunkt des Problems? Die Produzenten (die Geldgeber gehören in diesem Zusammenhang als Interessenten in die gleiche Front) stellen die Wirtschaftsmacht dar und haben den entscheidenden wirtschaftspolitischen Einfluß auf die Regierungen ... *Alle Versuche, die Überproduktion nicht durch Einschränkung der Erzeugung, sondern durch großzügig geplanten Mehrverbrauch zu heilen, mußten scheitern, weil nicht die Denkweise des Verbrauchers, als Methode und Macht organisiert, die Wirtschaft beherrschte, sondern ständig ein Produzentendenken an der Überproduktion herumdokterte.*“

Der Verfasser dieses Artikels, Herr Josef Wünsch, kommt aus dem Dinta-Institut, das sich mit der Ausarbeitung der „besten Methoden“ der Ausbeutung der Arbeiter beschäftigt. Niemand kann am kapitalistischen Denken des Herrn Wünsch zweifeln. Und doch muß auch dieser Sprecher der deutschen Großindustriellen bestätigen, daß das deutsche Monopolkapital — „Produzenten“ nennt sie Wünsch — zur Herrschaftsform der faschistischen Diktatur und zum Krieg überging, weil es die Widersprüche der deutschen Wirtschaft nicht lösen konnte.

Statt 6 Millionen Erwerbslose — 6 Millionen Tote, das ist die Bilanz der „Arbeitsbeschaffung“ der faschistischen Machthaber.

ARBEITER ODER SKLAVE?

Es gibt heute kaum noch einen Arbeiter, der nicht tief empört ist über den unerhörten Betrug, den Hitler und die DAF an den deutschen Arbeitern begingen. Aber noch denken manche, daß die eine oder andere „nationalsozialistische“ Maßnahme zur Versklavung der Arbeiter „kriegsbedingt“ gewesen sei. Das ist ein schwerer Irrtum. Die Versklavung der Arbeiter begann nicht erst 1939, sondern bereits 1933. Und das war kein Zufall, sondern gesetzmäßig, denn die Versklavung der Arbeiter im Innern war die Grundlage für die imperialistische Eroberung nach außen.

Es ist kein Zufall, daß die Naziführer schon von 1933 ab immer wieder von der „soldatischen Gemeinschaft“ im Betrieb sprachen und *das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter mit dem von Offizier und Soldat in der Armee verglichen*. Damals, im Lärm des ersten „Heil-Hitler“-Geschreis, überhörten viele Arbeiter diesen neuen Ton oder belächelten ihn. Heute weiß jeder, daß unter dem faschistischen Regime der Betrieb zur preußischen Kaserne gemacht wurde.

Die Unternehmer werden zu „Betriebsführern“ ernannt

Im „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ vom 20. Januar 1934 wurde die Stellung des Arbeiters in Wirtschaft und Staat festgelegt.

§ 1 dieses Hitlergesetzes bestimmt:

„Im Betrieb arbeiten die Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft zur Förderung des Betriebswerkes und zum gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat.“

§ 2 bestimmt:

„Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten...“

Damit hatte die Hitler-Regierung die völlige Entrechtung der Arbeiterschaft diktiert. Die Herren des Kohlensyndikats, des Stahltrusts, des IG-Farbentrusts, der AEG und wie die Hochburgen des Rüstungskapitals alle heißen, hatten das Ziel ihres mehr als 50jährigen Kampfes erreicht: Sie waren die unumschränkten „Herren im Hause“, sie bestimmten alles im Betrieb. Die Arbeiter hatten nur noch zu schuften und zu gehorchen. Herr Ley aber schläfernte — während Hitler die mittelalterlichen Verhältnisse von Herr und Knecht wieder einführte — die deutschen Arbeiter

mit schönen Worten ein, mit der Phrase von der „Herstellung der Ehre der Arbeit“ und der Phrase von der Arbeit zum „gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat“. *Wie konnte vom „gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat“ die Rede sein, wo die plutokratischen Führer der großen Konzerne die ganze deutsche Wirtschaft kommandierten und über die Staatsführung bestimmten?*

Die Arbeiter werden entrechtet

Vergleichen wir die Rechte, die sich die Arbeiter nach fünfzigjährigem Kampf im Jahre 1918 errungen hatten, mit der Rechtlosigkeit, die durch die Hitlergesetze nach 1933 eingeführt wurde.

Recht nach 1918

„Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit dem Unternehmer an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken.“

(Artikel 165 der Weimarer Verfassung)

„Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiteräten, sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiteräten und in einem Reichsarbeiterat.“

(Artikel 165 der Weimarer Verfassung)

Rechtlosigkeit unter Hitler

„Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten.“

(§ 2 des „Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit“)

An Stelle der Betriebsräte werden Vertrauensräte des Unternehmers geschaffen. „Dem Führer des Betriebes treten aus der Gefolgschaft Vertrauensmänner beratend zur Seite. Sie bilden mit ihm und unter seiner Leitung den Vertrauensrat des Betriebes.“

(§ 5 Abs. 1 des „Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit“)

Man möge uns nicht mißverstehen: Wir haben die sozialen Maßnahmen der Weimarer Republik niemals als mustergültig betrachtet, sondern im Gegenteil als unzulänglich. Aber wir sahen in ihnen demokratische Sofortmaßnahmen, die durch den Kampfwillen des Volkes zu einer echten demokratischen Ordnung in einem Staat des Friedens und des Wohlstandes hätten entwickelt werden können. Das eben fürchteten die Herren Rüstungsindustriellen. Denn zur Vorbereitung ihres Krieges brauchten

sie eine rechtlose Arbeiterschaft, das heißt eine Arbeiterschaft, die ihrer stärksten Waffe, der eigenen Organisation, beraubt war. *Hitlers sogenanntes „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ war der entscheidende Schlag zur Zertrümmerung der Organisation der Arbeiterschaft, zu ihrer völligen Versklavung.*

Im Mai-Aufruf der DAF von 1938 wurde das offen bestätigt. Frohlockend verkündeten die Büttel der „Herren im Hause“:

„Die Betriebsführer haben wieder Herrenrechte, verdienen gut und brauchen trotzdem die Löhne nicht zu steigern.“

Planmäßige Zersplitterung der Arbeiterschaft

Das in jahrzehntelangen Kämpfen errungene Recht der gemeinsamen Vertretung der Arbeiterinteressen war also durch das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ zerstört. Nun gingen die Kriegstreiber daran, die Arbeiterschaft zu zersplittern.

Um zu verhindern, daß die Arbeiter einer einzelnen Industriegruppe oder auch nur mehrerer Betriebe gemeinsam ihre berechtigten Forderungen vertraten, wurden von den sogenannten „Treuändern der Arbeit“ immer mehr Betriebe aus dem Tarifverhältnis herausgenommen: die betriebliche und individuelle Regelung wurde üblich.

Begeistert schrieb hierzu die „Deutsche Bergwerkszeitung“, die Zeitung der großen Rüstungsindustriellen, am 6. Mai 1936, die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik habe sich zum Ziel gesetzt, die Bedingungen für den Abschluß von Einzelarbeitsverträgen zu schaffen, und schrieb wörtlich:

„Räumlich verlagerte sich das Schwergewicht von den Reichs- und Bezirkstarifen zu den Orts- und Firmenabkommen.“

Obendrein wurde diesen Tarifen der Hauptinhalt genommen. Denn die Bestimmung der Arbeitszeit wurde dem Unternehmer überlassen, der nun durch direkte Anordnung oder in Gestalt von Überstunden die Arbeitszeit willkürlich verlängern und die Betriebsordnung entsprechend seinen eigenen Interessen ändern konnte.

Es ist nur folgerichtig, daß die Hitler-Regierung dem Arbeiter das Verlassen des Betriebes verbot, gleichzeitig aber dem Unternehmer das Recht gab, den Arbeiter zu bestrafen und ihn zur Aufnahme der Arbeit in einem auch noch so weit entfernten Betrieb zu zwingen.

Auf der Basis des „Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit“ be-

gann die sogenannte „Arbeitsschlacht“. Diese seltsame „Schlacht“ ging nicht etwa, wie es manchem schien, um die Wiederbesetzung der Arbeitsplätze. Die Unternehmer hätten schon längst Arbeiter einstellen können, wenn sie es gewollt hätten, denn der Bedarf an Waren war groß. *Den Konzernherren kam es aber darauf an, bei der Wiedereinstellung der Arbeiter die Not der Erwerbslosen auszunutzen, um die Tarifverträge zu durchbrechen, um den Arbeitern das Recht der gemeinsamen Interessenvertretung zu nehmen, um willkürlich die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.* Dabei halfen ihnen die Ley und Konsorten.

Den Erwerbslosen sagten sie: „Um wieder in den Betrieb zu kommen, müßt ihr auf einen Teil der tariflichen Ansprüche verzichten.“

Den Betriebsarbeitern, deren Arbeitsbedingungen verschlechtert wurden, sagten sie, dadurch würde die Einstellung der Erwerbslosen ermöglicht.

So wurden Schritt für Schritt die Tarifbestimmungen außer Kraft gesetzt. Die Konzernherren erreichten eine immer vielfältigere Staffelung der Löhne der Arbeiter im Betrieb und kamen allmählich ihrem Ziel näher: die tariflichen Grundlöhne zu beseitigen und die Löhne willkürlich durch den „Führer des Betriebes“ zu bestimmen.

Die Senkung der Reallöhne

Nach dem Bericht der DAF stieg der Wochendurchschnittslohn von 22,26 RM im letzten Vierteljahr 1932 auf 23,81 RM im zweiten Vierteljahr 1935, das heißt: um 6,9 %. Die DAF selbst gab zu, daß in dieser Zeit die Preise für Bekleidung gestiegen waren und die „Nahrungsmittelpreise um 13 % erhöht wurden“. Der Arbeiter konnte sich also nach den Angaben der DAF 1935 für seinen Lohn weniger kaufen als im Krisenjahr 1932. Dabei mußte er, um seinen Lohn zu verdienen, 1932 6,8 Stunden arbeiten, 1935 aber 7,4 Stunden und zusätzliche Überstunden.

Nach der frisierten Lohnstatistik im Buche von A. G. Berndt „Gebt mir 4 Jahre Zeit“ (Eher-Verlag 1937) stieg die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten von 1933 bis 1937 um 45 %, die Lohnsumme jedoch nur um 32 %.

Als die Arbeiter berechnete Lohnforderungen stellten, wurden sie vertröstet:

„Wenn die Erwerbslosigkeit beendet ist, wird auf der ganzen Linie eine starke Lohnsteigerung eintreten.“ („Völkischer Beobachter“, 17. Juni 1936)

Als es soweit war, hieß es; die Arbeiter sollten ihre Leistung steigern, dann werde auch der Lohn steigen. Die Leistung stieg bedeutend. Anerkennend vermerkten die „Wirtschaftlichen Mitteilungen“ der Deutschen Bank, es sei

„volkswirtschaftlich von höchstem Wert, daß es dem deutschen Kohlenbergbau gelungen ist, eine so außerordentliche Steigerung der Leistung zu erreichen, wie sie in der Entwicklung des Förderanteils je Schicht und Kopf der Belegschaft zum Ausdruck kommt.“

Der Freudenrausch der Grubenherren war leider nicht unberechtigt. Betrachten wir, wieviel je Kopf und Schicht der Gesamtbelegschaft des Ruhrbergbaues im Jahresdurchschnitt gefördert wurde:

Jahresdurchschnitt 1913	943 kg	100 %
1930	1353 „	143 %
1934	1675 „	178 %
1936	1710 „	181 %

Ähnlich im oberschlesischen Steinkohlenbergbau. Bei einer Betrachtung der dortigen Produktionsverhältnisse kam die „Ostdeutsche Morgenpost“ vom 19. Oktober 1937 zu der aufschlußreichen Feststellung, daß bei einem Mehreinsatz an Arbeitskräften von 9,6 % eine Steigerung der Produktion um 37,6 % erzielt wurde. Die Produktionssteigerung war also 3,9 mal so groß wie der Mehreinsatz an Arbeitskräften.

„Wer leistet, soll fordern“, hatte Ley großmäulig verkündet. Aber als die Arbeiter für Mehrleistungen mehr Lohn forderten, verfügte Göring den Lohnstop. Und derselbe Ley verhöhnte noch obendrein die Arbeiter, indem er mitteilen ließ, er habe ein „wissenschaftliches Institut“ zur Ermittlung des „gerechten Lohnes“ geschaffen.

Über die Ergebnisse dieser Politik stellte die „Deutsche Arbeitsfront“ selbst fest,

„daß das Unternehmereinkommen einen Zugang schätzungsweise um 15, wenn nicht 20 Prozent aufweist. Das erhöhte Arbeitseinkommen ist nicht dem einzelnen Arbeiter zugute gekommen, sondern geht auf den erhöhten Beschäftigungsgrad zurück . . . Es ergibt sich also, daß sich der Unternehmer in der Arbeitsschlacht einen größeren Anteil am Sozialprodukt sichern konnte als der Arbeiter.“

(„Frankfurter Zeitung“ vom 10. April 1935)

Die Naziführer nutzten nun die von ihnen selbst erzeugte Not des arbeitenden Volkes für ihre Kriegspropaganda aus: Wollt ihr mehr

„... wollt ihr besser leben, sagten sie den Arbeitern, so kämpft für die
Eroberung fremden Bodens, für die Ausbeutung fremder Länder!“

Hitlers „deutsches Arbeitssystem“

Eine besondere Methode der Versklavung des deutschen Arbeiters kam
mit der Einführung des faschistischen „Leistungslohnes“.

Dieses, wie Ley sagte, „deutsche Arbeitssystem“ bestand darin, daß dem
Arbeiter an Stelle des Lohntarifvertrages, der früher seinem Schutz diente,
Leistungszeiten vorgeschrieben wurden. Ein „Reichsausschuß für
Arbeitszeitstudien“ (Refa) wurde geschaffen. Sein Leiter war ein Ver-
treter des Rüstungskapitals, Kurt Hegner, Direktor der Löwe A.G. im
Krupp-Konzern. Dieser Reichsausschuß ließ in modern ausgerüsteten Be-
trieben bei Arbeitern mit überdurchschnittlichen Leistungen die Leistungs-
zeiten abstoppen. Die abgestoppten Zeiten galten dann auch für die
anderen Betriebe als verbindlich. Diese faschistische Methode der Aus-
beutung bedeutete nicht nur, daß der Arbeiter für denselben Lohn mehr
arbeiten mußte, sondern auch, daß er nicht einmal wußte, welchen Lohn
er bekam. Hinzu kam die willkürliche Eingliederung der Arbeiter in die
verschiedenen Leistungsstufen durch den Unternehmer, die Berechnung des
Lohnes nach der Leistung der Arbeitsgruppe und die Abzüge, wenn in-
folge schlechter Rohstoffe die Arbeit mangelhaft war. Schon diese Neue-
rungen allein machten den „Leistungslohn“ zu einer Ausbeutungsmethode,
die alle bisherigen kapitalistischen Ausbeutungsmethoden übertraf.

Dieses aber genügte den Rüstungsplutokraten nicht. Durch Ley und seine
Kollegen ließen sie den Arbeitern feierlichst erklären, bei höherer Leistung
erhalten sie entsprechend der Lohn. Als die Arbeiter jedoch mehr geschuftet
wurden, wurden die Akkordlöhne gesenkt, um die Arbeiter zu zwingen,
mehr zu leisten. Rücksicht auf ihren Gesundheitszustand noch mehr zu schaffen.
Ein Zusammenbruch nannte das im „Völkischen Beobachter“ „ein gutes Stück
der Revolution“. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 29. No-
vember 1942 schrieb dazu:

„... soll getrost ganz offen aussprechen, daß es *keine sozialen Erwägungen*
sind, die den Ausgangspunkt der Angelegenheit bilden, sondern am Anfang
steht die Forderung nach höherer Leistung.“

Das bestätigt nur, daß Hitler das bekannte Gesetz durchführte: „Je
mehr der Arbeiter arbeitet, um so weniger Lohn erhält er.“

Der Generalstab der Arbeiterversklavung

Zur möglichst lückenlosen Durchführung der Arbeiterversklavung hatten sich die Rüstungsplutokraten auf eine mehr oder weniger einheitliche Leitung geeinigt.

Die einflußreichste Befehlsstelle war die „Reichsgruppe Industrie“ mit dem Generaldirektor Zangen vom Mannesmann-Konzern an der Spitze. Sie gab ihre Weisungen an die DAF, die DAF gab die Anweisungen Zangens an ihre Fachämter weiter. Der Leiter des wichtigsten Fachamtes „Eisen und Stahl“, Jaesch, bestätigte seine Gemeinschaft mit den Rüstungsplutokraten im „Völkischen Beobachter“ vom 19. Juli 1943 mit den Worten:

„Die Gemeinschaftsarbeit zwischen DAF, Fachamt Eisen und Metall, und der Reichsgruppe Industrie, Fachschaft Eisen- und Metallindustrie, hat sich hervorragend bewährt.“

Kaum weniger einflußreich war die „Reichsvereinigung Kohle“, an deren Spitze der Schwerindustrielle und „Staatsrat“ Paul Pleiger stand, Generaldirektor der Hermann-Göring-Werke und Mitglied des Rüstungsrates. Er erteilte seine Anweisungen unmittelbar an den Leiter des DAF-Fachamtes Bergbau, Hubert Siebert. Außerdem hatte die „Reichsvereinigung Kohle“ ihren „Reichsausschuß für Leistungssteigerung“, in dem wiederum Pleiger und Siebert zusammen arbeiteten. Der „Reichsausschuß für Leistungssteigerung“ erteilte Anweisungen an die sogenannten „Arbeitskreise für Leistungssteigerung“, die auf sämtlichen Schachtanlagen gebildet wurden. Die Leitung des einzelnen „Arbeitskreises“ hatte jeweils der „Betriebsführer“, außerdem gehörten dem Arbeitskreis der Betriebsobmann der DAF Steiger u. a. m.

So führten die Herren Rüstungsplutokraten mit Hilfe der DAF-Bürokratie aus allen Rohren den Klassenkampf von oben gegen die Arbeiterschaft. „Wahre Volksgemeinschaft“ und „Deutsche Sozialisierung“ nannten sie diese unbeschreibliche Versklavung und Ausbeutung des arbeitenden Volkes. Es ist kein Zweifel; die Nazi-propaganda wollte durch ihre Betrugsmanöver nicht nur die Arbeiter vor ihren Kriegswagen spannen, sie wollte sie auch hindern, den wirklichen Weg zum Sozialismus zu erkennen.

DER GROSSE BETRUG

„Seelischer Sozialismus“

Das Verlangen des deutschen Arbeiters nach Entmachtung der Herren der Rüstungskonzerne und Banken sollte nicht nur „ungefährlich“ gemacht, es sollte sogar zum Vorteil eben dieser Plutokratie und zu noch größerer Knechtung der Arbeiter ausgenutzt werden. Dazu brauchten die Herren der Rüstungsindustrie den sozialen Betrug des National-„sozialismus“.

Die bisherigen Methoden des Arbeiterbetruges hatten sich abgenutzt und drohten sich gegen sie zu kehren. In der Zeit der Weimarer Republik hatten die sozialdemokratischen Märchen von der „Wirtschaftsdemokratie“, von der Möglichkeit der Verhinderung der Krisen unter der Herrschaft des „organisierten Finanzkapitals“ wohl einen nicht unbeträchtlichen Erfolg gehabt, waren aber schließlich doch durch die rauhe Wirklichkeit widerlegt worden. Damit aber wuchs die Gefahr, daß die Arbeiter statt schöner Worte die Verwirklichung ihrer Lebensrechte fordern und — durchsetzen könnten.

Hier kam den Herren der Deutschen Bank, des Stahltrusts und des IG-Farben-Konzerns die „soziale Theorie“ des National-„sozialismus“ zu Hilfe. In Hitler fanden sie den Mann, der die Fähigkeit besaß, dem deutschen Volk einzureden: In Wirtschaft und Staat bestimmt jetzt das Volk.

Dieser Betrug wurde Hitler gerade dadurch erleichtert, daß Banken und Industrie immer stärker monopolisiert wurden und die Macht sich immer mehr in den Händen von einigen hundert Plutokraten konzentrierte. Früher einmal hatte jeder Arbeiter den Eigentümer des Betriebes persönlich gekannt. Jetzt arbeitete er in einer Fabrik, die zu einem Riesenkonzern gehörte, deren Eigentümer (d. h. die Inhaber der Aktienpakete) er nicht einmal bei Namen kannte. Die wahren Herren der Wirtschaft hielten sich wohlweislich im Dunkeln und blieben dem Volk unsichtbar. Das machte es Hitler möglich, dem Volke einzureden, „der Staat lenke die Wirtschaft“ und zwar „zum Nutzen des Volkes“.

Allerdings blieb die auch von Hitler nicht wegzuleugnende Tatsache sichtbar, daß die Erzeugnisse, die das Volk mit seiner Hände Arbeit schuf, nicht etwa Eigentum des Volkes waren, daß vielmehr die Konzernherren,

die die Fabriken und Maschinen besaßen, sich die Erzeugnisse des Volksschaffens aneigneten. Aber diese Ausbeutung des Volkes durch die Plutokratie verschleierte Hitler durch den großen Schwindel von der angeblichen „Gewinnbeschränkung“ und die uns schon aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg bekannte plumpe Bauernfängerei: „Im übrigen ißt auch Krupp nicht mehr Salz als der Arbeiter.“ Und daraus sollte der deutsche Arbeiter schließen, daß „also“ auch die Opfer, die Hitler ihm für die Aufrüstung, für die Vorbereitung und Führung des Krieges abpreßte, nicht etwa im alleinigen Interesse der Plutokratie gebracht würden.

Unter sich redeten die Herren der Plutokratie und ihre braunen Hauslakaien aber eine viel offenere Sprache, und besonders dort, wo die Nazi-partei sich bemühte, dem Finanzkapital klarzumachen, wie erfolgreich sie das deutsche Volk betrog. Nehmen wir ein einziges Beispiel. Nonnenbruch, der Wirtschaftsredakteur des „Völkischen Beobachter“, gab im Jahre 1936 sein richtunggebendes Buch „Dynamische Wirtschaft“ heraus, das natürlich nicht für den Arbeiterleser bestimmt war. Hier legte er seinen Auftraggebern die Methode des Betrugs vom „deutschen Sozialismus“ klar:

„Weil das deutsche Volk in dem vom Nationalsozialismus geschenkten Glauben die Wirtschaft als seine Wirtschaft ansah, war der Nationalsozialismus der Notwendigkeit enthoben, seinen sozialistischen Willen dadurch zu beweisen, daß er Experimente in der Wirtschaft veranstaltet.“ (Seite 10)

Das heißt: Wenn ihr Herren Plutokraten unangefochten die Alleinherrschaft in Staat und Wirtschaft ausübt, so habt ihr das nur eurer Nazi-partei zu verdanken; die dem Volk einredete, die Wirtschaft sei bereits seine Wirtschaft.

„Das deutsche Volk hat mit seinem Glauben an den Nationalsozialismus seelisch von der Wirtschaft Besitz ergriffen.“ (Seite 11)

Das heißt: Die Hitlerpartei hat das Volk in den angenehmen Traum gewiegt, es habe auch etwas zu sagen. Tatsächlich aber herrscht ihr Plutokraten, und ihr dürft ganz unbesorgt sein, denn:

„Der Besitz der Wirtschaft durch das Volk ist keine materielle, sondern eine seelische und geistige Tatsache.“ (Seite 11)

Als aber diesem Nonnenbruch zum Trotz im Volke Zweifel an solcher Art „Sozialismus“ laut wurden, forderte Hitler 1937 „noch 4 Jahre Zeit“, damit auf der neugeschaffenen Grundlage das „Neue“ weiter aufgebaut

werden könne. Er brachte es rascher fertig. Schon nach 2 Jahren gab er dem deutschen Volk auf der „neugeschaffenen Grundlage“ des „seelischen Sozialismus“ das Ergebnis: *den Krieg*.

Hat Hitler das Proletariat abgeschafft?

Am 1. Mai 1933 verkündeten Hitler, Goebbels und Ley, von nun an sei die Arbeitskraft des Arbeiters keine Ware mehr, im Hitlerstaat gäbe es kein Proletariat. Den „Beweis“ dafür nahmen sie aus dem schon vor Hitler erschienenen Buch: „Das Dritte Reich“ von Moeller van den Bruck. Dort hieß es:

„Proletarier ist, wer Proletarier sein will.“

Das soll bedeuten, nur der Glaube, Proletarier zu sein, mache den Menschen zum Proletarier; sobald er das nicht mehr glaube, höre er auch auf, Proletarier zu sein.

Für die soziale Stellung des Menschen ist offenkundig ganz gleichgültig, was er sich einbildet. Entscheidend ist allein die Rolle, die er tatsächlich im Produktionsprozeß spielt: ist er Privateigentümer von Produktionsmitteln (Fabriken, Maschinen usw.), mit deren Hilfe er fremde Arbeitskraft ausbeutet, so ist er Kapitalist. Besitzt er nichts als seine Arbeitskraft, die er dem Kapitalisten verkaufen muß, um leben zu können, so ist er Proletarier.

Hitler taufte die Kapitalisten in „Betriebsführer“ um und die Proletarier in „Gefolgschaft“. Aber die Proletarier blieben Proletarier. Noch mehr!

Unter Hitler wurden neue Schichten ins Proletariat gestoßen: Handwerker, Kleingewerbetreibende, Händler und kleine Fabrikanten wurden enteignet; ihre Betriebe wurden von der Großindustrie geplündert, sie selbst wurden als Proletarier in die Rüstungsbetriebe gezwungen.

Dieses immer mehr anschwellende Proletariat wurde unter Hitler völlig versklavt. Das Neue der Hitlerherrschaft war die durch nichts mehr behinderte, durch nichts mehr beschränkte Ausbeutung der Arbeiterschaft. Unter der Behauptung, der Unternehmer könne dem Arbeiter nicht mehr den Arbeitsplatz verweigern, wurde der Arbeiter gezwungen, sich vollständig den Bedingungen des Unternehmers und der faschistischen Staatsgewalt zu unterwerfen. Das von Hitler proklamierte „Recht auf Arbeit“ erwies sich als das Recht des Konzernherren auf willkürliche Ausnutzung der Arbeitskraft der Arbeiter.

Die früheren privaten Unternehmerorganisationen wurden zur Verankerung ihrer Macht in den Staatsapparat eingegliedert; den Arbeitern jedoch wurde die gemeinsame Vertretung ihrer Interessen verboten.

Der Arbeiter hatte kein Recht mehr, über den Preis seiner Arbeitskraft, d. h. über den Lohn und über die Masse der täglichen Arbeitsleistung mitzubestimmen. Die Tarife — früher Mittel zur Verbesserung und Sicherung der Arbeitsbedingungen — wurden in ihr Gegenteil verkehrt. An Stelle des früher garantierten Mindestlohnes, der einen Lohndruck durch gegenseitige Unterbietung verhindern sollte, trat auf der einen Seite der Höchstlohn, das heißt das Verbot der Lohnerhöhung, auf der anderen Seite die Bestimmung der Mindestleistung durch den Lohngruppenkatalog, der dem Unternehmer alle Möglichkeiten ließ, durch willkürliche Lohnberechnung den Lohn niedrig zu halten und zu senken. Dazu erhielten die Unternehmer das „Recht“ auf unbeschränkte Verlängerung der Arbeitszeit, einschließlich Aufhebung der Sonntagsruhe, das heißt: sie brachten rücksichtslos die Gesundheit des Arbeiters, sein Familienleben, die letzte ihm für Erholung und Selbstbildung gebliebene Freizeit der Steigerung ihrer Gewinne zum Opfer. Auch bei unmenschlichen Arbeitsbedingungen durfte der Arbeiter den Arbeitsplatz nicht mehr verlassen. Der Unternehmer hatte sogar das „Recht“, dem Arbeiter die Aufnahme der Arbeit in einem weit entfernten Betrieb anzubefehlen. In vielen Fällen erfolgte eine Verleihung von Arbeitern an andere Unternehmer, ohne daß der Arbeiter auch nur gefragt wurde.

Ähnlich wie im Mittelalter der Hörige seinem Herrn, war der Arbeiter dem Unternehmer verpflichtet, und die Nazipartei mit ihren „Gliederungen“ spielte die Rolle der Fronvögte. *Jene deutschen Arbeiter, die — geblendet durch das bunte Feuerwerk vom „deutschen Sozialismus“ — Hitler und sein System unterstützten, verstärkten damit nur die Macht der deutschen Rüstungsindustriellen und Bankherren über das deutsche Volk.*

MIT „KRAFT DURCH FREUDE“ IN DEN WELTKRIEG

„Ja, aber —“ sagen manche — „etwas hat Hitler doch für die Arbeiter getan. Nehmen Sie Kraft durch Freude . . .“

Sehen wir uns etwas genauer dieses „Etwas“ an.

In jedem noch so rückständigen Staat werden gewisse Summen für Arbeiter-Erholungsheime, Urlaubsreisen von Arbeitern usw. aufgewandt. Das geschieht nicht aus Menschenfreundlichkeit. Wenn die Arbeiter von der Luft leben könnten, würde kein Industrieller bereit sein, für ihre Arbeit Lohn zu zahlen. Er zahlt den Lohn, weil er die Arbeitskraft erhalten will, von der er reich und reicher wird. Aus dem gleichen Grunde ist er interessiert daran, ein Minimum von Ausgaben für die laufende Auffrischung der Arbeitskraft aufzuwenden. Denken wir nur an Wilhelm II., der eine konsequent arbeiterfeindliche Politik betrieb und sich gleichzeitig mit „sozialen Verbesserungsvorschlägen“ abgab.

Was ist kennzeichnend für diese Art von Aufwendungen für die Arbeiter? Kennzeichnend ist erstens: nicht die Arbeiter bestimmen den Umfang der für sie notwendigen sozialen Maßnahmen, sondern die Unternehmer bestimmen ihn, wobei sie selbstverständlich von ihren Interessen ausgehen und ein Mindestmaß nicht überschreiten; zweitens: nicht die Arbeiter bestimmen, wer von ihnen erholungsbedürftig ist, sondern die Unternehmer oder ihre Handlanger bestimmen das; drittens: nicht die Arbeiterschaft oder das Volk sind Eigentümer der erforderlichen Liegenschaften und Einrichtungen (Kulturanlagen, Sanatorien, Schiffe, Geräte usw.), sondern Eigentümer sind wiederum Unternehmer, die sogar noch aus der Erholung oder Heilung der Arbeiter Kapital schlagen.

Hinter der Fassade der drei Worte „Kraft durch Freude“ verbirgt sich nichts anderes als die Mindestaufwendung zur Erhaltung der Arbeitskraft, die der Plutokrat auch des rückständigsten Staates braucht. Insofern war „Kraft durch Freude“ nichts Neues. Wohl aber verstand Hitler, diese Minimalaufwendung zu einem erstklassigen Instrument der Irreführung des Volkes zu machen und sie außerdem in allen ihren Teilen (von Schiffen über Kraftwagen bis zu Skistöcken) in das allgemeine System seiner Kriegsvorbereitung einzubauen. Insofern wurde „Kraft durch Freude“

— gerade wegen seiner täuschenden Verkleidung — ein gefährliches Instrument zunächst zur verschärften Ausbeutung, später des Krieges.

Es erübrigt sich, die Reklame zu schildern, mit der Hitler und Ley den deutschen Arbeitern „Kraft durch Freude“ anpriesen. Jeder hat sie miterlebt. Wohl aber muß gezeigt werden, *wie planmäßig jedes Teilstück von „Kraft durch Freude“ der Vorbereitung oder Durchführung des Krieges diene.*

Der „Volkswagen“

Im Sommer 1938 verkündete Ley, jeder deutsche Arbeiter, jeder deutsche Werktätige werde nun die Möglichkeit haben, sich ein Automobil anzuschaffen. Einige Wochen später, am 1. August 1938, rief Ley in den Werkhallen der IG-Farben-Industrie in Leverkusen:

„Früher sagten manche: ‚Seht, da fährt der reiche Generaldirektor in seinem Wagen.‘ — Heute lachen unsere Arbeiter: ‚Laß ihn nur, es dauert nicht mehr lange, dann haben wir unseren Volkswagen, der viel besser ist als der vom Generaldirektor.‘“

Mit Ley verkündete die ganze Hitlerpresse, daß bereits 1940 Zehntausende von „Volkswagen“ fahren würden, und gab diesen Massenbetrug als „das neueste sozialistische Wunder“ aus.

„Die Besteller der KdF-Wagen in Berlin veranstalten einen Massenturm mit Schlangestehen. Amerika gibt sich geschlagen. Eigentlich war das nicht anders zu erwarten. *Der KdF-Wagen ist das neueste sozialistische Wunder.*“

(„Der Angriff“, 3. August 1938)

Zugleich wurden die deutschen Arbeiter aufgefordert, vom 1. August 1938 an wöchentlich fünf Mark für den „Volkswagen“ einzuzahlen. Nach Einzahlung von 750 Mark (also nach rund drei Jahren) sollten sie — nicht etwa den Wagen erhalten, sondern eine Bestellnummer, d. h. einen Wechsel auf eine unbestimmte Zukunft. Die Bestimmung darüber, ob und wann der Wagen geliefert würde, wurde der „Direktion des Volkswagenwerks“ vorbehalten.

In der Tat erreichte die Naziführung, daß nicht wenige Arbeiter und Angestellte auf einen Teil ihres Lohnes und Gehalts verzichteten und Ratenzahlungen leisteten. Die Weitsichtigen unter den Arbeitern aber sagten schon damals mit Recht: Diese Raten finanzieren den Bau eines neuen großen Werks der Rüstungsindustrie, *die „Volkswagen“ sind für Truppentransporte bestimmt.*

Tatsächlich hatte die Naziführung niemals auch nur eine Sekunde lang die Absicht, den Werktätigen zur Anschaffung von Automobilen zu verhelfen. Der beste Beweis dafür sind die Termine, die sie für die Ratenzahlungen festsetzte. Sie, die den Krieg schon seit fünfundeinhalb Jahren vorbereitete, wußte am 1. August 1938 ganz genau, daß sie dicht vor der Vollendung der Vorbereitungen stand und bereits in allernächster Zukunft losschlagen würde, wie es ja auch geschah. Sie wußte daher, als sie am 1. August 1938 eine Frist von drei Jahren allein bis zum Empfang der „Bestellnummer“ festsetzte, daß sich Deutschland am 1. August 1941 längst im Krieg befinden und die Automobilindustrie längst für die Deckung des Heeresbedarfs arbeiten würde.

Inzwischen haben die deutschen Werktätigen am eigenen Leibe erlebt, wie diese Rechnung der deutschen Plutokraten auf den Schlachtfeldern „aufging“. Das „Volkswagenwerk“ wurde mit den Geldern der Arbeiter gebaut, aber die Arbeiter fuhren im „Volkswagen“ nicht zur Erholung, sondern in den Tod — an der Ostfront und in der afrikanischen Sandwüste, in Frankreich, in Italien, auf dem Balkan und schließlich auf deutschem Boden.

Die „KdF-Schiffe“

Mit den Geldern der Arbeiter baute die Arbeitsfront „KdF-Schiffe“. Eine Zeitlang wurden auf diesen Schiffen Urlaubsfahrten durchgeführt, was der Nazipresse und den Nazirednern Gelegenheit gab, eine besonders geräuschvolle Propaganda zu entfalten. Aber nicht um dieser Urlaubsfahrten willen waren diese Schiffe gebaut worden. Das bewies sowohl ihre Bauart wie ihre von vornherein geplante spätere Verwendung.

Die Schiffe selbst wurden teils als moderne Truppentransporter, teils als Hilfskreuzer entworfen und gebaut. Die Einrichtung der Schotten und Türen und vor allem die für die spätere Aufmontierung von Geschützen vorgesehenen Geschütz-Unterbauten bewiesen das jedem Fachmann auf den ersten Blick. Der Bau selbst wurde von Offizieren der Kriegsmarine kontrolliert. Im Krieg wurde die Mehrzahl der „KdF-Schiffe“ in der vorgesehenen Weise, das heißt als Truppentransporter oder Hilfskreuzer vornehmlich in der Ostsee eingesetzt. Wenn ihre Kriegsverwendung letzten Endes beschränkter war, als die Rüstungsplutokraten angenommen

hatten, so nur deshalb, weil die ganze deutsche Kriegsmarine eine klägliche Rolle spielte.

Fahrten und Wanderungen

Die gleiche Einordnung in das System der Kriegsvorbereitungen erfuhr Fahrten und Wanderungen der deutschen Werktätigen. Die DAF konnte sich nicht genug tun mit Anpreisungen und Schilderungen der Urlauberreisen von Werktätigen, als ob nicht von jeher Gewerkschaften und Arbeiterbildungsvereinigungen Urlauberreisen, Wanderungen, Wochenendfahrten usw. organisiert hätten. Zugleich aber gab die „Deutsche Arbeitsfront“ den Urlaubern, wo dies nur möglich war, die militärische „Ausrichtung“. Der Urlaub der Jugendlichen wurde mit Geländesport und Wehrsport verbunden. Skitouren wurden in großem Stil organisiert, nicht etwa, um die Werktätigen mit den Schönheiten des Gebirgswinters bekannt zu machen, wie die DAF posaunte, sondern um sie als Nachwuchs für die Gebirgsjägerdivisionen vorzuschulen, deren Einsatz damals schon geplant war und später unter maß- und nutzlosen Blutopfern in Norwegen, Finnland, Karelien und im Kaukasus erfolgte.

„Erholungsheime“

Ähnlich verhielt es sich mit dem Bau der „hochmodernen Erholungsheime“ auf der Insel Rügen, die Ley großsprecherisch ankündigte. Tatsächlich ist ein Teil dieser Gebäude mit den Geldern der „Deutschen Arbeitsfront“, d. h. der deutschen Arbeiter, gebaut worden. Es wurden zwar auch eine Reihe von Werktätigen in diese Gebäude geschickt und damit der Presse-, Funk- und Fotopropaganda des Naziregimes der notwendige Stoff gegeben. Aber wiederum war die Reklame der Nebenzweck. *Der Hauptzweck war, den Bau von Riesenlazaretten und Krüppelheimen, die der Eroberungskrieg der Plutokraten notwendig machen würde, mit Arbeitergeldern zu finanzieren.* Die Opfer des Hitlerkrieges, Lahme, Blinde, Taube, haben sich inzwischen von dieser Verwendung ihrer Gelder überzeugen müssen.

Bezeichnend hierbei ist, daß der Bau neuer Erholungsheime zunächst gar nicht notwendig gewesen wäre. Deutschland verfügt in den schönsten Kurorten über viele Tausende der größten Sanatorien und Kurhotels, die ohne weiteres den Kranken hätten zur Verfügung gestellt werden können.

In diesen Sanatorien und Hotels aber erholten sich in den 12 Jahren der Hitlerdiktatur — und zwar im Krieg wie im Frieden — die oberen Zehntausend von Nazibonzen und Großaktionären von ihrer anstrengenden Beschäftigung. Um das Wohleben der Rüstungsplutokraten nicht anzutasten und um gleichzeitig die Lazarettkosten ihrer Eroberungskriege auf ihre Opfer „umzuschlagen“, baute die „Arbeitstront“ mit den Geldern der Werktätigen die „hochmodernen Erholungsheime“ auf Rügen und anderswo.

„Zurück ins barbarische Zeitalter!“

Aber es ist notwendig, Leys „hochmoderne Erholungsheime“ noch in einem anderen Zusammenhang zu besehen. Nicht nur, daß die deutschen Werktätigen aus den eigenen Groschen den Bau der Lazarette bezahlen mußten, in die der Eroberungskrieg der deutschen Plutokraten sie später beförderte. Die gleichen Werktätigen, Offiziere und Soldaten, wurden von den Nazi dazu verwendet, die Sanatorien und Erholungsheime der übertallenen russischen Werktätigen zu zerstören.

Einige wenige Angaben hierüber:

Im weltberühmten Herzheilbad Kislowodsk im Kaukasus wurden sämtliche Sanatorien von deutschen Händen zerstört. Die Kesselanlagen der berühmten Narsanbäder wurden gesprengt. Das Sanatorium des Volkskommissariats für Landwirtschaft wurde in Brand gesteckt. Die gesamte medizinische Einrichtung der Sanatorien, ferner Möbel, Teppiche, Bilder, Vorhänge, ja sogar die Matratzen und die Wäsche wurden nach Deutschland geschafft.

Im Heilbad für Magen- und Darmkranke, in Pjatigorsk, wurden das Sanatorium der Roten Armee, das Sanatorium Nr. 5 und das Pasteur-Institut von deutschen Truppen zerstört.

In dem schönen Kurort Aluschtsa auf der Krim wurden sämtliche Sanatorien planmäßig von Hitlers „Kulturträgern“ zerstört. Allein in den zerstörten Parksanatorien und Erholungsheimen „Kommunist“, „Eisenbahner“, „Bergarbeiter“ und „Arbeiterecke“ hatten jährlich 7000 Werktätige Erholung gefunden.

In Jalta, dem bekanntesten Kurort der Krim, wurden zwölf Sanatorien völlig vernichtet, neunzehn weitere ausgeraubt und beschädigt.

Keiner sage, Zerstörungen seien Begleiterscheinungen des Krieges. Nein,

hier handelt es sich weder um Folgen von Kriegshandlungen noch um zufälligen Raub oder zufällige Brandstiftung. Hier wurde die planmäßige Zerstörung befohlen und durchgeführt. Warum? Die Antwort ist nicht schwer. Weil diese Sanatorien und Erholungsheime Wahrzeichen sozialistischer Kultur sind.

Erstens: In der Sowjetunion bestimmen nicht Rüstungsindustrielle (die es dort nicht gibt), sondern die Werktätigen den Umfang der Ausgaben zur Erhaltung der Volksgesundheit. Sie wenden Milliardenbeträge hierfür auf, die von Jahr zu Jahr wachsen. Das folgt aus Artikel 119 der Verfassung der Sowjetunion:

„Das Recht auf Erholung wird gewährleistet durch Festsetzung eines vollbezahlten jährlichen Urlaubs für die Arbeiter und Angestellten und durch das in den Dienst der Werktätigen gestellte umfassende Netz von Sanatorien, Erholungsheimen und Klubs.“

Zweitens: In der Sowjetunion bestimmen die Werktätigen alle Einzelheiten der Ausnutzung der Kuranlagen, und sie bestimmen darüber gerecht und in ihrem eigenen Interesse.

Drittens: In der Sowjetunion gehören den Werktätigen die Kurorte, Sanatorien und Erholungsheime als ewiges unantastbares Eigentum. Daher entfällt jede Möglichkeit der Geschäftemacherei und privaten Bereicherung.

Solche Sanatorien, solche Kurorte waren natürlich den deutschen Plutokraten bis in den Tod verhaßt. Um keinen Preis wollten sie es wahrhaben, daß es in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken eine phrasenlose, ehrliche und durchgreifende Sorge um den Menschen gibt, und daß sich die Arbeiter, Bauern und die Intelligenz der Sowjetunion in den modernsten Sanatorien der Welt erholen. Die Kenntnis dieser Tatsachen allein hätte die Verbrechen der deutschen Kriegstreiber auch vor den Augen des deutschen Volkes entlarvt.

Deswegen gaben sie die Befehle zu Sprengung, Brandstiftung und Raub. Und Goebbels schrieb:

„Der Mensch tritt wieder in seiner wilden Urform in Erscheinung, und die Ereignisse sinken in das barbarische Zeitalter zurück.“

(„Das Reich“, 29. November 1943)

In der Tat übertrafen die Nazis die barbarischsten Taten, die die Geschichte jemals kannte.

Das „größte soziale Gesetzgebungswerk aller Zeiten“

Mit dem „Volkswagen“, den „KdF-Schiffen“, den „Winterwanderungen“ und den „hochmodernen Erholungsheimen“ manövrierte Hitler das deutsche Volk in den Eroberungskrieg hinein. Als im Sommer 1940 der Eroberungskrieg die Zeit der Scheinerfolge durchschritten hatte und in der Zukunft die unvermeidliche Niederlage sichtbar wurde, versuchte Hitler das deutsche Volk durch neue, noch größere und offenkündigere Betrugsmanöver über die wahre Lage zu täuschen.

Im Jargon des Marktschreiers kündete Ley das „größte soziale Gesetzgebungswerk aller Zeiten“ an. Für wann? „Nach dem Kriege“, erklärte Ley, „wird dieses große Gesundungswerk in Angriff genommen werden.“ Heute begreift jeder, welch höllischer Hohn in diesen Worten lag. Hitler machte täglich Tausende sinnlos zu Krüppeln, er provozierte die Bombardierung deutscher Städte, er zwang die Arbeiter, bei unzureichender Ernährung 12—14 Stunden für die Rüstungsplutokraten zu schuften, so arbeitete er Stunde um Stunde an der Vernichtung des Volkes und versprach ihm zugleich goldene Berge für die Zeit ... nach der Vernichtung.

Die „neue Altersversicherung“

Das erste Hauptstück des „größten sozialen Gesetzgebungswerks aller Zeiten“ war die Propaganda einer „neuen Altersversicherung“. Obwohl die Wirklichkeit inzwischen auch diesen Betrug vor dem deutschen Volk entlarvte, lohnt es sich, an ihm ein neues Mal den Schwindel vom „deutschen Sozialismus“ zu studieren.

Eine staatliche Altersversicherung gab es in Deutschland, wie in sehr vielen anderen Ländern, auch vor Hitler. Sie gehörte zu den wenigen — im übrigen unzulänglichen — Rechten, die sich die Arbeiterschaft in jahrzehntelangen Kämpfen errungen hatte. In den gleichen Jahrzehnten hatten die Unternehmer unablässig darum gekämpft, die Kosten der Altersversicherung völlig auf die Schultern der Arbeiterschaft zu wälzen und die Sätze der Altersrente so tief wie möglich zu senken. Das letztere war ihnen insbesondere unter der Regierung Brüning gelungen, der durch seine berüchtigten „Notverordnungen“ die Altersrenten senkte. Im Jahre 1932 hatte Hitler aus demagogischen Gründen versprochen, er werde Brünings Rentenabbau wieder rückgängig machen. In Wirklichkeit setzte

Hitler vom Tag des Machtantritts an die „Rentenüberprüfung“, das „Rentenquetschen“, wie die Arbeiter es nannten, in verstärktem Maße fort. Zehntausenden wurde die Rente entzogen. Die Rentensätze wurden weiter gesenkt. Selbst die „Frankfurter Zeitung“ vom 10. November 1934 mußte feststellen, daß die „Altersrenten zwischen 20 und 35 Mark monatlich liegen, also etwa beim Mietbedarf“.

Wenn die Rente also nur zur Bezahlung der Miete ausreichte, wovon sollte dann der Altersrentner leben? Nach der amtlichen deutschen Statistik betragen die durchschnittlichen Renten der Alters- und Invalidenversicherungen:

	1930	1938
Für Alters- und Invalidenrentner	37,40 RM	31,— RM
Für Witwen	22,48 „	19,— „
Für Waisen	15,49 „	10,50 „

Hitler hatte also selbst die mageren Sätze der Weimarer Republik und die Hungersätze der Brüningzeit im Auftrage und Interesse seiner plutokratischen Hintermänner noch herabzusetzen verstanden. Was für eine „neue“ Altersversicherung konnte nach dieser Vorgeschichte von ihm erwartet werden?

Die „Neuerungen“, die er einzuführen versprach, waren:

E r s t e n s : Während bisher *jeder* Arbeiter einen Rechtsanspruch auf Altersversicherung besaß, sollte nach dem neuen Plan nur derjenige Rente erhalten, der nicht Gegner des Nazisystems war. Mit anderen Worten: Die Rente sollte als Druckmittel benutzt werden, um die Arbeiter dem Willen der Unternehmer restlos zu unterwerfen. Wer menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen forderte, wer die gemeinsamen Interessen im Betrieb gegenüber den Unternehmern vertrat, wer ein Sterbenswörtchen von der Freiheit und dem Lebensrecht des Volkes verlauten ließ, sollte durch Drohung mit dem Entzug der Altersversorgung zum Kuschen gezwungen werden.

Z w e i t e n s : Während bisher die Unternehmer ein Drittel oder die Hälfte der Versicherungsbeiträge bezahlen mußten, sollten nach dem neuen Plan die Werktätigen die Beiträge allein aufbringen. Damit entsprach der „neue Plan“ völlig den Forderungen, die die deutschen Großkapitalisten und Großgrundbesitzer seit 1889 durchzusetzen versucht hatten und

die durchzusetzen ihnen selbst unter Bismarck, Wilhelm II. und Hindenburg nicht gelungen war! Was sie 44 Jahre lang vergeblich angestrebt hatten: nicht einen einzigen Pfennig zur Altersversicherung der Werktätigen beizutragen, das wurde ihnen im „größten sozialen Gesetzgebungswerk aller Zeiten“ von Hitler und Ley dienstfertig vor die Füße gelegt. Nicht verwunderlich, daß die Beauftragten der Arbeitsfront den empörten Arbeitern in den Betrieben mitteilten: „Diskussionen über die neue Altersversorgung sind verboten.“

Aber hinter diesen beiden „Neuerungen“ verbarg sich die wichtigste, dritte:

Hitler vertuschte durch den Lärm mit der „neuen“ Altersversicherung die Tatsache, daß er das gesamte Vermögen der Invaliden- und Angestelltenversicherung gestohlen und verpulvert hatte. Dieses Vermögen, das sich die Arbeiter und Angestellten durch jahrelange Beitragszahlungen zusammengespart hatten, betrug im Jahre 1937 8 Milliarden Mark. Wo sind sie hin? Ohne jede öffentliche Rechnungslegung wurden sie für Kriegszwecke verpulvert, ebenso natürlich die Beitragsgelder, die von den Arbeitern und Angestellten nach 1937 eingezahlt wurden. Um nicht mehr nach diesen Geldern gefragt zu werden, *um der Abrechnung über diesen Milliarden diebstahl aus dem Wege zu gehen*, begannen Hitler und Ley den Betrug mit der „neuen“ Altersversicherung.

Das „Wohnungsbauprogramm“

Das zweite Hauptstück des „größten sozialen Gesetzgebungswerks aller Zeiten“ war das nationalsozialistische „Wohnungsbauprogramm“. Es ist heute nicht leicht, ruhig darüber zu sprechen. Die Ruinenfelder in den deutschen Großstädten, die Millionenmassen Obdachloser und Zusammengepferchter zeigen, welches „Wohnungsbauprogramm“ Hitler für das deutsche Volk plante und durchführte.

Daher sei nur denen, die etwa immer noch glauben, Hitler „habe es nicht so gewollt“, eins gesagt: Er hat es so gewollt! Das wird bereits durch die Tatsache bewiesen, daß Hitler nicht nur im Kriege, sondern auch in den Friedensjahren kein Geld gehabt hat, um den Werktätigen die nötigen Wohnungen zu bauen.

Nehmen wir das günstigste Friedensjahr 1937. Sogar in diesem Jahr waren nur 5,1 % aller Bauvorhaben Wohnungsbauten, 94,9 % waren

Bauten „für andere Zwecke“! Selbst Ley, der hier bestimmt lieber zu wenig als zuviel sagte, gab bei der Eröffnung der Bau-Fachausstellung in Frankfurt am Main zu, daß der Wohnungsbedarf, der bei Hitlers Regierungsantritt im Jahre 1933 einundeinhalb Millionen Wohnungen betragen hatte, auf drei Millionen Wohnungen (also auf das Doppelte!) gestiegen war.

Auch Görings Zeitschrift „Der Vierjahresplan“ bestätigt, daß — entgegen aller Goebbelspropaganda — die Wohnungsnot unter der Hitlerherrschaft ständig wuchs:

„Die bisherigen Versuche zur Behebung des größten Wohnungsmangels haben zu einem Erfolg nicht führen können. Die eingesetzten Mittel waren zu gering und die für ihre Inanspruchnahme gestellten Bedingungen vielfach zu schwer.“
(„Der Vierjahresplan“, Folge 41, Jahrgang 1937)

Im Jahre 1940 aber mußte das „Arbeitswissenschaftliche Institut der DAF“ schon mitteilen:

„Bei der Volkszählung 1939 waren für 19,3 Millionen Haushaltungen nur 17,8 Millionen Wohnungen vorhanden. Es fehlten also 1,5 Millionen Wohnungen. Dazu kommen 1,3 Millionen abbruchreifer Wohnungen, ein Neubedarf von 1,5 Millionen Wohnungen und zur Bekämpfung der Überfüllung 1,7 Millionen. Insgesamt also 6 Millionen.“

In Berlin waren selbst in den drei ersten Jahren der Wirtschaftskrise immer noch durchschnittlich 29 000 Wohnungen im Jahr gebaut worden. Seit Hitlers Regierungsantritt betrug der Jahresdurchschnitt nur noch 17 000. Dabei wurden in Berlin 1939/41 112 339 Ehen geschlossen!

Am 13. Oktober 1940 sagte der Provinzialverwaltungsrat Dr. Martin Peschler auf der XVII. Tagung der Deutschen Akademie für Bau-forschung:

„In dem soeben veröffentlichten Jahresbericht des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der DAF wird die alarmierende Feststellung gemacht, daß mindestens 300 000 bis 500 000 Kinder jährlich nur deshalb nicht geboren werden, weil die Wohnungsverhältnisse den Eltern den Mut dazu nehmen.“

Bemerkenswert ist hierbei, daß der Anteil der öffentlichen Mittel an den gesamten Investitionen im Wohnungsbau unter Hitler ständig sank. Das deutsche Institut für Konjunkturforschung veröffentlichte in seinem Wochenbericht (Nr. 9, 1938) hierüber genaue Ziffern. Während im Jahre 1929 43 % aller für den Wohnungsbau aufgewandten Mittel öffentliche

Mittel waren, im Krisenjahr 1932 noch 19,3 %, im Jahre 1933 13,8 %, waren es 1937, im Jahre der „Hitlerschen Hochkonjunktur“, nur noch ganze — 10 %.

Wofür aber wurden diese geringen Mittel eingesetzt? Die amtliche Statistik zeigt, daß nach Hitlers Machtergreifung der Bau von Großwohnungen für die neureichen Nazibonzen anstieg. In den ersten fünf Jahren der Hitlerdiktatur wuchs der Bau von Wohnungen von vier bis sechs und mehr Wohnräumen von 41,9 % auf 51,2 % des gesamten Wohnungsneubaus an. Folgende Nazistatistik mit Angaben über fertigestellte Neubauwohnungen in den Städten mit über 50 000 Einwohnern zeigt die soziale Gesinnung dieses Regimes:

	Wohnungen mit		
	1—3 Zimmern	4—6 Zimmern	7 und mehr Zimmern einschl. Küche
1932	58,1	38,8	3,1
1937	48,8	47,3	3,9
(in Prozent zum gesamten Wohnungsneubau)			

Statt der notwendigen Wohnungen wurden Kasernen, Flughäfen, unterirdische Rüstungsbetriebe und die Prachtbauten des Regimes — das Reichskriegsministerium, das Reichs-Luftfahrtministerium, die Nürnberger Parteitagsbauten, Hitlers Berghof usw. mit den Geldern des Volkes erstellt. Als aus den Massen Stimmen laut wurden, die *Wohnungsbau statt Aufrüstung* forderten, erklärte Hitler heuchlerisch, er lasse „lieber Wohnhäuser bauen als Granaten drehen“. Gleichzeitig ergoß die Goebbelspresse über die deutsche Öffentlichkeit eine ganze Ladung von Schilderungen des Wohnungselends in — London. Viele Deutsche in Drei- oder Vier-Zimmer-Wohnungen schwätzten dieses Gerede nach, blickten nach London und sahen nicht die Lauben und Kellerlöcher der Berliner, Hamburger und Kölner oder die Landarbeiterwohnlöcher in Ostpreußen und Mecklenburg. Daher verfügte Hitler, den Wohnungsbau im Jahre 1938 so gut wie vollkommen einzustellen. Das bestätigte auch die Zeitschrift „Der deutsche Volkswirt“ mit den Worten:

„Die meisten Bauanschlüsse mußten aber abgelehnt werden und Wohnungsbauten mußten liegenbleiben, weil die vordringlichen öffentlichen Bauvorhaben die Leistungsfähigkeit der Bauwirtschaft voll in Anspruch nahmen.“

Diese Vorgeschichte muß man im Auge haben, wenn man Hitlers Versprechungen von 1940 — das „Wohnungsbauprogramm für die Zeit nach dem Kriege“ — richtig beurteilen will. Hitler dachte gar nicht daran, dem deutschen Volk jemals Wohnungen zu beschaffen. Er hatte nur ein Interesse: es durch immer größere Versprechungen zur Fortführung des Krieges, das heißt zu immer größerer Selbstvernichtung zu veranlassen. Er wußte dabei: Worte kosten nichts. Und er war fest überzeugt: Das deutsche Volk ist langmütig bis zum Selbstmord.

Nach dem Betrug des Jahres 1940 führte Hitler in Deutschland das „größte Wohnungswerk aller Zeiten“ durch.

Wir wollen hier nicht aufzählen, wie viele Millionen Wohnungen in den Jahren 1940—1944 zerbombt wurden. Wir wollen nur sagen: Hitler pries seinen „Weg zum modernsten Sozialstaat der Welt“ und ging den Weg der Zerstörung Deutschlands. Hitlers Wohnungsbauprogramm endete folgerichtig damit, daß Goebbels gegen jene Unbelehrbaren wettete, die da behaupteten, „ohne Dach über dem Kopf und ohne richtige Zimmertemperatur nicht arbeiten und ohne Bett und Tisch nicht leben“ zu können. Ihnen gab Goebbels die für diesen Plutokratenlakai typische Antwort:

„Wer vom Ballast der Zivilisation befreit ist, fühlt sich dadurch auch freier, und das wirkt sich selbstverständlich auch anspornend auf seine Arbeit aus.“

(„Das Reich“, 30. Juni 1944)

Jeder, der heute das Notwendigste entbehren muß, weiß, daß er diese „Befreiung“ von Hab und Gut den deutschen Rüstungsplutokraten und ihrer braunen Garde zu danken hat.

DER GROSSE BETRUG

„Seelischer Sozialismus“

Das Verlangen des deutschen Arbeiters nach Entmachtung der Herren der Rüstungskonzerne und Banken sollte nicht nur „ungefährlich“ gemacht, es sollte sogar zum Vorteil eben dieser Plutokratie und zu noch größerer Knechtung der Arbeiter ausgenutzt werden. Dazu brauchten die Herren der Rüstungsindustrie den sozialen Betrug des National-„sozialismus“.

Die bisherigen Methoden des Arbeiterbetruges hatten sich abgenutzt und drohten sich gegen sie zu kehren. In der Zeit der Weimarer Republik hatten die sozialdemokratischen Märchen von der „Wirtschaftsdemokratie“, von der Möglichkeit der Verhinderung der Krisen unter der Herrschaft des „organisierten Finanzkapitals“ wohl einen nicht unbeträchtlichen Erfolg gehabt, waren aber schließlich doch durch die rauhe Wirklichkeit widerlegt worden. Damit aber wuchs die Gefahr, daß die Arbeiter statt schöner Worte die Verwirklichung ihrer Lebensrechte fordern und — durchsetzen könnten.

Hier kam den Herren der Deutschen Bank, des Stahltrusts und des IG-Farben-Konzerns die „soziale Theorie“ des National-„sozialismus“ zu Hilfe. In Hitler fanden sie den Mann, der die Fähigkeit besaß, dem deutschen Volk einzureden: In Wirtschaft und Staat bestimmt jetzt das Volk.

Dieser Betrug wurde Hitler gerade dadurch erleichtert, daß Banken und Industrie immer stärker monopolisiert wurden und die Macht sich immer mehr in den Händen von einigen hundert Plutokraten konzentrierte. Früher einmal hatte jeder Arbeiter den Eigentümer des Betriebes persönlich gekannt. Jetzt arbeitete er in einer Fabrik, die zu einem Riesenkonzern gehörte, deren Eigentümer (d. h. die Inhaber der Aktienpakete) er nicht einmal bei Namen kannte. Die wahren Herren der Wirtschaft hielten sich wohlweislich im Dunkeln und blieben dem Volk unsichtbar. Das machte es Hitler möglich, dem Volke einzureden, „der Staat lenke die Wirtschaft“ und zwar „zum Nutzen des Volkes“.

Allerdings blieb die auch von Hitler nicht wegzuleugnende Tatsache sichtbar, daß die Erzeugnisse, die das Volk mit seiner Hände Arbeit schuf, nicht etwa Eigentum des Volkes waren, daß vielmehr die Konzernherren,

die die Fabriken und Maschinen besaßen, sich die Erzeugnisse des Volksschaffens aneigneten. Aber diese Ausbeutung des Volkes durch die Plutokratie verschleierte Hitler durch den großen Schwindel von der angeblichen „Gewinnbeschränkung“ und die uns schon aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg bekannte plumpe Bauernfängerei: „Im übrigen ißt auch Krupp nicht mehr Salz als der Arbeiter.“ Und daraus sollte der deutsche Arbeiter schließen, daß „also“ auch die Opfer, die Hitler ihm für die Aufrüstung, für die Vorbereitung und Führung des Krieges abpreßte, nicht etwa im alleinigen Interesse der Plutokratie gebracht würden.

Unter sich redeten die Herren der Plutokratie und ihre braunen Hauslakaien aber eine viel offenere Sprache, und besonders dort, wo die Nazi-partei sich bemühte, dem Finanzkapital klarzumachen, wie erfolgreich sie das deutsche Volk betrog. Nehmen wir ein einziges Beispiel. Nonnenbruch, der Wirtschaftsredakteur des „Völkischen Beobachter“, gab im Jahre 1936 sein richtunggebendes Buch „Dynamische Wirtschaft“ heraus, das natürlich nicht für den Arbeiterleser bestimmt war. Hier legte er seinen Auftraggebern die Methode des Betrugs vom „deutschen Sozialismus“ klar:

„Weil das deutsche Volk in dem vom Nationalsozialismus geschenkten Glauben die Wirtschaft als seine Wirtschaft ansah, war der Nationalsozialismus der Notwendigkeit enthoben, seinen sozialistischen Willen dadurch zu beweisen, daß er Experimente in der Wirtschaft veranstaltet.“ (Seite 10)

Das heißt: Wenn ihr Herren Plutokraten unangefochten die Alleinherrschaft in Staat und Wirtschaft ausübt, so habt ihr das nur eurer Nazi-partei zu verdanken; die dem Volk einredete, die Wirtschaft sei bereits seine Wirtschaft.

„Das deutsche Volk hat mit seinem Glauben an den Nationalsozialismus seelisch von der Wirtschaft Besitz ergriffen.“ (Seite 11)

Das heißt: Die Hitlerpartei hat das Volk in den angenehmen Traum gewiegt, es habe auch etwas zu sagen. Tatsächlich aber herrscht ihr Plutokraten, und ihr dürft ganz unbesorgt sein, denn:

„Der Besitz der Wirtschaft durch das Volk ist keine materielle, sondern eine seelische und geistige Tatsache.“ (Seite 11)

Als aber diesem Nonnenbruch zum Trotz im Volke Zweifel an solcher Art „Sozialismus“ laut wurden, forderte Hitler 1937 „noch 4 Jahre Zeit“, damit auf der neugeschaffenen Grundlage das „Neue“ weiter aufgebaut

werden könne. Er brachte es rascher fertig. Schon nach 2 Jahren gab er dem deutschen Volk auf der „neugeschaffenen Grundlage“ des „seelischen Sozialismus“ das Ergebnis: *den Krieg*.

Hat Hitler das Proletariat abgeschafft?

Am 1. Mai 1933 verkündeten Hitler, Goebbels und Ley, von nun an sei die Arbeitskraft des Arbeiters keine Ware mehr, im Hitlerstaat gäbe es kein Proletariat. Den „Beweis“ dafür nahmen sie aus dem schon vor Hitler erschienenen Buch: „Das Dritte Reich“ von Moeller van den Bruck. Dort hieß es:

„Proletarier ist, wer Proletarier sein will.“

Das soll bedeuten, nur der Glaube, Proletarier zu sein, mache den Menschen zum Proletarier; sobald er das nicht mehr glaube, höre er auch auf, Proletarier zu sein.

Für die soziale Stellung des Menschen ist offenkundig ganz gleichgültig, was er sich einbildet. Entscheidend ist allein die Rolle, die er tatsächlich im Produktionsprozeß spielt: ist er Privateigentümer von Produktionsmitteln (Fabriken, Maschinen usw.), mit deren Hilfe er fremde Arbeitskraft ausbeutet, so ist er Kapitalist. Besitzt er nichts als seine Arbeitskraft, die er dem Kapitalisten verkaufen muß, um leben zu können, so ist er Proletarier.

Hitler taufte die Kapitalisten in „Betriebsführer“ um und die Proletarier in „Gefolgschaft“. Aber die Proletarier blieben Proletarier. Noch mehr!

Unter Hitler wurden neue Schichten ins Proletariat gestoßen: Handwerker, Kleingewerbetreibende, Händler und kleine Fabrikanten wurden enteignet; ihre Betriebe wurden von der Großindustrie geplündert, sie selbst wurden als Proletarier in die Rüstungsbetriebe gezwungen.

Dieses immer mehr anschwellende Proletariat wurde unter Hitler völlig versklavt. Das Neue der Hitlerherrschaft war die durch nichts mehr behinderte, durch nichts mehr beschränkte Ausbeutung der Arbeiterschaft. Unter der Behauptung, der U n t e r n e h m e r könne dem Arbeiter nicht mehr den Arbeitsplatz verweigern, wurde der Arbeiter gezwungen, sich vollständig den Bedingungen des Unternehmers und der faschistischen Staatsgewalt zu unterwerfen. Das von Hitler proklamierte „Recht auf Arbeit“ erwies sich als das Recht des Konzernherren auf willkürliche Ausnutzung der Arbeitskraft der Arbeiter.

Die früheren privaten Unternehmerorganisationen wurden zur Verankerung ihrer Macht in den Staatsapparat eingegliedert; den Arbeitern jedoch wurde die gemeinsame Vertretung ihrer Interessen verboten.

Der Arbeiter hatte kein Recht mehr, über den Preis seiner Arbeitskraft, d. h. über den Lohn und über die Masse der täglichen Arbeitsleistung mitzubestimmen. Die Tarife — früher Mittel zur Verbesserung und Sicherung der Arbeitsbedingungen — wurden in ihr Gegenteil verkehrt. An Stelle des früher garantierten Mindestlohnes, der einen Lohndruck durch gegenseitige Unterbietung verhindern sollte, trat auf der einen Seite der Höchstlohn, das heißt das Verbot der Lohnerhöhung, auf der anderen Seite die Bestimmung der Mindestleistung durch den Lohngruppenkatalog, der dem Unternehmer alle Möglichkeiten ließ, durch willkürliche Lohnberechnung den Lohn niedrig zu halten und zu senken. Dazu erhielten die Unternehmer das „Recht“ auf unbeschränkte Verlängerung der Arbeitszeit, einschließlich Aufhebung der Sonntagsruhe, das heißt: sie brachten rücksichtslos die Gesundheit des Arbeiters, sein Familienleben, die letzte ihm für Erholung und Selbstbildung gebliebene Freizeit der Steigerung ihrer Gewinne zum Opfer. Auch bei unmenschlichen Arbeitsbedingungen durfte der Arbeiter den Arbeitsplatz nicht mehr verlassen. Der Unternehmer hatte sogar das „Recht“, dem Arbeiter die Aufnahme der Arbeit in einem weit entfernten Betrieb anzubefehlen. In vielen Fällen erfolgte eine Verleihung von Arbeitern an andere Unternehmer, ohne daß der Arbeiter auch nur gefragt wurde.

Ähnlich wie im Mittelalter der Hörige seinem Herrn, war der Arbeiter dem Unternehmer verpflichtet, und die Nazipartei mit ihren „Gliederungen“ spielte die Rolle der Fronvögte. *Jene deutschen Arbeiter, die — geblendet durch das bunte Feuerwerk vom „deutschen Sozialismus“ — Hitler und sein System unterstützten, verstärkten damit nur die Macht der deutschen Rüstungsindustriellen und Bankherren über das deutsche Volk.*

MIT „KRAFT DURCH FREUDE“ IN DEN WELTKRIEG

„Ja, aber —“ sagen manche — „etwas hat Hitler doch für die Arbeiter getan. Nehmen Sie Kraft durch Freude . . .“

Sehen wir uns etwas genauer dieses „Etwas“ an.

In jedem noch so rückständigen Staat werden gewisse Summen für Arbeiter-Erholungsheime, Urlaubsreisen von Arbeitern usw. aufgewandt. Das geschieht nicht aus Menschentreue. Wenn die Arbeiter von der Luft leben könnten, würde kein Industrieller bereit sein, für ihre Arbeit Lohn zu zahlen. Er zahlt den Lohn, weil er die Arbeitskraft erhalten will, von der er reich und reicher wird. Aus dem gleichen Grunde ist er interessiert daran, ein Minimum von Ausgaben für die laufende Auftrichtung der Arbeitskraft aufzuwenden. Denken wir nur an Wilhelm II., der eine konsequent arbeiterfeindliche Politik betrieb und sich gleichzeitig mit „sozialen Verbesserungsvorschlägen“ abgab.

Was ist kennzeichnend für diese Art von Aufwendungen für die Arbeiter? Kennzeichnend ist erstens: nicht die Arbeiter bestimmen den Umfang der für sie notwendigen sozialen Maßnahmen, sondern die Unternehmer bestimmen ihn, wobei sie selbstverständlich von ihren Interessen ausgehen und ein Mindestmaß nicht überschreiten; zweitens: nicht die Arbeiter bestimmen, wer von ihnen erholungsbedürftig ist, sondern die Unternehmer oder ihre Handlanger bestimmen das; drittens: nicht die Arbeiterschaft oder das Volk sind Eigentümer der erforderlichen Liegenschaften und Einrichtungen (Kulturanlagen, Sanatorien, Schiffe, Geräte usw.), sondern Eigentümer sind wiederum Unternehmer, die sogar noch aus der Erholung oder Heilung der Arbeiter Kapital schlagen.

Hinter der Fassade der drei Worte „Kraft durch Freude“ verbirgt sich nichts anderes als die Mindestaufwendung zur Erhaltung der Arbeitskraft, die der Plutokrat auch des rückständigsten Staates braucht. Insofern war „Kraft durch Freude“ nichts Neues. Wohl aber verstand Hitler, diese Minimalaufwendung zu einem erstklassigen Instrument der Irreführung des Volkes zu machen und sie außerdem in allen ihren Teilen (von Schiffen über Kraftwagen bis zu Skistöcken) in das allgemeine System seiner Kriegsvorbereitung einzubauen. Insofern wurde „Kraft durch Freude“

— gerade wegen seiner täuschenden Verkleidung — ein gefährliches Instrument zunächst zur verschärften Ausbeutung, später des Krieges.

Es erübrigt sich, die Reklame zu schildern, mit der Hitler und Ley den deutschen Arbeitern „Kraft durch Freude“ anpriesen. Jeder hat sie miterlebt. Wohl aber muß gezeigt werden, *wie planmäßig jedes Teilstück von „Kraft durch Freude“ der Vorbereitung oder Durchführung des Krieges diene.*

Der „Volkswagen“

Im Sommer 1938 verkündete Ley, jeder deutsche Arbeiter, jeder deutsche Werktätige werde nun die Möglichkeit haben, sich ein Automobil anzuschaffen. Einige Wochen später, am 1. August 1938, rief Ley in den Werkhallen der IG-Farben-Industrie in Leverkusen:

„Früher sagten manche: ‚Seht, da fährt der reiche Generaldirektor in seinem Wagen.‘ — Heute lachen unsere Arbeiter: ‚Laß ihn nur, es dauert nicht mehr lange, dann haben wir unseren Volkswagen, der viel besser ist als der vom Generaldirektor.‘“

Mit Ley verkündete die ganze Hitlerpresse, daß bereits 1940 Zehntausende von „Volkswagen“ fahren würden, und gab diesen Massenbetrug als „das neueste sozialistische Wunder“ aus.

„Die Besteller der KdF-Wagen in Berlin veranstalten einen Massenturm mit Schlangestehen. Amerika gibt sich geschlagen. Eigentlich war das nicht anders zu erwarten. *Der KdF-Wagen ist das neueste sozialistische Wunder.*“

(„Der Angriff“, 3. August 1938)

Zugleich wurden die deutschen Arbeiter aufgetordert, vom 1. August 1938 an wöchentlich fünf Mark für den „Volkswagen“ einzuzahlen. Nach Einzahlung von 750 Mark (also nach rund drei Jahren) sollten sie — nicht etwa den Wagen erhalten, sondern eine Bestellnummer, d. h. einen Wechsel auf eine unbestimmte Zukunft. Die Bestimmung darüber, ob und wann der Wagen geliefert würde, wurde der „Direktion des Volkswagenwerks“ vorbehalten.

In der Tat erreichte die Naziführung, daß nicht wenige Arbeiter und Angestellte auf einen Teil ihres Lohnes und Gehalts verzichteten und Ratenzahlungen leisteten. Die Weitsichtigen unter den Arbeitern aber sagten schon damals mit Recht: Diese Raten finanzieren den Bau eines neuen großen Werks der Rüstungsindustrie, *die „Volkswagen“ sind für Truppentransporte bestimmt.*

Tatsächlich hatte die Naziführung niemals auch nur eine Sekunde lang die Absicht, den Werktätigen zur Anschaffung von Automobilen zu verhelfen. Der beste Beweis dafür sind die Termine, die sie für die Ratenzahlungen festsetzte. Sie, die den Krieg schon seit fünfundeinhalb Jahren vorbereitete, wußte am 1. August 1938 ganz genau, daß sie dicht vor der Vollendung der Vorbereitungen stand und bereits in allernächster Zukunft losschlagen würde, wie es ja auch geschah. Sie wußte daher, als sie am 1. August 1938 eine Frist von drei Jahren allein bis zum Empfang der „Bestellnummer“ festsetzte, daß sich Deutschland am 1. August 1941 längst im Krieg befinden und die Automobilindustrie längst für die Deckung des Heeresbedarfs arbeiten würde.

Inzwischen haben die deutschen Werktätigen am eigenen Leibe erlebt, wie diese Rechnung der deutschen Plutokraten auf den Schlachtfeldern „aufging“. Das „Volkswagenwerk“ wurde mit den Geldern der Arbeiter gebaut, aber die Arbeiter fuhren im „Volkswagen“ nicht zur Erholung, sondern in den Tod — an der Ostfront und in der afrikanischen Sandwüste, in Frankreich, in Italien, auf dem Balkan und schließlich auf deutschem Boden.

Die „KdF-Schiffe“

Mit den Geldern der Arbeiter baute die Arbeitsfront „KdF-Schiffe“. Eine Zeitlang wurden auf diesen Schiffen Urlaubsfahrten durchgeführt, was der Nazipresse und den Nazirednern Gelegenheit gab, eine besonders geräuschvolle Propaganda zu entfalten. Aber nicht um dieser Urlaubsfahrten willen waren diese Schiffe gebaut worden. Das bewies sowohl ihre Bauart wie ihre von vornherein geplante spätere Verwendung.

Die Schiffe selbst wurden teils als moderne Truppentransporter, teils als Hilfskreuzer entworfen und gebaut. Die Einrichtung der Schotten und Türen und vor allem die für die spätere Aufmontierung von Geschützen vorgesehenen Geschütz-Unterbauten bewiesen das jedem Fachmann auf den ersten Blick. Der Bau selbst wurde von Offizieren der Kriegsmarine kontrolliert. Im Krieg wurde die Mehrzahl der „KdF-Schiffe“ in der vorgesehenen Weise, das heißt als Truppentransporter oder Hilfskreuzer vornehmlich in der Ostsee eingesetzt. Wenn ihre Kriegsverwendung letzten Endes beschränkter war, als die Rüstungsplutokraten angenommen

hatten, so nur deshalb, weil die ganze deutsche Kriegsmarine eine klägliche Rolle spielte.

Fahrten und Wanderungen

Die gleiche Einordnung in das System der Kriegsvorbereitungen erfuhr Fahrten und Wanderungen der deutschen Werktätigen. Die DAF konnte sich nicht genug tun mit Anpreisungen und Schilderungen der Urlaubsreisen von Werktätigen, als ob nicht von jeher Gewerkschaften und Arbeiterbildungsvereinigungen Urlaubsreisen, Wanderungen, Wochenendausfahrten usw. organisiert hätten. Zugleich aber gab die „Deutsche Arbeitsfront“ den Urlaubern, wo dies nur möglich war, die militärische „Ausrichtung“. Der Urlaub der Jugendlichen wurde mit Geländesport und Wehrsport verbunden. Skitouren wurden in großem Stil organisiert, nicht etwa, um die Werktätigen mit den Schönheiten des Gebirgswinters bekannt zu machen, wie die DAF posaunte, sondern um sie als Nachwuchs für die Gebirgsjägerdivisionen vorzuschulen, deren Einsatz damals schon geplant war und später unter maß- und nutzlosen Blutopfern in Norwegen, Finnland, Karelien und im Kaukasus erfolgte.

„Erholungsheime“

Ähnlich verhielt es sich mit dem Bau der „hochmodernen Erholungsheime“ auf der Insel Rügen, die Ley großsprecherisch ankündigte. Tatsächlich ist ein Teil dieser Gebäude mit den Geldern der „Deutschen Arbeitsfront“, d. h. der deutschen Arbeiter, gebaut worden. Es wurden zwar auch eine Reihe von Werktätigen in diese Gebäude geschickt und damit der Presse-, Funk- und Fotopropaganda des Naziregimes der notwendige Stoff gegeben. Aber wiederum war die Reklame der Nebenzweck. *Der Hauptzweck war, den Bau von Riesenlazaretten und Krüppelheimen, die der Eroberungskrieg der Plutokraten notwendig machen würde, mit Arbeitergeldern zu finanzieren.* Die Opfer des Hitlerkrieges, Lahme, Blinde, Taube, haben sich inzwischen von dieser Verwendung ihrer Gelder überzeugen müssen.

Bezeichnend hierbei ist, daß der Bau neuer Erholungsheime zunächst gar nicht notwendig gewesen wäre. Deutschland verfügt in den schönsten Kurorten über viele Tausende der größten Sanatorien und Kurhotels, die ohne weiteres den Kranken hätten zur Verfügung gestellt werden können.

In diesen Sanatorien und Hotels aber erholten sich in den 12 Jahren der Hitlerdiktatur — und zwar im Krieg wie im Frieden — die oberen Zehntausend von Nazibonzen und Großaktionären von ihrer anstrengenden Beschäftigung. Um das Wohleben der Rüstungsplutokraten nicht anzutasten und um gleichzeitig die Lazarettkosten ihrer Eroberungskriege auf ihre Opfer „umzuschlagen“, baute die „Arbeitsfront“ mit den Geldern der Werktätigen die „hochmodernen Erholungsheime“ auf Rügen und anderswo.

„Zurück ins barbarische Zeitalter!“

Aber es ist notwendig, Leys „hochmoderne Erholungsheime“ noch in einem anderen Zusammenhang zu besehen. Nicht nur, daß die deutschen Werktätigen aus den eigenen Groschen den Bau der Lazarette bezahlen mußten, in die der Eroberungskrieg der deutschen Plutokraten sie später beförderte. Die gleichen Werktätigen, Offiziere und Soldaten, wurden von den Nazi dazu verwendet, die Sanatorien und Erholungsheime der überfallenen russischen Werktätigen zu zerstören.

Einige wenige Angaben hierüber:

Im weltberühmten Herzheilbad Kislowodsk im Kaukasus wurden sämtliche Sanatorien von deutschen Händen zerstört. Die Kesselanlagen der berühmten Narsanbäder wurden gesprengt. Das Sanatorium des Volkskommissariats für Landwirtschaft wurde in Brand gesteckt. Die gesamte medizinische Einrichtung der Sanatorien, ferner Möbel, Teppiche, Bilder, Vorhänge, ja sogar die Matratzen und die Wäsche wurden nach Deutschland geschafft.

Im Heilbad für Magen- und Darmkranke, in Pjatigorsk, wurden das Sanatorium der Roten Armee, das Sanatorium Nr. 5 und das Pasteur-Institut von deutschen Truppen zerstört.

In dem schönen Kurort Aluschtsa auf der Krim wurden sämtliche Sanatorien planmäßig von Hitlers „Kulturträgern“ zerstört. Allein in den zerstörten Parksanatorien und Erholungsheimen „Kommunist“, „Eisenbahner“, „Bergarbeiter“ und „Arbeiterrecke“ hatten jährlich 7000 Werktätige Erholung gefunden.

In Jalta, dem bekanntesten Kurort der Krim, wurden zwölf Sanatorien völlig vernichtet, neunzehn weitere ausgeraubt und beschädigt.

Keiner sage, Zerstörungen seien Begleiterscheinungen des Krieges. Nein,

hier handelt es sich weder um Folgen von Kriegshandlungen noch um zufälligen Raub oder zufällige Brandstiftung. *Hier wurde die planmäßige Zerstörung* befohlen und durchgeführt. Warum? Die Antwort ist nicht schwer. Weil diese Sanatorien und Erholungsheime Wahrzeichen sozialistischer Kultur sind.

Erstens: In der Sowjetunion bestimmen nicht Rüstungsindustrielle (die es dort nicht gibt), sondern die Werktätigen den Umfang der Ausgaben zur Erhaltung der Volksgesundheit. Sie wenden Milliardenbeträge hierfür auf, die von Jahr zu Jahr wachsen. Das folgt aus Artikel 119 der Verfassung der Sowjetunion:

„Das Recht auf Erholung wird gewährleistet durch Festsetzung eines vollbezahlten jährlichen Urlaubs für die Arbeiter und Angestellten und durch das in den Dienst der Werktätigen gestellte umfassende Netz von Sanatorien, Erholungsheimen und Klubs.“

Zweitens: In der Sowjetunion bestimmen die **Werkstätigen** alle Einzelheiten der Ausnutzung der Kuranlagen, und sie bestimmen darüber gerecht und in ihrem eigenen Interesse.

Drittens: In der Sowjetunion gehören den **Werkstätigen** die Kurorte, Sanatorien und Erholungsheime als ewiges unantastbares Eigentum. Daher entfällt jede Möglichkeit der Geschäftemacherei und privaten Bereicherung.

Solche Sanatorien, solche Kurorte waren natürlich den deutschen Plutokraten bis in den Tod verhaßt. Um keinen Preis wollten sie es wahrhaben, daß es in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken eine phrasenlose, ehrliche und durchgreifende Sorge um den Menschen gibt, und daß sich die Arbeiter, Bauern und die Intelligenz der Sowjetunion in den modernsten Sanatorien der Welt erholen. Die Kenntnis dieser Tatsachen allein hätte die Verbrechen der deutschen Kriegstreiber auch vor den Augen des deutschen Volkes entlarvt.

Deswegen gaben sie die Befehle zu Sprengung, Brandstiftung und Raub. Und Goebbels schrieb:

„Der Mensch tritt wieder in seiner wilden Urform in Erscheinung, und die Ereignisse sinken in das barbarische Zeitalter zurück.“

(„Das Reich“, 29. November 1943)

In der Tat übertrafen die Nazis die barbarischsten Taten, die die Geschichte jemals kannte.

Das „größte soziale Gesetzgebungswerk aller Zeiten“

Mit dem „Volkswagen“, den „KdF-Schiffen“, den „Winterwanderungen“ und den „hochmodernen Erholungsheimen“ manövrierte Hitler das deutsche Volk in den Eroberungskrieg hinein. Als im Sommer 1940 der Eroberungskrieg die Zeit der Scheinerfolge durchschritten hatte und in der Zukunft die unvermeidliche Niederlage sichtbar wurde, versuchte Hitler das deutsche Volk durch neue, noch größere und offenkundigere Betrugsmanöver über die wahre Lage zu täuschen.

Im Jargon des Marktschreiers kündete Ley das „größte soziale Gesetzgebungswerk aller Zeiten“ an. Für wann? „Nach dem Kriege“, erklärte Ley, „wird dieses große Gesundungswerk in Angriff genommen werden.“ Heute begreift jeder, welch höllischer Hohn in diesen Worten lag. Hitler machte täglich Tausende sinnlos zu Krüppeln, er provozierte die Bombardierung deutscher Städte, er zwang die Arbeiter, bei unzureichender Ernährung 12—14 Stunden für die Rüstungsplutokraten zu schuften, so arbeitete er Stunde um Stunde an der Vernichtung des Volkes und versprach ihm zugleich goldene Berge für die Zeit ... nach der Vernichtung.

Die „neue Altersversicherung“

Das erste Hauptstück des „größten sozialen Gesetzgebungswerks aller Zeiten“ war die Propaganda einer „neuen Altersversicherung“. Obwohl die Wirklichkeit inzwischen auch diesen Betrug vor dem deutschen Volk entlarvte, lohnt es sich, an ihm ein neues Mal den Schwindel vom „deutschen Sozialismus“ zu studieren.

Eine staatliche Altersversicherung gab es in Deutschland, wie in sehr vielen anderen Ländern, auch vor Hitler. Sie gehörte zu den wenigen — im übrigen unzulänglichen — Rechten, die sich die Arbeiterschaft in jahrzehntelangen Kämpfen errungen hatte. In den gleichen Jahrzehnten hatten die Unternehmer unablässig darum gekämpft, die Kosten der Altersversicherung völlig auf die Schultern der Arbeiterschaft zu wälzen und die Sätze der Altersrente so tief wie möglich zu senken. Das letztere war ihnen insbesondere unter der Regierung Brüning gelungen, der durch seine berüchtigten „Notverordnungen“ die Altersrenten senkte. Im Jahre 1932 hatte Hitler aus demagogischen Gründen versprochen, er werde Brünings Rentenabbau wieder rückgängig machen. In Wirklichkeit setzte

Hitler vom Tag des Machtantritts an die „Rentenüberprüfung“, das „Rentenquetschen“, wie die Arbeiter es nannten, in verstärktem Maße fort. Zehntausenden wurde die Rente entzogen. Die Rentensätze wurden weiter gesenkt. Selbst die „Frankfurter Zeitung“ vom 10. November 1934 mußte feststellen, daß die „Altersrenten zwischen 20 und 35 Mark monatlich liegen, also etwa beim Mietbedarf“.

Wenn die Rente also nur zur Bezahlung der Miete ausreichte, wovon sollte dann der Altersrentner leben? Nach der amtlichen deutschen Statistik betragen die durchschnittlichen Renten der Alters- und Invalidenversicherungen:

	1930	1938
Für Alters- und Invalidenrentner	37,40 RM	31,— RM
Für Witwen	22,48 „	19,— „
Für Waisen	15,49 „	10,50 „

Hitler hatte also selbst die mageren Sätze der Weimarer Republik und die Hungersätze der Brüningzeit im Auftrage und Interesse seiner plutokratischen Hintermänner noch herabzusetzen verstanden. Was für eine „neue“ Altersversicherung konnte nach dieser Vorgeschichte von ihm erwartet werden?

Die „Neuerungen“, die er einzuführen versprach, waren:

Erstens: Während bisher *jeder* Arbeiter einen Rechtsanspruch auf Altersversicherung besaß, sollte nach dem neuen Plan nur derjenige Rente erhalten, der nicht Gegner des Nazisystems war. Mit anderen Worten: Die Rente sollte als Druckmittel benutzt werden, um die Arbeiter dem Willen der Unternehmer restlos zu unterwerfen. Wer menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen forderte, wer die gemeinsamen Interessen im Betrieb gegenüber den Unternehmern vertrat, wer ein Sterbenswörtchen von der Freiheit und dem Lebensrecht des Volkes verlauten ließ, sollte durch Drohung mit dem Entzug der Altersversorgung zum Kuschen gezwungen werden.

Zweitens: Während bisher die Unternehmer ein Drittel oder die Hälfte der Versicherungsbeiträge bezahlen mußten, sollten nach dem neuen Plan die Werktätigen die Beiträge allein aufbringen. Damit entsprach der „neue Plan“ völlig den Forderungen, die die deutschen Großkapitalisten und Großgrundbesitzer seit 1889 durchzusetzen versucht hatten und

die durchzusetzen ihnen selbst unter Bismarck, Wilhelm II. und Hindenburg nicht gelungen war! Was sie 44 Jahre lang vergeblich angestrebt hatten: nicht einen einzigen Pfennig zur Altersversicherung der Werk-tätigen beizutragen, das wurde ihnen im „größten sozialen Gesetzgebungs-werk aller Zeiten“ von Hitler und Ley dienstfertig vor die Füße gelegt. Nicht verwunderlich, daß die Beauftragten der Arbeitsfront den empörten Arbeitern in den Betrieben mitteilten: „Diskussionen über die neue Alters-versorgung sind verboten.“

Aber hinter diesen beiden „Neuerungen“ verbarg sich die wichtigste, dritte:

Hitler vertuschte durch den Lärm mit der „neuen“ Altersversicherung die Tatsache, daß er das gesamte Vermögen der Invaliden- und An-gestelltenversicherung gestohlen und verpulvert hatte. Dieses Vermögen, das sich die Arbeiter und Angestellten durch jahrelange Beitragszahlungen zusammengespart hatten, betrug im Jahre 1937 8 Milliarden Mark. Wo sind sie hin? Ohne jede öffentliche Rechnungslegung wurden sie für Kriegszwecke verpulvert, ebenso natürlich die Beitragsgelder, die von den Arbeitern und Angestellten nach 1937 eingezahlt wurden. Um nicht mehr nach diesen Geldern gefragt zu werden, *um der Abrechnung über diesen Milliarden-diebstahl aus dem Wege zu gehen*, begannen Hitler und Ley den Betrug mit der „neuen“ Altersversicherung.

Das „Wohnungsbauprogramm“

Das zweite Hauptstück des „größten sozialen Gesetzgebungswerks aller Zeiten“ war das nationalsozialistische „Wohnungsbauprogramm“. Es ist heute nicht leicht, ruhig darüber zu sprechen. Die Ruinentfelder in den deutschen Großstädten, die Millionenmassen Obdachloser und Zusammen-gepferchter zeigen, welches „Wohnungsbauprogramm“ Hitler für das deutsche Volk plante und durchführte.

Daher sei nur denen, die etwa immer noch glauben, Hitler „habe es nicht so gewollt“, eins gesagt: Er hat es so gewollt! Das wird bereits durch die Tatsache bewiesen, daß Hitler nicht nur im Kriege, sondern auch in den Friedensjahren kein Geld gehabt hat, um den Werk-tätigen die nötigen Wohnungen zu bauen.

Nehmen wir das günstigste Friedensjahr 1937. Sogar in diesem Jahr waren nur 5,1 % aller Bauvorhaben Wohnungsbauten, 94,9 % waren

Bauten „für andere Zwecke“! Selbst Ley, der hier bestimmt lieber zu wenig als zuviel sagte, gab bei der Eröffnung der Bau-Fachausstellung in Frankfurt am Main zu, daß der Wohnungsbedarf, der bei Hitlers Regierungsantritt im Jahre 1933 einundeinhalb Millionen Wohnungen betragen hatte, auf drei Millionen Wohnungen (also auf das Doppelte!) gestiegen war.

Auch Görings Zeitschrift „Der Vierjahresplan“ bestätigt, daß — entgegen aller Goebbelspropaganda — die Wohnungsnot unter der Hitlerherrschaft ständig wuchs:

„Die bisherigen Versuche zur Behebung des größten Wohnungsmangels haben zu einem Erfolg nicht führen können. Die eingesetzten Mittel waren zu gering und die für ihre Inanspruchnahme gestellten Bedingungen vielfach zu schwer.“
(„Der Vierjahresplan“, Folge 41, Jahrgang 1937)

Im Jahre 1940 aber mußte das „Arbeitswissenschaftliche Institut der DAF“ schon mitteilen:

„Bei der Volkszählung 1939 waren für 19,3 Millionen Haushaltungen nur 17,8 Millionen Wohnungen vorhanden. Es fehlten also 1,5 Millionen Wohnungen. Dazu kommen 1,3 Millionen abbruchreifer Wohnungen, ein Neubedarf von 1,5 Millionen Wohnungen und zur Bekämpfung der Überfüllung 1,7 Millionen. Insgesamt also 6 Millionen.“

In Berlin waren selbst in den drei ersten Jahren der Wirtschaftskrise immer noch durchschnittlich 29 000 Wohnungen im Jahr gebaut worden. Seit Hitlers Regierungsantritt betrug der Jahresdurchschnitt nur noch 17 000. Dabei wurden in Berlin 1939/41 112 339 Ehen geschlossen!

Am 13. Oktober 1940 sagte der Provinzialverwaltungsrat Dr. Martin Peschler auf der XVII. Tagung der Deutschen Akademie für Bau-forschung:

„In dem soeben veröffentlichten Jahresbericht des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der DAF wird die alarmierende Feststellung gemacht, daß mindestens 300 000 bis 500 000 Kinder jährlich nur deshalb nicht geboren werden, weil die Wohnungsverhältnisse den Eltern den Mut dazu nehmen.“

Bemerkenswert ist hierbei, daß der Anteil der öffentlichen Mittel an den gesamten Investitionen im Wohnungsbau unter Hitler ständig sank. Das deutsche Institut für Konjunkturforschung veröffentlichte in seinem Wochenbericht (Nr. 9, 1938) hierüber genaue Ziffern. Während im Jahre 1929 43 % aller für den Wohnungsbau aufgewandten Mittel öffentliche

Mittel waren, im Krisenjahr 1932 noch 19,3 %, im Jahre 1933 13,8 %, waren es 1937, im Jahre der „Hitlerschen Hochkonjunktur“, nur noch ganze — 10 %.

Wofür aber wurden diese geringen Mittel eingesetzt? Die amtliche Statistik zeigt, daß nach Hitlers Machtergreifung der Bau von Großwohnungen für die neureichen Nazibonzen anstieg. In den ersten fünf Jahren der Hitlerdiktatur wuchs der Bau von Wohnungen von vier bis sechs und mehr Wohnräumen von 41,9 % auf 51,2 % des gesamten Wohnungsneubaus an. Folgende Nazistatistik mit Angaben über fertiggestellte Neubauwohnungen in den Städten mit über 50 000 Einwohnern zeigt die soziale Gesinnung dieses Regimes:

	Wohnungen mit		
	1—3 Zimmern	4—6 Zimmern	7 und mehr Zimmern einschl. Küche
1932	58,1	38,8	3,1
1937	48,8	47,3	3,9
(in Prozent zum gesamten Wohnungsneubau)			

Statt der notwendigen Wohnungen wurden Kasernen, Flughäfen, unterirdische Rüstungsbetriebe und die Prachtbauten des Regimes — das Reichskriegsministerium, das Reichs-Luftfahrtministerium, die Nürnberger Parteitagbauten, Hitlers Berghof usw. mit den Geldern des Volkes erstellt. Als aus den Massen Stimmen laut wurden, die *Wohnungsbau statt Aufrüstung* forderten, erklärte Hitler heuchlerisch, er lasse „lieber Wohnhäuser bauen als Granaten drehen“. Gleichzeitig ergoß die Goebbelspresse über die deutsche Öffentlichkeit eine ganze Ladung von Schilderungen des Wohnungselends in — London. Viele Deutsche in Drei- oder Vier-Zimmer-Wohnungen schwätzten dieses Gerede nach, blickten nach London und sahen nicht die Lauben und Kellerlöcher der Berliner, Hamburger und Kölner oder die Landarbeiterwohnlöcher in Ostpreußen und Mecklenburg. Daher verfügte Hitler, den Wohnungsbau im Jahre 1938 so gut wie vollkommen einzustellen. Das bestätigte auch die Zeitschrift „Der deutsche Volkswirt“ mit den Worten:

„Die meisten Bauanschlüsse mußten aber abgelehnt werden und Wohnungsbauten mußten liegenbleiben, weil die vordringlichen öffentlichen Bauvorhaben die Leistungsfähigkeit der Bauwirtschaft voll in Anspruch nahmen.“

Diese Vorgeschichte muß man im Auge haben, wenn man Hitlers Versprechungen von 1940 — das „Wohnungsbauprogramm für die Zeit nach dem Kriege“ — richtig beurteilen will. Hitler dachte gar nicht daran, dem deutschen Volk jemals Wohnungen zu beschaffen. Er hatte nur ein Interesse: es durch immer größere Versprechungen zur Fortführung des Krieges, das heißt zu immer größerer Selbstvernichtung zu veranlassen. Er wußte dabei: Worte kosten nichts. Und er war fest überzeugt: Das deutsche Volk ist langmütig bis zum Selbstmord.

Nach dem Betrug des Jahres 1940 führte Hitler in Deutschland das „größte Wohnungswerk aller Zeiten“ durch.

Wir wollen hier nicht aufzählen, wie viele Millionen Wohnungen in den Jahren 1940—1944 zerbombt wurden. Wir wollen nur sagen: Hitler pries seinen „Weg zum modernsten Sozialstaat der Welt“ und ging den Weg der Zerstörung Deutschlands. Hitlers Wohnungsbauprogramm endete folgerichtig damit, daß Goebbels gegen jene Unbelehrbaren wetterte, die da behaupteten, „ohne Dach über dem Kopf und ohne richtige Zimmertemperatur nicht arbeiten und ohne Bett und Tisch nicht leben“ zu können. Ihnen gab Goebbels die für diesen Plutokratenlakai typische Antwort:

„Wer vom Ballast der Zivilisation befreit ist, fühlt sich dadurch auch freier, und das wirkt sich selbstverständlich auch anspornend auf seine Arbeit aus.“

(„Das Reich“, 30. Juni 1944)

Jeder, der heute das Notwendigste entbehren muß, weiß, daß er diese „Befreiung“ von Hab und Gut den deutschen Rüstungsplutokraten und ihrer braunen Garde zu danken hat.

WER BESTIMMTE IN WIRTSCHAFT UND STAAT?

Hitler beseitigte die Arbeitslosigkeit durch *Arbeitsbeschaffung* für den Tod; er nahm den Arbeitern ihre in jahrzehntelangen Kämpfen eroberten Rechte, vor allem das Recht auf eigene Organisationen. Gleichzeitig wurde den Arbeitern erzählt, die Konzern- und Bankherren hätten in Deutschland nichts mehr zu sagen, denn „der Staat lenke die Wirtschaft“.

Wie diese betrügerische Propaganda als Schutzschild für die Machenschaften der Rüstungsplutokraten und ihrer „nationalsozialistischen“ Kumpane geschoben wurde, das möge folgendes Beispiel zeigen.

„Abrechnung mit den Kriegsgewinnlern“ — Beispiel Suhl

In Suhl wurde der Eigentümer eines Rüstungsbetriebes, Simson, von der Hitler-Regierung enteignet, und zwar mit der Begründung, er sei Jude. Mit größtem Stimmumfang verkündete die Goebbelspropaganda, „das sei der Beginn der Abrechnung mit den Kriegsgewinnlern“. Die Leitung dieses Rüstungsbetriebes wurde einem Konsortium übertragen, dessen Mitglieder nicht öffentlich genannt wurden. Das Firmenschild wurde neu angestrichen. Der Betrieb bekam die Bezeichnung „Stiftungsbetrieb“ und wurde als „Musterbetrieb der Volksgemeinschaft“ verherrlicht. In der Tat war nun an Stelle des einen Rüstungsinteressenten mit Namen Simson eine Gruppe von Rüstungsaktionären getreten, darunter der neureiche Gauleiter Sauckel. Im Betrieb selbst wurde vieles geändert. Den Arbeitern wurden alle Rechte genommen, ihre Betriebsräte verhaftet, die Gewerkschaftsorganisationen zerschlagen, und die Einstellung neuer Arbeiter erfolgte zu niedrigeren Löhnen.

Wer aber waren die ungenannten Mitglieder des neuen Konsortiums? Herr Vögler vom Stahltrust, die Deutsche Bank und der Gauleiter der NSDAP, Sauckel. Das war die Dreieinheit der Rüstungsindustrie, der Großbanken und ihrer braunen Kumpane.

Der „Musterbetrieb“ in Suhl ist ein Beispiel, ein Werk in einer einzigen deutschen Stadt. Die Röchling und Vögler, die Zangen und Krupp hatten sich aber ein weiteres Ziel gesteckt: die völlige Beherrschung der ganzen deutschen Wirtschaft. Und sie verwirklichten ihr Ziel.

Die Unternehmerorganisationen werden zu Staatsorganisationen erhoben

Manche Deutsche waren bisher der Meinung, die Herren der großen Rüstungskonzerne hätten erst in den letzten Jahren das Kommando über die deutsche Wirtschaft in die Hände bekommen. Solche Äußerungen zeigen nur, wie geschickt es die Nazipropaganda verstanden hat, das Volk über die Machtfülle der Röchling, Krupp, Zangen, Flick & Co. zu täuschen. In der Tat haben vom ersten Tage der Hitlerherrschaft an die großen Bank- und Konzernherren über Staat und Wirtschaft bestimmt.

Am 15. Juli 1935 berief Hitler den „Generalrat der deutschen Wirtschaft“, dem siebzehn Mitglieder angehörten; zwölf Vertreter der Großindustrie, der Großbanken und des Großhandels und fünf Angehörige der höchsten NSDAP-Bürokratie.

Am 27. Februar 1934 erschien das „Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft“, das die bisherigen Unternehmerverbände in „Reichsgruppen“ umwandelte. Was hatte das zu bedeuten?

Bisher hatten sich die Unternehmer zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen freiwillig in privaten Verbänden zusammengeschlossen. Der einzelne Unternehmer konnte einem solchen Verband angehören oder nicht. Wenn er ihm nicht angehörte, brauchte er sich an seine Beschlüsse nicht zu halten; wenn er als Mitglied mit einem Beschluß nicht einverstanden war, konnte er ausscheiden und seine Interessen selbständig oder durch einen anderen Verband vertreten.

Ein solcher Zustand war mit den Zielen der Konzernherren unvereinbar. Sie brauchten eine Regelung, die die gesamte Unternehmerschaft ihren Bestimmungen über Art und Menge der Erzeugung, Rohstoffbeschaffung, Zuteilung von Arbeitskräften, Preisgestaltung, Auftragsverteilung, Patentverwertung usw. auslieferte. Es sollte die Konkurrenz und das „Aus-der-Reihe-Tanzen“ unterbunden werden. Die Rüstungsplutokratie wollte die unumschränkte Herrschaft.

Also wurden die bisherigen privaten Unternehmerverbände in öffentlich-rechtliche Vereinigungen umgewandelt, in die Reichsgruppen Industrie, Banken, Handel usw. mit straffster Organisation in Untergruppen (z. B. die Reichsgruppe Industrie mit den Untergruppen Eisen, Kohle usw.).

Die „Reichsgruppe“ wurde vom Hitlerstaat als alleinige Interessenvertretung des betreffenden Wirtschaftszweiges anerkannt. Für alle Unternehmer bestand Beitrittszwang. Der Führergrundsatz wurde eingeführt. Das heißt, die kapitalkräftigsten Kapitalherren wurden gemäß dem „Führergrundsatz“ zu unumschränkten Herrschern.

Während Hitler und Ley die Arbeiter- und Angestellten-Gewerkschaften zerschlugen und den Arbeitern erzählten, auch die Unternehmerorganisationen würden liquidiert, *wurden die Unternehmerorganisationen in Wirklichkeit zu Verbänden staatlichen Charakters, also noch mächtiger als bisher.*

Hitler förderte die großen Konzerne

Wer die Banken und die Großindustrie besitzt, der bestimmt auch im Staat. Wächst die wirtschaftliche Macht der Herren der Rüstungskonzerne, so wächst auch ihre Macht im Staat. Prüfen wir die Tatsachen, wessen wirtschaftliche Macht auf Grund der Gesetze des Nazistaates gewachsen ist. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“, die Zeitung der rheinischen Schwerindustriellen, schrieb über die Entwicklung der Aktiengesellschaften unter dem Hitlerregime folgendes:

„Alle diese Vorgänge, die Kämpfe um die Substanz der Unternehmen, von den Aktienaufkäufen zum Zweck der Konzernbildung über die Selbstfinanzierung und die Arisierung wirkten sich aber letzten Endes *zugunsten der Konzerne* und zu Lasten der freien Aktionäre aus . . .

Zusammenfassend ergibt sich somit folgende Situation: *Von den 30 Milliarden Eigenkapital, das in den deutschen Aktiengesellschaften gebunden ist, befinden sich etwa 20 Milliarden unter dem beherrschenden Einfluß von Konzernen privatwirtschaftlicher und staatlicher Natur.* An diesem Teil der Aktiengesellschaften sind freie Aktionäre in einer Weise beteiligt, die gemessen an ihren sehr geringen Mitbestimmungsrechten sie trotz ihrer rechtlichen Stellung als Mitbesitzer mehr zu Gläubigern dieser Unternehmungen stempelt.“

(„Deutsche Bergwerkszeitung“ vom 7./8. 6. 1944)

Die Zeitung der Schwerindustrie berichtet also nicht nur über die Macht der Konzernherren, sondern gibt auch zu, daß in den Aktiengesellschaften *die großen Kapitalbesitzer allein bestimmen.* Eine besondere Erscheinung des faschistischen Systems ist es, daß die Herren der Rüstungskonzerne sich nicht beschränken auf Betriebe, an denen sie irgendwie finanziell beteiligt sind. Durch die Organisation der Unterlieferungen ist die Reichweite eines Konzerns ohne das Mittel finanzieller Beteiligung bedeutend gewachsen.

Auch die folgende offizielle Statistik bestätigt die größere Konzentration der ökonomischen Macht in den Händen des Finanzkapitals.

Die Aktiengesellschaften nach Kapitalgrößenklassen	Ende des Jahres			Grundkapital in Mill.
	1927 Zahl	1931 Zahl	1941 Zahl	
5 bis 20 Millionen RM	540	578	549	4913,3
20 bis 50 Millionen RM	98	121	141	4076,7
50 Millionen RM und mehr	60	71	89	11209,2

Die Macht der Rüstungsplutokraten

Während des Krieges machten viele deutsche Soldaten große Augen, als ihnen bekannt wurde, welche Rüstungsplutokraten die deutsche Wirtschaft beherrschen. Sorgfältig hatte sich die Hitlerclique bemüht, in den ersten Jahren des Krieges vor dem Volke zu verschleiern, wer die großen Kriegsschieber sind, wer die großen Kriegsgewinnler sind, wer die deutsche Wirtschaft kommandiert. Diese Tarnung war nach den großen Verlusten der deutschen Armee in den Winterkämpfen an der sowjetisch-deutschen Front nicht mehr aufrecht zu erhalten. Nach der Niederlage vor Moskau wurde den faschistischen Bank- und Konzernherren bewußt, daß es um Sein oder Nichtsein geht. Deshalb nahmen sie unmittelbar das Kommando der deutschen Kriegswirtschaft in ihre Hände. Die mächtigsten imperialistischen Kriegsinteressenten bildeten den „Rüstungsrat“.

Nichts kennzeichnet besser den Betrug über die sogenannte „nationalsozialistische Volksgemeinschaft“ als die Zusammensetzung und Aufgabenstellung dieses Rüstungsrates, der zugleich ein Kriegsrat war. Im Rüstungsrat saßen neben den alten Kriegsinteressenten, die schon aus dem ersten Weltkrieg bekannt sind, die Vertreter der neureichen Plutokratie. Dem Rüstungsrat gehörten an:

Wilhelm Zangen, erster Vorsitzender des Rüstungsrates, Leiter der Reichsgruppe Industrie, Vorsitzender des Vorstandes der Mannesmann-Röhrenwerke, Aufsichtsratsmitglied der AEG, der Deutschen Bank, der Demag, des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats usw.;

Albert Vögler, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Vereinigten Stahlwerke und weiterer elf Gesellschaften, darunter Bochumer Verein, Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke, Hanomag, Riddergrube, Mit-

glied des Aufsichtsrats beim Flick-Konzern, bei Siemens-Halske und Siemens-Schuckert, bei den Mitteldeutschen Stahlwerken, bei den Österreichischen Alpen-Montanwerken, bei Henschel & Sohn Flugzeugbau usw.;

Hermann Röchling, Besitzer der Röchling Eisen- und Stahlwerke, von dem noch ausführlicher die Rede sein wird;

Ernst Poensgen, Leiter der Gruppe Eisenschaffende Industrie, Vorsitzender des Vorstandes der Vereinigten Stahlwerke, stellvertretender Vorsitzender der Mannesmann-Werke, Mitglied von zwanzig Aufsichtsräten; darunter Bochumer Verein, Kali-Chemie A. G.;

Paul Pleiger, Generaldirektor der „Reichswerke Hermann Göring“, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Sudetenländischen Bergbau A. G. Brunn usw.;

Hermann Bücher, Vorsitzender des Vorstandes der AEG, Mitglied des Aufsichtsrats bei Krupp, stellvertretender Vorsitzender der Berliner Handelsgesellschaft (einer der drei Berliner Milliardenbanken) usw.

Außerdem gehörten einige Nazigenerale zum Rüstungsrat. Diese plutokratische Clique, die Staatsfunktionen hatte, diktierte unbeschränkt, denn der Rüstungsrat hatte Verordnungsrecht und gab Anweisungen an das Wirtschaftsministerium.

Während im ersten Weltkrieg Krupp, Stinnes, Kirdorf nur ihre Beauftragten in den staatlichen Ämtern hatten, z. B. im Oberkommando der Wehrmacht, im Reichsmarineamt, im Wirtschaftsministerium und in anderen staatlichen Ämtern, saßen die Röchling, Zangen, Krupp als Mitglieder des Rüstungsrates selbst in den wichtigsten staatlichen Positionen und nutzten diese Macht, um die gewinnbringendsten Heeresaufträge an sich zu reißen und zu gleicher Zeit die ganze Last des Krieges auf die deutschen Werktätigen und auch auf den schwächeren Teil der Bourgeoisie abzuwälzen.

In dem Presse- und Rundfunkfeldzug, der der „Verordnung über die verstärkte Verantwortung der Wirtschaft“ vorausging, hatten die Goebbels-Zeitungen ziemlich unverhüllt gesagt, worum es ging. Die „Frankfurter Zeitung“ erklärte trocken, das Wesentliche in der Schaffung des Rüstungsrates bestehe darin,

„daß die Männer der Wirtschaft gleichzeitig Staats- und Parteiämter innehaben“.

Die „Kölnische Zeitung“ vom 18. Januar 1942 wies darauf hin, daß die „Wirtschaftler“ (d. h. die Konzernbeherrscher) Vollmacht erhalten müßten,

„um unter Umständen diktatorisch alle Teilgebiete der Wirtschaft dem großen Ziele unterzuordnen“.

Für die bevorstehende Betriebsschließung sollten sie

„Vollmacht der zivilen und militärischen Wirtschaftslenkung besitzen“.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schrieb unmißverständlich unter der Überschrift „Verlängerter Arm“:

„Die Erfahrung hat gelehrt, daß man weiter als bisher kommen wird, wenn den Wirtschaftlern selbst Hoheitsaufgaben übertragen werden.“

(„Deutsche Allgemeine Zeitung“, 24. Februar 1942)

Seitdem die Konzernherren die Staatsmacht unmittelbar für ihre Interessen einsetzen konnten, kamen sie tatsächlich „weiter als bisher“. Jetzt hatten sie das Machtinstrument völlig in der Hand, das ihnen ermöglichte, nach dem „zentralen Gesichtspunkt höchster Rationalität“, das heißt: plutokratischer Unersättlichkeit, das ganze deutsche Volk und die ganze deutsche Wirtschaft restlos auszuplündern und in den Dienst ihrer imperialistischen Kriegspolitik zu stellen.

Wirtschaftslenkung durch wen?

Die Leitung von Wirtschaft und Staat durch die Herren der Rüstungskonzerne erfolgte im Laufe der Zeit in verschiedenen Formen. In der Zeit der Aufrüstung und während der ersten Kriegsjahre wurden Reichsstellen geschaffen. Im Dezember 1942 wurden sogenannte Lenkungsgebiete geschaffen, in denen die Vertreter der großen Konzerne der betreffenden Industriegruppe unmittelbar die Führung in den Händen hatten. In dem Maße, wie durch die Vernichtung von Material im Kriege der Mangel wuchs, wurden die staatlichen Zwangsmaßnahmen verschärft. Im September 1943 übertrug Hitler dem Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion, Speer, die oberste Befehlsgewalt über die Rüstungsproduktion und Rohstoff-Bewirtschaftung. *Mit Hilfe sogenannter Produktionsausschüsse und Ringe sollte auch noch die letzte Substanz der Wirtschaft in den Rachen des Krieges geworfen werden.* Viele Deutsche ließen sich durch die staatlichen Organisationsformen oder durch

schöne Worte wie „Wirtschaftslenkung“ über das Wesen der Sache täuschen. Denn Göring, Ley und andere entfalteten eine Riesenpropaganda über Wirtschaftslenkung und suchten die Grundfrage zu verschleiern: *Wer lenkt und in wessen Interesse wurde gelenkt?*

Besonders deutlich zeigt die Zusammensetzung der Reichsvereinigung Eisen und der Reichsvereinigung Kohle, wer in Deutschland lenkte. An der Spitze der „Reichsvereinigung Eisen“ stand der schon genannte deutsche Schwerindustrielle Hermann Röchling, der gleichzeitig Bevollmächtigter für die annektierte elsass-lothringische Industrie war. Erster Stellvertreter war der Sohn des Kanonenkönigs Krupp von Bohlen und Halbach, zweiter Stellvertreter war der neureiche Naziplutokrat Rohland, der dem Vorstand des Stahltrustes angehörte. Für jene, die daran geglaubt haben, daß „unabhängige Staatsbeamte“ die „Wirtschaft lenken“, sei erwähnt, daß die „Reichsvereinigung Eisen“ an Stelle der bisherigen „Reichsstelle Eisen“ beim Wirtschaftsministerium geschaffen wurde. Es wurde also eine staatliche Stelle, ein Reichsorgan liquidiert und dafür eine Gruppe von Monopolkapitalisten mit staatlichen Hoheitsrechten ausgestattet, die vollständig das Kommando über die gesamte Eisen- und Stahlindustrie in den Händen hatten.

In den anderen verschiedenen Wirtschaftszweigen war es ähnlich. Der Leiter der Wirtschaftsgruppe für das private Bankgewerbe war der bekannte Bankier Kurt Freiherr von Schröder. Im „erweiterten Beirat der Banken“ saßen: Karl Dehnel als Vertreter der Fachgruppe Börsenmakler, Dr. Hunke als Vertreter der Deutschen Bank, Dr. Rasche für die Dresdner Bank, Hans Weltzien als Vertreter der Berliner Handelsgesellschaft, Generaldirektor Wilhelm Avieny von der Metallgesellschaft Frankfurt, die zum IG-Farben-Konzern gehört, und andere Vertreter des Großkapitals. Leiter für das Kraftfahrzeugwesen war Herlin, der Direktor des großen Automobilkonzerns Daimler Benz, SS-Standartenführer. Die Reichsvereinigung „Chemische Fasern“ leitete der Vorsitzende des Vorstandes des größten Kunstseide-Konzerns Europas, der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken A.G., Helmut Vitz. Die Wirtschaftsstelle Kautschuk leitete Generaldirektor Könecke von der Continental-A.G. in Hannover. Es ist auch bezeichnend, daß einer der aggressivsten Vertreter der imperialistischen Politik, Dr. Weigelt, Direktor der Deutschen Bank

(Gesamtbank) wurde. Während des ersten Weltkrieges war er Mitglied des Kriegsausschusses für Öl und Fette und war besonders an den Eroberungen in Kleinasien interessiert. Unter Hitler wurde er Leiter der Gruppe Kolonial-Wirtschaftsuntersuchungen.

Und wer waren die Leiter der Hauptausschüsse beim Reichsministerium für Waffen und Munition? Den Hauptausschuß für Wehrmacht und allgemeines Gerät leitete Zangen selbst; den Hauptausschuß für Munition — Edmund Geilenberg, Direktor eines Göring-Werkes; den Hauptausschuß für Waffen — Arthur Fix, Direktor des Bochumer Vereins; den Hauptausschuß für Maschinen — Karl Lange, früherer Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für Eisen, Stahl und metallverarbeitende Industrie. Für Kraftfahrzeuge war verantwortlich Schaaß von der Bayrischen Motoren-Werke-A.G. Generalkommissar für Sonderproduktions-Aufgaben war Philipp Keßler, Generaldirektor der Bergmann A.G.

Wie die Besetzung der Staatsfunktionen vor sich ging, das sei an einem Beispiel aus der Praxis erläutert. Der Reichswirtschaftsminister ordnete z. B. die Bildung eines Arbeitskreises für Außenwirtschaftsfragen an. Wie aus den Veröffentlichungen in der deutschen Presse hervorging, wurden die Mitglieder dieser Körperschaft *von der Reichsgruppe Industrie, der Organisation der Konzernherren, vorgeschlagen*. Vorsitzender wurde Präsident Hans Groon, „Beauftragter für Außenwirtschaftsfragen in der Reichsgruppe Industrie“. Ständige Mitglieder waren: Freiherr Karl von Schröder (Bankhaus Stauß & Co.), einer der mächtigsten Plutokraten, Dr. Illgner vom IG-Farben-Konzern, Karl Blessing von der Continental Öl A. G. und andere Nazi-Großkapitalisten. Wer kann noch daran zweifeln, daß die mächtigsten Konzernherren im Hitlerstaat bestimmten und darüber verfügten, wer auf die wichtigsten Posten kam?

Daß die Konzernherren Wirtschaft und Staat beherrschten, das bestätigte auch die Nazipresse. Das „Hamburger Fremdenblatt“ vom 8. 4. 1944 schrieb z. B.:

„Die Organisation der gewerblichen Wirtschaft“ (lies: der Konzernherren) „sieht eine ihrer Hauptaufgaben in der ständigen Beratung der Behörden über die einzuschlagenden Wege und Maßnahmen und darüber hinaus in der Betreuung der Betriebe. Ihnen werden die staatlichen Regelungen nahegebracht und erläutert, und ihnen wird auch bei der Durchführung geholfen.“

Besonderes Augenmerk wird in den Beratungen stets auf das Ziel gerichtet, die bewährte Gruppenpreisbildung zu sichern.“

Welche gewaltige, unbeschränkte Macht die Röchling, Krupp, diese Herren der Reichsvereinigungen, Hauptausschüsse usw. hatten, das zeigen ihre Vollmachten. Ihnen unterstanden: Auftragszuteilung, Rohstoff- und Brennstoffverteilung, Verteilung der Arbeitskräfte, Regelung des Handels und Bestimmung der Betriebe, die stillgelegt werden sollten. Damit konnten die Konzerngewaltigen allen jenen Unternehmern, die ihnen als Konkurrenten unbequem waren, die Gurgel zudrücken. Wer kann daran zweifeln, daß die Herren, die vollständig die Preisgestaltung in den Händen hatten, solche „bewährten Gruppenpreise“ festsetzten, daß ihnen gewaltige Rüstungsprofite sicher waren?

So ist durch die Zusammensetzung des Rüstungsrates und der Reichsvereinigungen, Hauptausschüsse usw. endgültig der Betrug entlarvt, als ob die „Plutokraten in Deutschland nichts mehr zu sagen haben“. Die „Frankfurter Zeitung“, die im Dienste der Herren des IG-Farbenkonzerns stand, bestätigte das. Sie erklärte, das Wesentliche in der Schaffung des Rüstungsrates bestehe darin, daß die „Männer der Wirtschaft“, das heißt die mächtigsten Konzern- und Bankherren, „gleichzeitig Staats- und Parteiämter innehaben“. Die Röchling, Krupp, Vögler, Zangen, Bücher und wie diese plutokratischen Konzernherren alle heißen, hatte Hitler zu Staatsbeamten ernannt. Unter dem Titel „Der deutsche Eisenkönig“ konnten wir in der Goebbels-Zeitung „Front und Heimat“ lesen:

„Hermann Röchling steuert heute nicht nur die Eisenproduktion Großdeutschlands, ihm unterstehen auch sämtliche Eisenvorkommen der unter deutschem Einfluß stehenden europäischen Staaten.“ (Nr. 10 vom Juni 1944)

Röchling, der Oberkommandierende

Wer ist nun dieser Hermann Röchling, dieser mächtige Kriegsinteressent? Die Firma Röchling im Saargebiet war schon vor dem ersten Weltkrieg den Saararbeitern bekannt als Betrieb, wo die schlechtesten Arbeitsbedingungen bestanden, wo die brutalste Willkür gegen die Arbeiter herrschte und die Arbeitszeit am längsten war. Aus dem ersten Weltkrieg ist Hermann Röchling als einer der großen Kriegsgewinnler hervorgegangen. Er hatte seinen Bruder Robert Röchling im Kriegsministerium sitzen, der mit der Überwachung der Industrie im französischen Erzbecken von Briey beauftragt war. Robert Röchling ließ als Staatsbeamter die Maschinen aus

den Betrieben des besetzten Gebietes nach Völklingen an der Saar transportieren. Dort nahm sie sein Bruder Hermann Röchling in Empfang. Für diesen Raub mußte das deutsche Volk später Reparationen zahlen.

Nach dem Versailler Vertrag gehörte Hermann Röchling zu jener Clique westdeutscher Prozentpatrioten, die sich der veränderten Situation anpaßten und gemeinsame Geschäfte mit den französischen Plutokraten machten. Damals — es war im Jahre 1920 — war auf dem Briefkopf der Pariser Filiale des Röchling-Konzerns zu lesen: „Fournisseur de la Marine d'armes française“, d. h. Lieferant der französischen Kriegsmarine. Und im Jahre 1921 gründete Röchling zusammen mit den französischen Stahlwerken von Longwy eine gemeinsame Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Paris, an der Röchling zu 50 Prozent beteiligt war. Dieser Aktiengesellschaft gehörten Aktionäre der französischen Schwerindustrie, Aktionäre der französischen Regierung und der Aktionär Hermann Röchling aus Völklingen im Saargebiet an. Sie nannte sich „Société Lorraine Minière et Métallurgique“ und bekam nach Mitteilung der „Frankfurter Zeitung“ vom 20. Dezember 1932 von der französischen Regierung Rüstungsaufträge. Sie lieferte Stahl für die Maginotlinie. Und auch an diesen Lieferungen waren die Röchlingwerke im Saargebiet mit 50 Prozent der Lieferungen beteiligt. So transportierten Lastautos und Züge Panzerplatten aus den Werken des Herrn Röchling zur Maginotlinie.

Das ist das Gesicht des allgewaltigen Beherrschers der deutschen Eisenindustrie, Hermann Röchling.

„Wehrwirtschaftsführer“ Flick, der „Sammler aus Leidenschaft“

Daß die Rüstungsplutokraten die entscheidenden Kräfte im Nazistaat sind, das wird ausdrücklich von der Hitlerclique selbst bestätigt. Wir erinnern daran, daß Hitler den großen Konzernschieber Flick zum „Wehrwirtschaftsführer“ ernannte. Die Zeitung von Goebbels, „Das Reich“, vom 28. 9. 1941, versuchte diese bedeutungsvolle Ernennung in einem Artikel, betitelt „Gründer aus Leidenschaft“, dem deutschen Volke wie folgt zu begründen:

„Jeder Sammler, wenn seine Leidenschaft echt ist, ist nicht nur ein Käuter, sondern ein Tauscher und oft genug ein Verkäufer. Aus kleinen Anfängen sammelt er sich hinauf, bis seine Sammlung so ist, wie sie ihm vorschwebt.“

Dann wird gesagt, daß der eine Uhren, der andere Gemälde sammelt. Flick aber war ein Sammler von Großbetrieben. In der Inflation gehörte er zu den wenigen Großen, die viel gewonnen haben. Flick übernahm einen Teil des Stinnes-Betriebes. Er verschaffte sich Aktienpakete der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft, des Bochumer Vereins, der Linke-Hoffmann-Werke in Breslau, des Lauchhammerwerkes mit seinem großen Kohlenbesitz, des Stahl- und Walzwerkes Hennigsdorf usw. Flick war einer der Hauptmacher bei der Gründung des Stahltrusts 1926 und vereinigte einen Teil seiner Betriebe zum „Mitteldeutschen Stahlverein“. Die Goebbels-Zeitung fügt hinzu:

„Sah man die Dinge von außen an, so war Flick ... sozusagen ein Rentner mit Kuponschere.“

Und dieser Großschieber verstand es ausgezeichnet, die Gelder des Reiches auszunutzen. Als 1932 der Stahltrust in Schwierigkeiten war (der Gelsenkirchenkurs stand auf 30½) und Flick in Kreditschwierigkeiten kam, ließ er von Holland her das Gerücht verbreiten, das Ausland interessiere sich für den Flick-Besitz. Prompt übernahm der Reichsfinanzminister Gelsenkirchen-Aktien zu einem Kurs von 90 % und gab damit Flick die Handlungsfreiheit für weitere Schiebungen.

„Heute verfügt Flick über eigene Rohstoffgrundlagen, Braunkohle, Steinkohle, Erz, Kalk, über Hüttenwerke, Walzwerke, Elektrizitätswerke und Gaswerke, ein Treibstoffwerk und Maschinenfabriken.“

Bereits in der ersten Zeit des Krieges gab ihm die Hitlerregierung als Kriegsgewinn die bedeutenden Rombacher Hüttenwerke. Inzwischen hat Flick sein Hauptunternehmen „Mittel-Stahl“ in eine G. m. b. H. umgewandelt, die ein Familienunternehmen darstellt. Welche Riesengewinne die Familie Flick aus ihrem Arbeiterheer herausholte, zeigt allein die Erhöhung des Grundkapitals von 28,0 auf 75,0 Millionen Reichsmark. Die 47 Millionen Reichsmark wurden den stillen Reserven, die unter der Hitlerherrschaft aufgehäuft worden waren, entnommen.

Die Hitlerclique nannte das „Nationalsozialismus“. Der angeführte Artikel schließt:

„Die Ernennung von Flick zum Wehrwirtschaftsführer war verdient.“

Dieser verdiente Naziplutokrat gehörte zu den Großen des Nazi-staates.

Auch über die Rolle des Konzernkönigs Krupp wurde das deutsche Volk durch die Goebbelspropaganda irreführt. Es wurde systematisch das Gerücht verbreitet, daß Krupp gar nichts mehr zu sagen habe, bis die Meldung durch die Presse ging, Alfred Krupp von Bohlen und Halbach gehöre dem Rüstungsrat an. Sein Vater gehörte zu den Rüstungsplutokraten, die Hitler an die Macht gebracht hatten.

Die Hitlerpropaganda nannte die Kruppwerke die „Waffenschmiede des Dritten Reiches“. Das Aktienkapital, das sich vollständig im Besitz der Familie Krupp befindet, beträgt 160 Millionen Mark. Dieser Rüstungskonzern wurde durch einen Erlaß Hitlers vom 19. November 1943 in ein Familienunternehmen mit einer besonders geregelten Nachfolge umgewandelt. Das war mit steuerlichen Sondervergünstigungen verbunden. Die Erbnachfolger des Rüstungsplutokraten Krupp sollten noch für weitere Kriege dem deutschen Volke gesichert werden.

Damit ist wohl zur Genüge bewiesen, wer bisher die wahren Herren im deutschen Staate waren.

Die Gauleiter als Gehilfen der Rüstungsplutokraten

Unter dem Kommando der Gauleiter der Hitlerpartei wurden in jedem Gaugebiet Gau-Wirtschaftskammern geschaffen, deren Vorsitzende gleichzeitig Gau-Wirtschaftsberater der Nazipartei waren. Auf Anweisung Hitlers waren die Gauleiter ausführende Organe der Verordnungen des Rüstungsministeriums für Waffen und Munition, d. h. der dort bestimmenden Rüstungsplutokraten. Die bisherigen Industrie- und Handelskammern, in denen vielfach kleinbürgerliche Einflüsse zur Geltung kamen, wurden in ihren Vollmachten beschränkt oder ganz liquidiert. Die aggressivsten faschistischen Großkapitalisten übernahmen das Kommando in den Gau-Wirtschaftskammern. Der Präsident der Gau-Wirtschaftskammer, der aus der Reihe einflußreicher Kapitalbesitzer genommen wurde, hatte in dieser Funktion naturgemäß die größte Macht über alle Unternehmungen im Gau.

Und wer bestimmte in den Kreiswirtschaftsräten? Zum Beispiel im „Kreiswirtschaftsrat Wuppertal“ saßen der Generaldirektor Vitz von den Vereinigten Glanzstoff-Fabriken, dem größten Kunstseidenkonzern in Europa; Direktor Frowein, der berüchtigte „Fritz Ley Lünenschluß“ sowie einige weniger einflußreiche Herren. Wer kann daran

zweifeln, daß in diesem sogenannten „Kreiswirtschaftsrat“ der Vertreter des mächtigsten Konzerns, Generaldirektor Vitz, bestimmte?

Hitlers Gauleiter waren besonders beauftragt, im Dienste der Rüstungsplutokraten die Zwangsarbeit der Arbeiter, Arbeiterfrauen und Jugendlichen zu organisieren. Sie trieben den Rüstungskonzernen die Arbeitsklaven zu. Wie das in der Praxis aussah, sei im Beispiel des Gaus Frankfurt erläutert. Dort saß der berühmte Gauleiter Sprenger. „Gauwirtschaftsberater“ war kein anderer als der Generaldirektor der Nassauischen Landesbank Avieny, ein neunfacher Aufsichtsrat und Kuponabschneider. Er saß in der Frankfurter Handelsbank A.G., der Deutschen Landesbankzentrale, im Aufsichtsrat von zwei Flugzeuggesellschaften und anderen Gesellschaften, die hohe Profite abwerfen. Dieser Parasit, der sich als Kuponabschneider auf Kosten des arbeitenden Volkes bereicherte, war „Gauwirtschaftsberater“, d. h. er bestimmte, welche Klein- und Mittelbetriebe liquidiert, welche Mittelständler vollständig ruiniert werden sollten. Generaldirektor Avieny war aufs engste verbunden mit der Generaldirektion des IG-Farben-Trustes am Grünburgplatz in Frankfurt. Wer sich Befehlen dieser Herren Kriegsgewinnler widersetzte, den ließ der Gauleiter Sprenger der Gestapo übergeben. So ließ der korrupte Gauleiter 18 frühere Nationalsozialisten erschießen, weil sie gegen die Herren des IG-Farben-Trustes gewettert und die Lebensmittelschiebungen des Herrn Gauleiters aufgedeckt hatten.

Außerdem stand den Kriegsinteressenten noch der „Treuhandler der Arbeit“ zur Verfügung. Er hatte dafür zu sorgen, daß die Löhne niedrig gehalten werden. Der erste „Treuhandler der Arbeit“ in Frankfurt war der Präsident der Industrie- und Handelskammer für das rhein-mainische Industriegebiet und Präsident der Frankfurter Börse, Karl L u e r. Als seine Adresse gibt er an: „Frankfurter Börse“. Das kennzeichnet, wessen Treuhänder dieser Millionär war. Ein anderer solcher Treuhänder war Dr. M a r k a r t. Früher war er lange Jahre Leiter des „Sozialbüros“ der IG-Farben in Wolfen bei Bitterfeld. Zugleich war er „Sachbearbeiter“ im Arbeitgeberverband der chemischen Industrie. Er brachte also schon eine bedeutende Praxis in Arbeiterentrechtung und -betrug mit, und wer kann daran zweifeln, daß solche Angestellten der Trustherren „gute Treuhänder“ waren. Wie wertvoll den Plutokraten diese Lakaien waren, die das Mitgliedsbuch der Hitlerpartei in der Tasche hatten, das geht aus

einem Artikel der „Frankfurter Zeitung“ vom 16. September 1942 hervor. Dort lesen wir:

„Viele Unternehmungen haben solche Persönlichkeiten“ (gemeint sind Amtswalter der Hitlerpartei. Der Verf.) „in ihre Leitungen hereingenommen, namentlich auch für die Aufgaben der Gefolgschaftsführung.“

So hatten unter dem Hitlerregime die mächtigen Plutokraten erreicht, was sie seit 50 Jahren mit allen Mitteln erstrebten, aber infolge des Widerstandes der organisierten Arbeiterschaft bis zu Hitlers Regierungsantritt nicht erreichen konnten. Sie hatten die unbeschränkte Herrschaft in Wirtschaft und Staat und konnten mit Recht sagen: „Der Staat sind wir.“

Die Legende von der „Planwirtschaft“

Seit 1933 führte die Naziregierung systematisch die Umstellung der Wirtschaft auf die Geleise des Krieges durch und schränkte planmäßig die Verbrauchsgüterproduktion ein. Das waren kriegswirtschaftliche Maßnahmen, die mit Planwirtschaft nichts zu tun hatten. Von Planwirtschaft kann man nur mit vernünftigem Sinne sprechen, wenn die ganze Industrie dem Volke gehört, wenn im Staate die Vertreter des schaffenden Volkes bestimmen und auf dieser Grundlage die Wirtschaft der Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes und seines Staates dient. In Hitler-Deutschland konnte es gar keine Planwirtschaft geben, weil die Wirtschaft dem Profit und den Kriegsinteressen des Großkapitals diente, nicht aber der Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes. Die Zwangsbewirtschaftung geschah unter dem Kommando und im Interesse der Herren der großen Rüstungskonzerne.

Manche Deutsche glaubten, das Vorhandensein staatlicher Betriebe sei schon der Beginn einer Nationalisierung der Großindustrie. Manche glaubten, der staatliche Charakter des deutschen Eisenbahnwesens sei schon ein Element des Sozialismus. Dazu ist folgendes zu sagen: Die Verstaatlichung der Reichsbahn hatte nichts mit Sozialismus zu tun. Sie geschah aus ganz anderen Gründen. Die deutsche Industrie und auch die großen Grundbesitzer hatten ein Interesse an einem möglichst billigen Warentransport, der nicht durch widerstreitende kapitalistische Einzelinteressen gehindert wird. Außerdem lag in Deutschland ein besonderes strategisches Interesse für den Ausbau der Eisenbahn mit staatlichen Mitteln vor. Für Deutschland, als das Land im Zentrum Europas, war im Kriegsfall der

Ausbau des Eisenbahntransports von großer strategischer Bedeutung. Deshalb hatten die herrschenden Kreise in Deutschland ein Interesse an der Instandhaltung und am Ausbau der Eisenbahn durch staatliche Unterstützung und unter staatlicher Kontrolle. Dabei wurden die Interessen der großen Konzernherren besonders berücksichtigt. Indem zum Beispiel Krupp und Siemens dem Verwaltungsrat der Reichsbahn angehörten, erhielten sie bevorzugt Reichsbahnaufträge zu guten Preisen.

Erst recht wurden in Hitler-Deutschland Staatsbetriebe zur Erhöhung des Kriegspotentials geschaffen. Es wurden solche Rüstungsbetriebe erbaut, deren Errichtung im Gesamtinteresse des deutschen Finanzkapitals lag. Die Göring-Werke für Erzbergbau wurden z. B. gegründet, weil der für den Krieg notwendige Ausbau der Siegerländer Eisenerzvorkommen für das Privatkapital nicht rentabel war. Deshalb gab der Nazistaat die Mittel für den Ausbau dieser Industrie. Um das Rüstungspotential Deutschlands schneller zu erhöhen, wurde der Göring-Konzern geschaffen, der im Ergebnis der Kriegseroberungen zum größten Konzern Europas wurde. Göring trat damit selbst in die Reihe der größten Rüstungsplutokraten. Er hatte als Minister das tatsächliche Verfügungsrecht über alle Betriebe des Konzerns. Selbstverständlich konnte er nur einen Teil der Profite für seinen luxuriösen Lebenswandel verbrauchen. Der Hauptteil wurde verwandt für den weiteren Ausbau der Rüstungsbetriebe, also im Gesamtinteresse der herrschenden Clique der Kriegsabenteurer. So wurden auch zahlreiche Rüstungsbetriebe in anderen Industriezweigen, in der Kunstfaserindustrie, in der Ölversorgung usw., mit staatlichen Mitteln geschaffen. In den Vorständen dieser Gesellschaften sah man viele neureiche Nazi-funktionäre, die am Profit beteiligt waren, die aber gleichzeitig noch andere, staatliche Posten innehatten.

Die Tatsachen beweisen, daß im Hitlerstaat die aggressivsten räuberischsten Rüstungsplutokraten die Kommandostellen in Wirtschaft und Staat beherrschten. Die Staatsgewalt war vollständig in den Dienst der Bank- und Konzernherren gestellt worden. Was die Goebbelspropaganda als „Planmäßigkeit“ bezeichnete, war nichts anderes, als die Umstellung der Wirtschaft auf den Krieg und die systematische Beherrschung des gesamten politischen und gesellschaftlichen Lebens durch die Rüstungsplutokraten und durch die Naziführer.

DIE SOLDATEN FIELEN, DIE GEWINNE STIEGEN

Im Auftrage der deutschen Plutokraten begann Hitler den Krieg um die Eroberung fremder Länder, und die Goebbelspropaganda schrie noch lauter von „Volksgemeinschaft“. Die Kriegsgewinne der Plutokraten stiegen ins Ungemessene, und die Goebbelspropaganda lärmte an allen Straßenecken von der „allgemeinen Beschränkung der Gewinne“. Schon im ersten Kriegsmonat — am 19. September 1939 — schilderte im „Völkischen Beobachter“ der Wirtschaftsredakteur Nonnenbruch in ergreifenden Tönen, welche Armut in den Reihen der deutschen Rüstungsindustriellen eingezogen war. Er erzählte, die „Klassenunterschiede“ wären restlos abgetragen, und schilderte den Generaldirektor eines Konzerns, der in geflicktem Anzug durch das Werk ginge. Die Goebbelspropaganda hatte den Generaldirektor mit geflickten Hosen erfunden und pries ihn als den Repräsentanten des „deutschen Sozialismus“. Wie aber sah es tatsächlich mit der „Beschränkung der Gewinne“ und den „restlos abgetragenen“ Plutokratenanzügen und Klassenunterschieden aus?

Steigende Gewinne

Nach den eigenen, also viel zu niedrigen Angaben der deutschen Aktiengesellschaften stieg die Durchschnittsdividende von 2,83 % im Jahre 1932 auf 6,62 % im Jahre 1941, das heißt: allein der in Form von Dividenden sichtbare Reingewinn stieg im Vergleich zu 1932 um 134 Prozent!

Tatsächlich lag der Reingewinn der größten Konzerne viel höher, als sich aus den angeblichen Durchschnittsdividenden schließen ließ. Das geht sogar aus den Bilanzen hervor. Die steuertechnisch erstklassig „frisierten“ Krupp-Bilanzen enthalten folgende Angaben über den Reingewinn:

1931/32	Verlust	9,64 Millionen RM (Deckung aus „stillen“ Reserven)
1933/34	Reingewinn	6,65 " "
1934/35	Reingewinn	10,34 " "
1935/36	Reingewinn	14,39 " "
1936/37	Reingewinn	17,22 " "
1938/39	Reingewinn	21,11 " "
1939/40	Reingewinn	22,70 " "

Und das war bis zum ersten Kriegsjahr: Eine nicht weniger „erfreuliche“ Entwicklung machte der Mannesmann-Konzern vom ersten Hitlerjahr bis zum ersten Hitlerkriegsjahr durch. Für 1933 hatte dessen Bilanz einen Reingewinn von 2,1 Millionen RM ausgewiesen, für 1940 wies sie schon 10,7 Millionen RM aus. Eine Steigerung um 410 %.

Die Bilanzen anderer Konzerne der Schwerindustrie weisen folgende Gewinnsteigerung aus:

Vereinigte Stahlwerke

Rohgewinn 1934	120,53 Millionen RM	100 Prozent
„ 1935	225,83 Millionen RM	187 Prozent
„ 1936	248,59 Millionen RM	206 Prozent
„ 1937	257,08 Millionen RM	213 Prozent

Klöckner A. G.

Rohgewinn 1936/37	106,90 Millionen RM	100 Prozent
„ 1938/39	135,58 Millionen RM	127 Prozent
„ 1940/41	163,67 Millionen RM	153 Prozent

Hoesch A. G.

Rohgewinn 1936/37	119,91 Millionen RM	100 Prozent
„ 1938/39	139,82 Millionen RM	117 Prozent
„ 1940/41	163,57 Millionen RM	136 Prozent

Gute Hoffnungs-Hütte

Rohgewinn 1936/37	123,11 Millionen RM	100 Prozent
„ 1938/39	148,29 Millionen RM	120 Prozent
„ 1940/41	156,29 Millionen RM	127 Prozent

Gesetzliche und andere „Rücklagen“

Diesen hohen Rohgewinnen entsprach in den meisten Bilanzen nicht der angegebene Reingewinn. Die Bilanz des IG-Farben-Konzerns für 1940 wies zum Beispiel einen Rohgewinn von 846,44 Millionen RM aus (übrigens um 179,21 Millionen RM mehr als im Jahre 1938!), aber einen Reingewinn von nur 58,76 Millionen RM. Wo die übrigen 787,68 Millionen RM geblieben sind, kann man leicht begreifen, wenn man allein

unter den Titeln „Erträge aus Beteiligungen, Rücklagen, Rückstellungen, Abschreibungen auf Anlagen“ 220,43 Millionen RM „verschleiert“ findet.

Die Wintershall A. G., der größte deutsche Kali-Konzern, der schon vor 1933 Hitler reiche Geldmittel zur Verfügung stellte, wies einen Rohgewinn aus, der von 68,39 Millionen RM im Jahre 1939 auf 76,29 Millionen RM im Jahre 1940 stieg, dagegen einen Reingewinn, der von — sage und schreibe — ganzen 8,06 Millionen RM im Jahre 1939 sogar auf 7,55 Millionen RM im Jahre 1940 fiel. Unter „Rückstellungen und anderen Rücklagen“ aber versteckte die Gesellschaft 114 Millionen RM!

Wie unerhört hoch die Rückstellungen und Rücklagen selbst im Verhältnis zum Aktienkapital und wie niedrig die Reingewinne im Verhältnis zu den Rückstellungen und Rücklagen ausgewiesen wurden, mögen einige Beispiele zeigen.

	Aktienkapital Mill.	Rücklage Mill.	Rückstellungen Mill.	zus. Mill.	Reingewinn Mill.
Roddergrube	18	10	19,96	29,96	4,62
Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg . . .	30	12	21,18	33,18	2,416
Sächsische Werke A. G., Dresden	120	79,75	25	104,75	9,73

Es wäre ein großer Irrtum, wenn man nun annehmen wollte, daß die Konzerne, deren Bilanzen ein stärkeres Ansteigen des Reingewinns zeigten, in der Gewinnverschleierung „ungeschickter“ gewesen wären. In der Kruppbilanz für 1939/40 wurde ein Reingewinn von 22,70 Millionen RM zugegeben, aber gleichzeitig wies dieselbe Bilanz noch aus:

„gesetzliche Rücklagen“	16 000 000 RM
„andere Rücklagen“	56 365 000 RM
Rückstellungen	68 053 000 RM
	<hr/>
	140 418 000 RM

Es handelte sich nicht darum, daß die einen „geschickter“, die anderen „ungeschickter“ waren. Sie waren alle gerissen genug und „frisierten“ ihre Bilanzen so, wie sie es gerade für ihre Zwecke brauchten.

Die Aktionäre gehen stempeln

Selbst nach allen Rücklagen und Rückstellungen, „gesetzlichen“ und „anderen“, verblieb ein Reingewinn, der sich in einer von Jahr zu Jahr steigenden Dividende ausdrücken mußte. Die Plutokratie war aber gerade während des Krieges mehr als je daran interessiert, im Volke die Legende aufrechtzuerhalten, daß die Dividenden sechs Prozent nicht übersteigen durften. Die Hitler-Regierung fand den Ausweg, der erlaubte, auch bei einer „Begrenzung“ auf sechs Prozent eine beliebig hohe Dividende und noch dazu steuerfrei auszuschütten. Sie erließ eine Verordnung, nach der ein Teil der Gewinne den Aktionären in Form von „Kapitalberichtigungen“ gutgeschrieben werden konnte.

Die Aktien wurden auf einen entsprechend höheren Betrag „aufgestempelt“, ohne daß die Aktionäre auch nur einen Pfennig neues Kapital einzuzahlen hatten. Sie bekamen Dividende nun auf den höheren „Nennwert“ ihrer Aktien. Sie steckten also auch einen doppelten oder dreifachen Gewinn in die Tasche, ohne daß der Prozentsatz der Dividenden das „zulässige Maß“ überstieg, und sparten obendrein die Steuern.

Nach der amtlichen Hitlerstatistik erhöhten auf diese Weise schon bis zum 30. November 1941 302 Aktiengesellschaften ihr Aktienkapital um 65,5 Prozent. Nehmen wir einen der „bescheidensten“ Fälle: Die Sächsischen Werke A. G. Dresden „berichtigte“ ihr Aktienkapital um 25 Prozent und zahlte die alte Dividende von 6 Prozent „unverändert“ weiter, das heißt: Der Aktionär bekam auf seinen tatsächlichen Anteil eine Dividende von 7,5 Prozent und noch ein Geschenk in Höhe eines Viertels des Nennwertes seiner Aktien. Generaldirektor Stahl von der Mansfeld A. G. stellte sachlich fest:

„Diese Maßnahme ermöglichte es, den Aktionären den Ausschüttungsbetrag weiterhin unverkürzt zukommen zu lassen, ohne eine Dividendenabgabe in Kauf nehmen zu müssen.“

(„Kölnische Zeitung“, 23. September 1941)

Mehr als 10fache Aufsichtsräte

Die Nazi-propaganda hatte dem deutschen Volke erzählt, daß in Zukunft kein Großaktionär mehr als 10 Vorständen oder Aufsichtsräten von Aktiengesellschaften angehören dürfe. Aus dem amtlichen Material des „Handbuches der Aktiengesellschaften“ geht jedoch hervor, daß 449 *Kriegs-*

gewinnler in den Vorständen oder Aufsichtsräten von mehr als 10 Aktiengesellschaften saßen.

Zunächst wollen wir am Beispiel einiger deutscher Nazitrustgewinnler zeigen, wieviel leitenden Organen großer Aktiengesellschaften und staatlichen Organen sie angehören, damit der Leser ermessen kann, welche Macht sie im faschistischen Staat in ihren Händen hatten:

von Schröder, Kurt, Freiherr,

Präsident:

Industrie- und Handelskammer zu Köln.

Wirtschaftskammer für das Rheinland, Köln.

Mitglied:

Reichsverkehrsrat, Berlin.

Vizepräsident:

Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern.

Vizepräsident des Verwaltungsrats:

Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, Berlin.

Mitglied des Verwaltungsrats:

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel.

Mitglied des Beirates:

Deutsche Reichsbahn.

Deutsche Reichspost.

Vorsitzender des Aufsichtsrates:

Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank A. G., Berlin.

Mitropa, Mitteleuropäische Schlafwagen- und Speisewagen A. G., Berlin.

Rheinische Zellwolle A. G., Köln (Rhein).

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats:

Adlerwerke vorm. Heinrich Kleyer Aktiengesellschaft, Frankfurt a. M.

Boswau & Knauer Aktiengesellschaft, Berlin.

Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten „Oeffa“, Berlin.

Mitglied des Aufsichtsrats:

Ambi-Budd Preßwerk, Berlin.

Colonia, Kölnische Feuer- und Kölnische Unfallversicherungs A. G., Köln.

Concordia, Lebens-Versicherungs A. G., Köln.

Felten & Guillaume, Carlswerk A. G., Köln-Mülheim.

Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Wohnungsbau, Köln a. Rh.

Guano-Werke A. G. (vormals Ohlendorff'sche und Merek'sche Werke),

Hamburg.

Flick, Friedrich,

persönlich haftender Gesellschafter:

Friedrich Flick Kom.-Gesellschaft, Düsseldorf.

Vorsitzender des Aufsichtsrats:

Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte, Sulzbach-Rosenberg-Hütte.

Essener Steinkohlenbergwerke A. G., Essen.

Harpener Bergbau A. G., Dortmund.

Mitteldeutsche Stahlwerke A. G., Riesa (Elbe).

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats:

Siegener Maschinenbau A. G., Siegen.

Mitglied des Aufsichtsrats:

Adlerwerke vorm. Heinrich Kleyer A. G., Frankfurt a. M.

Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Berlin.

Allianz- und Stuttgarter Verein, Versicherungs A. G., Berlin.

Dresdner Bank, Berlin.

Dynamit-Aktien-Gesellschaft, vorm. Alfred Nobel & Co., Hamburg.

Linke-Hoffmann-Werke A. G., Breslau.

Niederschlesische Bergbau A. G., Neu-Weißstein.

Rheinische A. G. für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation, Köln.

Schering A. G., Berlin.

Vereinigte Stahlwerke A. G., Düsseldorf.

Waggon- und Maschinenfabrik vorm. Busch, Bautzen.

Mitglied des Verwaltungsrats:

Gewerkschaft Steinkohlenwerk Vereinigte Glückhelf-Friedenshoffnung,
Hermsdorf.

Rheinisch-Westf. Elektrizitätswerk A. G., Essen.

Stellvertretender Vorsitzender des Grubenvorstandes:

Gewerkschaft der Steinkohlenzeche Mont-Cenis, Herne-Solingen.

Mitglied des Grubenvorstandes:

Gewerkschaft des Steinkohlen- und Eisenstein-Bergwerks „Siebenplaneten“
Dortmund.

Gewerkschaft Victoria-Lünen, Lünen (Lippe).

Quandt, Günther, Wehrwirtschaftsführer,

Vorsitzender des Aufsichtsrats:

Akkumulatorenfabrik A. G., Berlin-Hagen i. W.

A. G. für Industriebeteiligungen, Berlin.

Concordia Elektrizitäts A. G., Dortmund.

Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken A. G., Berlin-Wittenau.

Deutsche Wollwaren-Manufaktur A. G., Grünberg i. Schles.

Dürener Metallwerke Aktien-Gesellschaft, Düren.

Hermann Herzog & Co. A. G., Neugersdorf i. Sa.

Pertrix Chem. Fabrik A. G., Berlin.

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats:

Mauserwerke Aktiengesellschaft, Oberndorf a. N.

Wintershall A. G., Kassel.

Mitglied des Aufsichtsrats:

Aktiengesellschaft für Verkehrswesen, Berlin.

Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Berlin.

Bergbau A. G., Lothringen, Bochum.
Berlin-Erfurter Maschinenfabrik Henry Pels & Co. A. G., Berlin.
Braunkohlenwerke Bruckdorf A. G., Halle (Saale).
Busch-Jäger, Lüdenscheider Metallwerke A. G., Lüdenscheid.
Concordia Spinnerei A. G., Marklissa und Bunzlau.
Gerling-Konzern, Allgemeine Versicherungs A. G., Köln.
Kammgarnspinnerei Stöhr & Co., Aktien-Gesellschaft, Leipzig.
Köln-Berliner Versicherungs A. G., Berlin.
Maschinenfabrik Sangerhausen A. G., Sangerhausen.
Thüringer Erdöl A. G., Sondershausen.
Vereinigte Kugellagerfabriken A. G., Schweinfurt.
Westfalenbank A. G., Bochum (Westfalen).

Vorsitzender des Grubenvorstandes:

Gewerkschaft Wintershall, Heringen.

Mitglied des Grubenvorstandes:

Bruckdorf-Nietlebener Bergwerks-Verein, Halle (Saale).

Mitglied des Berlin-Brandenburger Beirats:

Deutsche Bank, Berlin.

K n e p p e r , G u s t a v , Bergwerksdirektor,

Vorsitzender des Vorstandes:

Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft, Essen.

Mitglied des Vorstandes:

Bochumer Verein für Gußstahlfabrikation A. G., Bochum.

Dortmund-Hörder Hütten-Verein, Dortmund.

Berggewerkschaftskasse, Bochum.

Betriebsunterstützungskasse für höhere und obere Werksbeamte, Bochum.

Gemeinsame Beamtenruhegehaltskasse, Bochum.

Unfallchadensverband für Zechenbeamte, Bochum.

Verein für die bergbaulichen Interessen, Essen (Ruhr).

Verein zur Überwachung der Kraftwirtschaft der Ruhrzechen, Essen.

Verein zur Bekämpfung der Volkskrankheiten im Ruhrkohlengebiet.

Ruhrtalsperrenverein, Essen.

Vorsitzender des Aufsichtsrats:

Gelsenberg-Benzin A. G., Gelsenkirchen.

Gelsenkirchen Bergbau A. G., Gelsenkirchen.

Rheinisch-Westfälische Wohnstätten A. G., Essen.

Ruhrbenzin A. G., Oberhausen-Olten.

Ruhrchemie A. G., Oberhausen-Sterkrade.

Wasserwerk für das nördliche westfälische Kohlenrevier, Gelsenkirchen.

Westdeutsche Wohnhäuser A. G., Düsseldorf.

Mitglied des Aufsichtsrats:

August-Thyssen-Hütte A. G., Duisburg-Hamborn.

Bergbau A. G., Ewald König Ludwig, Herten i. Westf.

Concordia-Bergbau-Aktien-Gesellschaft, Oberhausen.
 Dortmunder Union-Brückenbau, A. G., Dortmund.
 Dynamit A. G. vorm. A. Nobel, Köln a. Rh.
 Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte, Sulzbach-Rosenberg-Hütte.
 Essener Steinkohlenbergwerke A. G., Essen.
 Harpener Bergbau A. G., Dortmund.
 Schering A. G., Berlin.
 Preußische Bergwerks- und Hütten A. G., Berlin.
 Ruhrstahl A. G., Witten.
 Siegener Maschinenbau Aktiengesellschaft, Siegen.
 Westfälische Transport A. G., Dortmund.
 Benzol-Verband G. m. b. H., Bochum.
 Bergwerksverband zur Verwertung von Schutzrechten der Gesellschaft für
 Kohlentechnik G. m. b. H.
 Cumaronharz Verband G. m. b. H., Bochum.
 Deutsche Ammoniak Verkaufsvereinigung G. m. b. H., Bochum.
 Feuerschaden Verband G. m. b. H., Bochum.
 Gesellschaft für Kohlentechnik G. m. b. H., Dortmund-Eving.
 Gesellschaft für Teerverwertung G. m. b. H., Dbg.-Meiderich.
 Kaiserhof-Hotel-Gesellschaft m. b. H.
 Nordische Holzhandelsgesellschaft m. b. H., Essen.
 Rhein.-Westf. Bergwerksgesellschaft m. b. H., Mülheim (Ruhr).
 Rheinisch-Westfälisches Kohlen-Syndikat, Essen.
 Verbandswasserwerk G. m. b. H., Bochum.
 Verkaufsvereinigung für Teer-Erzeugnisse G. m. b. H., Essen.
 Mitglied des Grubenvorstandes:
 Gewerkschaft Nürthenberg, Hermühlheim.
 Vorsitzender des Beirats:
 Kohlenhandelsgesellschaft „Glückauf“, Abt. Beck & Co., Kassel.
 Ver. Holzgesellschaften m. b. H., Essen.
 Mitglied des Beirats:
 Ruhrgas A. G., Essen (Ruhr).
 Kohlenhandelsgesellschaft „Mark“, Siepman, Schrader & Co., Hagen.
 Kohlenscheidungsgesellschaft m. b. H., Berlin.
 Kohlenkontor Wayhenmeyer, Mannheim.
 Raab Karcher G. m. b. H., Karlsruhe.
 Deutsche Kohlenhandelsgesellschaft Lüders, Meantzen & Co., Bremen.
 Glückauf Bau A. G., Dortmund.
 Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft, Essen.
 Westfälische Kohlenverkaufsgesellschaft Vollrath, Weck & Co., Berlin.
 N. V. Maatschappij, Algemeen Echsers, Utrecht.
 Stickstoffsyndikat, Berlin.

Vorsitzender:
Ruhrbergbau-Revisionsgesellschaft, Essen.

Sonstige Nebenämter:
Emscherengenossenschaft, Mitglied des Berufungsausschusses.
Industrie- und Handelskammer, Essen, Ausschuß für Wirtschaftsfragen.
Siedlungsverband des Ruhrkohlenbezirks, Abgeordneter, Essen.
Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Berlin.
Haus der Technik, Essen, Kuratorium.
Lippeverband, stellvertr. Mitglied des Berufungsausschusses.

Aus Raumgründen müssen wir uns darauf beschränken, nur noch *einige solcher großen Kriegsinteressenten und Kriegsgewinnler* zu nennen, die mehr als zehn Vorständen und Aufsichtsräten großer Aktiengesellschaften angehören:

Abs, Hermann J., Bankier, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank, Berlin, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 14 Aktiengesellschaften.

Bandel, Eugen, Mitglied des Vorstandes der Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft, Berlin, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 24 Aktiengesellschaften.

Brecht, Gustav, Geheimer Regierungsrat, Vorsitzender des Vorstandes der Rhein A. G. für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation, Köln, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 13 Aktiengesellschaften.

Buskühl, Ernst, Generaldirektor der Harpener Bergbau A. G., Dortmund, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 15 Aktiengesellschaften.

Carp, Werner, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Franz Haniel & Cie. G. m. b. H., Duisburg-Ruhrort, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 21 Aktiengesellschaften.

Fischer, Otto Christian, Bankdirektor, Leiter der Reichsgruppe IV, Banken, Berlin, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 24 Aktiengesellschaften.

von Flotow, Hans, Dr., Geh. Oberregierungsrat, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Gebrüder Stumm G. m. b. H., Neunkirchen a. d. Saar, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 14 Aktiengesellschaften.

Fürstenberg, Hans, Mitglied des Verwaltungsrats der Berliner Handelsgesellschaft, Berlin, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 17 Aktiengesellschaften.

Goetz, Carl, Bankdirektor, Vorsitzter des Aufsichtsrats der Dresdner Bank, Berlin, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 21 Aktiengesellschaften.

Haniel, Karl, Dr., Landrat a. D., Geschäftsführer der Gute-Hoffnungs-Hütte vorm. Haniel & Lueg G. m. b. H., Düsseldorf-Grafenberg, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 15 Aktiengesellschaften.

Knauert, Herbert, Bergwerksdirektor, Mitglied des Vorstandes der Gelsenkirchner Bergwerke A. G., Essen, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 26 Aktiengesellschaften.

Keppler, Wilhelm, Generalsachverständiger für deutsche Roh- und Werkstoffe im „Vierjahresplan“, Leiter der „Zentralstelle für die wirtschaftspolitischen Organisationen der NSDAP“ sowie Mitglied des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 10 Aktiengesellschaften.

Lüer, Wilhelm, Dr.-Ing., Direktor, Mitglied des Vorstandes der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen - Ludwig Löwe & Co., A. G., Berlin, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 11 Aktiengesellschaften.

Pferdemenges, Robert, Bankier, Vorsitzter des Aufsichtsrats der Gladbacher Wollindustrie A. G., vorm. L. Josten, M.-Gladbach, sowie Mitglied des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 22 Aktiengesellschaften.

Poensgen, Ernst, Generaldirektor, Vorsitzter des Vorstandes der Vereinigten Stahlwerke, Aktiengesellschaft, Düsseldorf, sowie Mitglied des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 19 Aktiengesellschaften.

Pott, Alfred, Generaldirektor, Mitglied der Direktion und Generalbevollmächtigter der Gewerkschaft Mathias Stinnes, Essen-Karnap, sowie Mitglied des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 25 Aktiengesellschaften.

Quandt, Günther, Wehrwirtschaftsführer, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken A. G., Berlin-Wittenau, sowie Mitglied des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 25 Aktiengesellschaften.

Rasche, Karl, Bankdirektor, Mitglied des Vorstandes der Dresdner Bank, Berlin, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 27 Aktiengesellschaften.

Röchling, Hermann, Hüttenbesitzer, Vorsitzender der Geschäftsführung der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke G. m. b. H., Völklingen, sowie Mitgl. des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 10 Aktiengesellschaften.

Schippel, Hans, Reichsbankdirektor a. D., Mitglied des Vorstandes der Dresdner Bank, Berlin, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 22 Aktiengesellschaften.

Sippel, Karl Ernst, Dr., Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank, Berlin, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 17 Aktiengesellschaften.

Springorum, Fritz, Dr.-Ing., Vorsitzender des Aufsichtsrats der Baroper Walzwerk Aktiengesellschaft, Dortmund-Barop, sowie Mitglied des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 13 Aktiengesellschaften.

Stahl, Rudolf, Gerichtsassessor a. D., Generaldirektor der Mansfeld Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetriebe in Eisleben, sowie Mitglied des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 9 Aktiengesellschaften.

von Stauß, Emil Georg, Staatsrat, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Bayrischen Motoren-Werke A. G., München, sowie Mitglied des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 23 Aktiengesellschaften.

von Stein, Heinrich, Bankier, Mitglied des Zentralausschusses der Reichsbank zu Berlin, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 21 Aktiengesellschaften.

Stinnes, Hugo, Geschäftsführer der Hugo Stinnes G. m. b. H., Mülheim/Ruhr - Stettin, sowie Mitglied des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 25 Aktiengesellschaften.

Vögler, Albert, Generaldirektor, Vorsitzender des Aufsichtsrats des Bochumer Vereins für Gußstahlfabrikation A. G., Bochum, stellvertr. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Vereinigten Stahlwerke Aktiengesellschaft, Düsseldorf, sowie Mitgl. des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 27 Aktiengesellschaften.

Weltzien, Hans, Staatsfinanzrat a. D., Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft, Berlin, sowie Mitglied des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 9 Aktiengesellschaften.

Wessig, Max, Generaldirektor, Vorsitzender des Vorstandes der Rheinmetall Borsig A. G., Werk Berlin, Werk Düsseldorf, Werk Sömmerda, sowie Mitglied des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 19 Aktiengesellschaften.

von Wilmowsky, Tilo, Freiherr, Landrat a. D., Rittergutsbesitzer, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Berliner Druck- und Zeitungs-

betriebe A. G., Berlin, stellvertr. Vorsitz der Aufsichtsrats der Friedrich Krupp A. G., Essen, sowie Mitglied des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 11 Aktiengesellschaften.

Wintermantel, Fritz, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank, Berlin, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 21 Aktiengesellschaften.

Zangen, Wilhelm, Generaldirektor, Vorsitz der Vorstandes der Mannesmann-Röhren-Werke, Düsseldorf, sowie Mitglied des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 13 Aktiengesellschaften.

Der Betrug der „Gewinnbeschränkung“

Prüft man in den Bilanzen der Aktiengesellschaften die verschleierte Gewinne (Rückstellungen, Sonderabschreibungen usw.), so stellt man fest, daß sich das Verhältnis des angegebenen Gewinns zum tatsächlichen Gewinn unter der Hitlerherrschaft wie folgt änderte:

1928/29 84 Prozent	1935 54 Prozent	1936 43 Prozent	1940/41 10-15 Prozent
-----------------------	--------------------	--------------------	--------------------------

Das heißt: im Kriegsjahr 1940/41 betrug der ausgewiesene Reingewinn höchstens ein Siebentel des wirklichen Reingewinns; mindestens sechs Siebentel wurden verschleiert. Und selbst die in den Bilanzen zugegebenen Reingewinne überstiegen noch bei weitem die Reingewinne aus der Zeit vor Hitler, wie die oben angeführten Beispiele beweisen.

Es hat sich erwiesen, daß die Hitlerclique, die vor 1933 in ihrem Programm die Beschlagnahme der Kriegsgewinne versprochen und nach ihrer Machtübernahme das Märchen von der „Gewinnbeschränkung“ verbreitet hatte, lediglich eine besondere Kunst in der Verschleierung der Kriegsgewinne entwickelt hat.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 28. September 1941 sagt dazu:

„Worum es sich handelt, das ist das psychologisch-politische Problem; es muß auf alle Fälle der Eindruck vermieden werden, und zwar auch der Schein, als ob Gewinne, die im Kriege gemacht werden, auf dem Wege über den Aktienmarkt zu neuen gewinnbringenden Transaktionen verwendet würden.“

DER RAUB IN FREMDEN LÄNDERN

Die größte Kriegsbeute raubten jedoch die deutschen Bankherren, Plutokraten und Nazibonzen aus den okkupierten Ländern. Ley, Spezialist für Arbeiterbetrug, hatte zu Beginn des Krieges demagogisch erklärt: „Dem deutschen Soldaten folgt der Sozialismus auf dem Fuße.“ Sehen wir uns auf Grund der Erfahrungen des Krieges näher an, wer dem deutschen Soldaten auf dem Fuß gefolgt ist.

Spanien

Spanien war die Generalprobe. Als Hitler 1936 deutsche Truppen, vor allem die deutsche Luftwaffe, gegen das spanische Volk einsetzte, folgten ihnen auf dem Fuße die Vertreter des Mannesmann-Konzerns und der Frankfurter Metallgesellschaft A. G., einer Gesellschaft des IG-Farben-Konzerns. Sie brachten die wichtigsten Rohstoffquellen Spaniens an sich. Mit Hilfe der deutschen Truppen wurden spanische Arbeiter geknechtet und mit Gewalt in die Bergwerke getrieben.

Österreich

Hitler ließ Österreich besetzen. Goebbels schrie, der „Anschluß“ — das heißt: die imperialistische Eroberung Österreichs sei eine Sache des deutschen Volkes; in Wahrheit aber ging es der deutschen Rüstungsplutokratie um den Besitz der österreichischen Industrie, um das Eisen aus Steiermark, um die Rüstungsbetriebe und um das österreichische Land als Sprungbrett für weitere Eroberungen, besonders im Donaubecken und auf dem Balkan.

Zunächst einmal ließen die Herren Plutokraten die gesamten Bestände der Österreichischen Nationalbank an Gold, Valuta und Effekten waggonweise nach Berlin bringen; damit kamen sie in den Besitz von großen Aktienpaketen kriegswichtiger Unternehmungen in den Balkanländern. Die deutschen Großbanken „übernahmen“ den Wiener-Kredit-Anstalt-Bankverein, der fast 90 Prozent der österreichischen Industrie und des Großhandels kontrollierte. Der Göring-Konzern gliederte sich die Alpine-Montan-Gesellschaft an, die Steyrischen Gußstahlwerke, die Simmeringer Waggonfabrik, die Steyr-Daimler-Puch A. G., die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft und eine Reihe anderer Unternehmungen. Hentschel & Co., Kassel, ergatterte die Wiener Lokomotivfabrik A. G., Krupp die

Montan-Union-Gesellschaft, IG-Farben die österreichische Dynamit Nobel A. G. usw. usw.

Tschechoslowakei

Danach befahl Hitler den Überfall auf die Tschechoslowakei. Diesmal erzählte Goebbels dem deutschen Volke das Märchen, Deutschland sei durch die bloße Existenz der Tschechoslowakei „bedroht“. In Wahrheit handelte es sich um den Besitz der modernen Schwerindustrie und der reichen Kohlenbergwerke der Tschechoslowakei und um die wichtige strategische Position gegen Ungarn und den Balkan, die Hitler für den geplanten Überfall auf die Sowjetunion brauchte. Den deutschen Truppen folgten die Vertreter der größten deutschen Banken und Konzerne auf dem Fuße.

Die deutschen Großbanken machten hier einen fetten Raub. Die Deutsche Bank gliederte sich die Böhmisches Unionsbank an mit der Unionsbank in Bratislava, der Slowakischen Allgemeinen Kreditbank und der Böhmisches-Mährischen Bank. Außerdem brachte sie die Aktienmehrheit des größten Textilkonzerns im Sudetengau, des Kreibich-Konzerns, und der Schicht A. G. in ihren Besitz. Die Dresdner Bank setzte ihre Vertreter in die Živno-Bank, die entscheidenden Einfluß auf die Textilindustrie, das Zuckerkartell und verschiedene Werke der Fertigungsindustrie ausübte. Außerdem nahmen sie sich die Deutsche Handels- und Kreditbank A. G. in Bratislava.

Göring ernannte Wilhelm Voß, Mitglied des Vorstandes der Reichswerke Hermann Göring, zum Präsidenten der Škoda-Werke und zum Vorsitzenden der Prager Kreditbank, der die Prager Fleischer- und Selcherbank angegliedert wurde. Neben den Škoda-Werken beschlagnahmte er die Brünnener-Waffenfabriken, die Metallbetriebe der Böhmisches-Mährischen-Kolben-Danek Prag, die Mährisch-Ostrauer Eisenwerke und die Kohlengruben in Nordböhmen.

Selbstverständlich war auch der IG-Farben trust wieder mit beim Geschäft. Er gliederte sich die Chemischen Werke in Aussig an, die Dynamit-Nobel A. G., Bratislava, und die Apollo-Mineralöl-Raffinerie A. G., Bratislava.

Der Mannesmann-Konzern nahm sich die bedeutenden Hahnschen Eisenwerke in Oberschlesien und die Zechen Oskar und Anselm bei Witkowitz.

Polen

1939 begann Hitler den Weltkrieg mit dem Überfall auf Polen. Goebbels schwätzte von der „Befreiung“ Danzigs. Den deutschen Plutokraten kam es aber in Wirklichkeit auf die Rückensicherung für den Krieg gegen Frankreich und auf das Aufmarschgebiet zum Überfall auf die Sowjetunion an.

Daß „nebenbei“ die feudalen Kohlenbarone und Großgrundbesitzer Schlesiens und Oberschlesiens ihr Schäfchen ins Trockene brachten, versteht sich am Rande. Und wiederum folgten Göring und die alten feudalen Kohlenbarone und Großagrarien aus Schlesien und Oberschlesien den deutschen Soldaten auf dem Fuß. Graf Ballestrem eignete sich die Steinkohlgewerkschaft Ruda an, Graf Schaffgotsch die Gruben der Sodulla A. G., Graf Henckel von Donnersmarck die Radzionka-Gruben. Die Antonienhütte-Gruben teilten sie sich brüderlich; 50 Prozent nahm Graf Schaffgotsch, 30 Prozent Graf Ballestrem und 20 Prozent Fürst Donnersmarck.

Das größte Geschäft aber machte Göring, der seinem Konzern die Mehrzahl der polnischen Eisen- und Stahlwerke angliederte, darunter das Eisenwerk Starchowice und die Hütten- und Eisenwerke Ostrowice, und überdies einen neuen schwerindustriellen Konzern schuf, die Berg- und Hüttenwerke A. G. Teschen.

Besonders interessierten sich die deutschen Plutokraten für die polnische Sprengstoffindustrie, denn dort winkten außerordentliche Kriegsgewinne. Diese Betriebe wurden zusammengefaßt zu der Sprengstoffwerke Oberschlesien GmbH, Kattowitz. An ihnen waren beteiligt die Dynamit-Nobel A. G. (IG-Farben-Konzern), die Bergwerksverwaltung Oberschlesien der Reichswerke Hermann Göring, die Borsig A. G., der Ballestrem-Konzern, der Fürst von Donnersmarck, Graf Henckel von Donnersmarck und die Aktiengesellschaft von Gießsche Erben.

Der deutsche Glanzstoff-Konzern — der Vorsitzende des Aufsichtsrates war der Vizepräsident des Hitlerreichstages Emil Georg von Stauß, Mitglied des Aufsichtsrates von weiteren elf Aktiengesellschaften — „erbeutete“ die Tomaschower und Chodakower Kunstseidenfabrik.

Der IG-Farben-Konzern eignete sich die Teerfarbenwerke der Gesellschaft Bohuta bei Sgierz an.

Im Westen

Der ungeheure Raub, der mit der Besetzung Hollands, Belgiens und Frankreichs begann, ist im Rahmen dieser Schrift nicht annähernd zu schildern. Es soll hier nur darauf hingewiesen werden, daß einzelne deutsche Konzerne sich im besetzten und unbesetzten Westen ganze Industriezweige aneigneten. Der IG-Farben-Trust steckte die gesamte chemische Industrie Frankreichs ein. Göring machte die Schneider-Creuzot-Werke, den größten französischen Rüstungskonzern, zu einem Zweigbetrieb seiner Reichswerke. In den leitenden Organen aller großen belgischen Industrieunternehmungen saßen neureiche Nazibonzen.

Jugoslawien

In Jugoslawien erschien sofort die Deutsche Bank auf dem Plane, gliederte sich über den von ihr beim „Anschluß“ Österreichs geschluckten Wiener Kredit-Anstalt-Bankverein die Allgemeine Jugoslawische Bankverein A. G. an und machte sich zur Beherrscherin des Bankvereins Belgrad. Dieser Bankverein „lieh“ übrigens im Rechnungsjahr 1942/43 einem von Görings Unternehmen, der Bergbau- und Hüttenindustrie, 45,6 Millionen Dinar. Die Mansfeld A. G. machte ihren Generaldirektor Stahl zum Vorsitzenden der Kupferminengesellschaft in Bor.

Die Dresdner Bank holte sich die Kroatische Landesbank A. G. Der Dynamit-Nobel-Konzern (IG-Farben), der Otto-Wolf-Konzern, die Mitteldeutsche Spinnhütte und viele andere deutsche Unternehmungen eigneten sich große jugoslawische Betriebe an.

So raubten und stahlen die deutschen Plutokraten von Polen bis Frankreich und von Norwegen bis Griechenland. Die „höhere Rasse“ der deutschen faschistischen Plutokraten, diese Parasiten und imperialistischen Räuber plünderten die Länder aus, um sich zu bereichern und weitere Mittel für den Krieg gegen die Sowjetunion zu bekommen. So rüsteten sie zum Überfall auf die Sowjetunion, zur Plünderung des Landes und zur Zerstörung dessen, was sich das Sowjetvolk in angestrengtester Arbeit geschaffen hatte.

Sowjetunion

Auf Sowjetboden wollten alle auf ihre Kosten kommen, die ganz Großen, die sich im Westen, Süden und Norden überfressen hatten, und die weniger Großen, die bisher „zu kurz gekommen“ waren, die Pluto-

kraten, die kleineren Haifische und die braunen Handlanger, die sich bezahlt gemacht hatten und nun auch bezahlt werden wollten.

Der Mannesmann-Konzern gründete die Mannesmann-Röhren- und Eisenhandels-Ukraine GmbH., Kiew, mit einer Niederlassung in Dnjepropetrowsk, der Siemens-Konzern die Siemens-Ukraine GmbH., Kiew, mit drei Zweigstellen, Hermann Göring die Eisen- und Stahl GmbH. Ukraine, Dnjepropetrowsk, Krupp die Friedrich Krupp A. G. Hauptstelle Ukraine usw. usw.

Die Großkaufleute der Wasserkante, denen Hitler mit seiner Kriegspolitik den Übersee-Handel zerschlagen hatte, benutzten die Gelegenheit, um sich im Osten schadlos zu halten. Sie verfuhrten nach dem Beispiel der Robert Krämer GmbH. Bremen, die die Hanseatische Krim-Handelsgesellschaft gründete.

Die unter Hitler reich gewordenen Krippenjäger der NSDAP machten sich gleichfalls in Rußland an den Diebstahl im Großen nach dem Muster der Neuen Wirtschaftseinsatz Ost GmbH., deren Leiter der SS-Gruppenführer Franz Hayler war.

Nach den Mitteilungen der staatlichen Kommission, die vom Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR eingesetzt worden war, haben die deutschen Truppen in den besetzten Sowjetgebieten 32 000 Industrieunternehmen zerstört, 98 000 Kollektivwirtschaften vollkommen ruiniert und 25 Millionen Menschen obdachlos gemacht. Die Hitler-Regierung gab besonders geheime „Richtlinien zur Leitung der Wirtschaft in den neu besetzten Ostgebieten“ heraus. In diesen Richtlinien wurden genaue Weisungen gegeben zur planmäßigen Ausraubung der Sowjetgebiete, zur Ausfuhr von Industrieeinrichtungen, von Rohstoffen und Halbfabrikaten. Nach den Angaben der staatlichen Kommission befaßten sich mit der Ausraubung des Eigentums der Sowjetunion besonders aktiv die deutschen Firmen:

Friedrich Krupp & Co.,
Hermann Göring,
Siemens-Schuckert,
Berg- und Hüttenbau-Ges. „Ost“,
Aktiengesellschaft Gruppe „Nord“,
Heinrich Lantz, Landmaschinenbau-Industrie,
IG-Farben-Industrie
und viele andere.

Die Gewinner

Das Kapital, das die deutsche Plutokratie in Hitlers NSDAP gesteckt und mit dem sie ihm zur Macht verholfen hatte, brachte ihr reichen Gewinn. Was die Hitler und Goebbels im Auftrage ihrer Geldgeber „europäische Revolution“ nannten, war die schamlose Ausraubung Europas durch die deutschen Rüstungsindustriellen, Bankherren und Naziführer. Was die deutsche Propaganda als „neue Ordnung Europas“ bezeichnete, war die grausamste Versklavung der europäischen Völker, die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und der Raub ihres Vermögens. Die plutokratischen Kriegsgewinnler folgten überall hin den deutschen Soldaten auf dem Fuße. Für die deutschen Rüstungsindustriellen, die deutschen Bankiers, die neureichen Nazibonzen, für sie, nur für sie kämpfte, blutete und starb der deutsche Soldat.

DAS WESEN DES FASCHISTISCHEN DEUTSCHEN IMPERIALISMUS

Der Faschismus ist der Todfeind der deutschen Nation, denn Faschismus heißt Krieg. Der Hitlerfaschismus war die offene Terrorherrschaft der reaktionärsten, chauvinistischsten, imperialistischsten Elemente des deutschen Finanzkapitals. Die Hitlerpartei erwies sich als die Kriegspartei der deutschen Rüstungsindustriellen und Bankherren. Sie hat ihr Programm bis zu Ende, bis zur Katastrophe Deutschlands durchgeführt.

Der Hitlerimperialismus erwies sich politisch als schwärzeste Reaktion. Das Volk wurde zur Gefolgschaft der reaktionärsten Kreise der Schwerindustrie und des Bankkapitals herabgewürdigt. Ein gewaltiger Polizei- und bürokratischer Apparat wurde zur Niederhaltung des Volkes geschaffen. *Für Hitler und seine Hintermänner war der Krieg gegen andere Völker gleichzeitig die Waffe zur völligen Versklavung der deutschen Arbeiter und des deutschen Volkes.* Er gab einem Teil der Werktätigen Brosamen vom Tische der in anderen Ländern geraubten Schätze, um die Arbeiterschaft für seine Kriegspolitik gefügig zu machen.

Der faschistische deutsche Imperialismus hinderte die wirtschaftliche Entwicklung, indem er einseitig die Rüstungsindustrie förderte und zum Schaden des Volkes die Verbrauchsgüterindustrie einschränkte.

Der faschistische deutsche Imperialismus führte zum tiefsten kulturellen Niedergang, indem er alles Reaktionäre, Antidemokratische in der Geschichte unseres Volkes zum deutschen Wesen machte und alles Fortschrittliche unterdrückte.

Die Bestialität und Verfaultheit des deutschen Imperialismus fand ihren Ausdruck in der Vernichtungswut, mit der fremde Länder zerstört wurden, wie in der kaltblütigen Zerstörung der deutschen Heimat, in der Ausrottung Angehöriger anderer Völker und in der Vernichtung der fortschrittlichen Kräfte im eigenen Volk. Vernichtung der Menschen in Marterhöhlen und Gaswagen, durch Lustmorde und in Gasöfen, das charakterisiert den verfaulenden deutschen Imperialismus.

AUSBLICK

So hat sich der Hitlerfaschismus als die Ausgeburt aller Reaktionen erwiesen. Es ist das alte Unglück der deutschen Nation, daß die reaktionären Kräfte immer wieder ihre Machtpositionen in Staat und Wirtschaft halten konnten, bis sie nun unter der Hitlerherrschaft Deutschland in die größte Katastrophe seiner Geschichte gestürzt haben.

Die antifaschistischen und demokratischen Kräfte übernehmen eine schwere Erbschaft. Berge von Trümmern gibt es und Berge von Arbeit. Auf vieles wird verzichtet werden müssen. Aber Deutschland ist nicht verloren, wenn wir es nicht selbst verloren geben. Neues Leben wird aus den Ruinen blüh'n, wenn wir alles Faschistische rücksichtslos ausmerzen und durch ehrliche Arbeit, Gerechtigkeit und friedliche Beziehungen die Grundlagen für die Herrschaft des Volkes schaffen. Möge unser Volk die so teuer bezahlte geschichtliche Lehre ziehen:

Die Lebensfragen unseres Volkes können nur auf dem deutschen Boden gelöst werden. Die glückliche Zukunft unseres Volkes hat ihre Grundlage in einer wahren Demokratie. Wenn die Macht der Konzern- und Bankherren und der Großagrarien gebrochen ist, wenn die gesunden Kräfte unseres Volkes sich in friedlicher Arbeit entfalten können, erst dann kann es besser werden.

Unser Volk kann glücklich leben, wenn die Wirtschaft nicht mehr den Interessen der Konzern- und Bankherren, sondern der Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes dient, wenn ehrlich gearbeitet wird für den Wiederaufbau und die Wiedergutmachung des in anderen Ländern Zerstörten. Besinnen wir uns wieder auf die großen wirtschaftlichen Werte in unserer Heimat, auf die Qualitätsarbeit der deutschen Industrie. Durch sie können wir alles, was wir an Rohstoffen und Lebensmitteln benötigen, erhalten.

Wir glauben an unser deutsches Volk. Wir sind zutiefst überzeugt, daß unser Volk nach der Katastrophe in zwei Eroberungskriegen die Lehre zieht, daß ein für allemal Schluß gemacht werden muß mit der kriegslüsternden Reaktion. Möge unser Volk, das bisher seine Kraft für die schlechteste Sache der Welt eingesetzt hat, seine Kräfte anspannen für den Wiederaufbau, für den demokratischen Fortschritt. Gehen wir gemeinsam mutig ans Werk, ein neues Deutschland aufzubauen, in dem die Volksherrschaft im Innern die Grundlage ist für friedliche und freundschaftliche Beziehungen zum großen Sowjetvolk und zu den anderen Völkern.

ANHANG

Literaturangabe:

- W. I. Lenin: „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“
- W. I. Lenin: „Staat und Revolution“
- Fr. Engels: „Gewalt und Ökonomie bei der Gründung des Reiches“
- Fr. Engels: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“
- Fr. Engels: „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“
- K. Marx: „Lohnarbeit und Kapital“
- J. I. Stalin: „Über dialektischen und historischen Materialismus“

Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften

BIOGRAPHIE DES VERFASSERS

Walter Ulbricht wurde 1893 in Leipzig als Sohn eines Schneiders geboren. Er erlernte das Tischlerhandwerk. Bereits im Jahre 1908 trat er der Arbeiterjugendorganisation bei, 1910 wurde er Mitglied des Holzarbeiterverbandes und 1912 Mitglied der Sozialdemokratie. Nach Kriegsausbruch 1914 gehörte er der Opposition gegen den imperialistischen Krieg an und nahm an der Verbreitung der Flugblätter und Briefe Karl Liebknechts teil. Ulbricht gehörte dem Spartakusbund an und trat mit der Leipziger sozialdemokratischen Organisation zur USPD über. Als 1918 die SPD und USPD nicht die elementarsten Maßnahmen im Kampf gegen die imperialistischen Kriegsverbrecher und den Militarismus durchführten, nahm Ulbricht teil an der Gründung der KPD und gehörte seitdem zu den leitenden Funktionären der Partei. 1923 wurde er in das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands gewählt. Er war sächsischer Landtagsabgeordneter und seit 1928 Mitglied des deutschen Reichstages. Als Bezirkesekretär von Berlin-Brandenburg führte Ulbricht aktiv den Kampf gegen den Faschismus. Auf seine Initiative kam es zu einer Reihe von Einheitsaktionen in Berlin gegen den SA-Terror.

Ulbricht lebte seit Januar 1933 in Berlin illegal und mußte Deutschland verlassen und die antifaschistische Arbeit von der Grenze aus führen. 1938 reiste er in die Sowjetunion und nahm während des Krieges an der Aufklärungsarbeit unter den deutschen Truppen von Stalingrad teil.

Als die Kämpfe in Berlin zu Ende gingen, half Walter Ulbricht mit am Aufbau der Selbstverwaltungsorgane in Berlin und leitete die Besprechungen zur Schaffung einer einheitlichen freien Gewerkschaftsorganisation in Berlin.

INHALT

	Seite
Einleitung	3
Am Tiefpunkt der Krise	5
Dreihundert deutsche Rüstungsindustrielle und Bankherren suchten einen Ausweg	11
Das Kohlensyndikat zahlte	11
Was verband Kirdorf und Hitler?	12
Die Konferenz der Dreihundert	13
Das alte Programm in neuer Aufmachung	16
Die Vereinbarung zwischen Rüstungsindustriellen und Hitlerpartei	17
Die letzten Gespräche vor der Übernahme der Regierung	18
Die „neuen“ Männer mit den alten reaktionären Gewohnheiten	19
Wie Hitler die Arbeitslosigkeit „beseitigte“	28
Nicht Hitler beseitigte die Krise	28
Arbeit für den Krieg	29
Senkung der Lebenshaltung des arbeitenden Volkes	30
„Autarkie“	31
Der Friede — eine Gefahr für Hitler	32
Das Ergebnis der „Arbeitsbeschaffung“	33
Arbeiter oder Sklave?	34
Die Unternehmer werden zu „Betriebsführern“ ernannt	34
Die Arbeiter werden entrechtet	35
Planmäßige Zersplitterung der Arbeiterschaft	36
Die Senkung der Reallöhne	37
Hitlers „deutsches Arbeitssystem“	39
Der Generalstab der Arbeiterversklavung	40
Der große Betrug	41
„Seelischer Sozialismus“	41
Hat Hitler das Proletariat abgeschafft?	43
Mit „Kraft durch Freude“ in den Weltkrieg	45
Der „Volkswagen“	46
Die „KdF-Schiffe“	47
Fahrten und Wanderungen	48

	Seite
„Erholungsheime“	48
„Zurück ins barbarische Zeitalter!“	49
Das „größte soziale Gesetzgebungswerk aller Zeiten“	51
Die „neue Altersversicherung“	51
Das „Wohnungsbauprogramm“	53
Wer bestimmte in Wirtschaft und Staat?	57
„Abrechnung mit den Kriegsgewinnlern“ — Beispiel Suhl	57
Die Unternehmerorganisationen werden zu Staatsorganisationen erhoben	58
Hitler förderte die großen Konzerne	59
Die Macht der Rüstungsplutokraten	60
Wirtschaftslenkung durch wen?	62
Röchling, der Oberkommandierende	65
„Wehrwirtschaftsführer“ Flick, der „Sammler aus Leidenschaft“	66
Die Gauleiter als Gehilfen der Rüstungsplutokraten	68
Die Legende von der „Planwirtschaft“	70
Die Soldaten fielen, die Gewinne stiegen	72
Steigende Gewinne	72
Gesetzliche und andere „Rücklagen“	73
Die Aktionäre gehen stempeln	75
Mehr als 10fache Aufsichtsräte	75
Der Betrug der „Gewinnbeschränkung“	83
Der Raub in fremden Ländern	84
Spanien	84
Österreich	84
Tschechoslowakei	85
Polen	86
Im Westen	87
Jugoslawien	87
Sowjetunion	87
Die Gewinner	89
Das Wesen des faschistischen deutschen Imperialismus	90
Ausblick	91
Anhang	92
Literaturangabe	92
Biographie des Verfassers	93

Preis 1.- RM

Vom gleichen Autor ist erschienen:

*Neue Aufgaben
der freien
Gewerkschaften*

Bearbeitete Rede,
gehalten
auf der Gewerkschaftskonferenz
Halle/Saalekreis

78 Seiten mit Biographie des Verfassers

Preis broschiert RM -.50

Verlag Neuer Weg G.m.b.H., Berlin

6-1742